

KEIN FRIEDEN MIT DER EUROPÄISCHEN UNION



Informationsstelle
Militarisierung e.V.

www.imi-online.de

Inhaltsverzeichnis

I. EUropa und die Neusortierung der Welt

Nach Brexit & Trump: EUropas Neuer Weltmachtenlauf

Jürgen Wagner 3

Wer sind die Kriegstreiber? Die US-Wahl und deutsche Begehrlichkeiten

Erhard Crome 10

II. Chaos im „Nachbarschaftsraum“

Der Krieg in Mali als Folge der Formierung EUropäischer Außenpolitik

Christoph Marischka 16

Republik Moldau: Spielball zwischen Ost und West

Claudia Haydt 23

III. Strukturen und Akteure des Krieges

Die politisch-rechtlichen Voraussetzungen der Militärmacht EUropa

Tobias Pflüger 26

Komponenten des EU-Militärapparates

Lühr Henken 29

Auf dem Weg zu einer EU-Rüstungsindustrie? Triebfedern und Hindernisse

Andreas Seifert 34

Eine EU-Drohne für EUropas Kriege

Marius Pletsch 37

Kreative Kriegsfinanzierung: Schattenhaushalte, Kriegskassen und Verteidigungsfonds

Jürgen Wagner 40

IV. Vergrenzung und Innere Militarisierung

EUropas Migrationsabwehr Hoch Drei. Die fortschreitende Militarisierung entlang Europas äußeren, vorverlagerten und inneren Grenzen

Jacqueline Andres 44

Militarisierung der Polizei – Deutschlands Beitrag zu einem europaweiten Trend

Martin Kirsch 49

Die EU im Cyberspace. Zwischen Aufrüstungszwang und Wirtschaftsförderung

Thomas Gruber 54

Strategische Kommunikation – Die Aufrechterhaltung europäischer Deutungshoheit

Christopher Schwitanski 56

V. (K)eine Perspektive?

Ein Mosaik linker Europakonzeptionen?

Malte Lühmann 60

Europa, die EU und die Militarisierung der EU

Tobias Pflüger 62

Liebe Leserinnen und Leser,

mit der vorliegenden Broschüre haben wir uns als Informationsstelle Militarisierung (IMI) vorgenommen, einen möglichst umfassenden Überblick über verschiedenste Aspekte des sich aktuell sehr „dynamisch“ entwickelnden EU-Militärbereichs zusammenzustellen. Ausgangspunkt war der alljährliche IMI-Kongress, der am 18./19. November 2016 unter demselben Titel wie diese Broschüre in Tübingen stattfand. Die hier enthaltenen Artikel basieren auf den dort gehaltenen Vorträgen, wurden aber für diese Broschüre aktualisiert und erweitert.

Natürlich sind die Zeiten, in denen – vielleicht – mit einer gewissen Berechtigung von einer „Zivilmacht EUropa“ gesprochen werden konnte, schon lange vorbei. Dennoch war es auffällig, mit welcher Entschiedenheit versucht wurde, aus dem britischen EU-Austritt und der Wahl Donald Trumps Kapital in Form einer Militarisierungsdividende zu schlagen. Allein deshalb muss und wird hoffentlich das Thema EU weiterhin weit oben auf der Prioritätenliste der Friedens- und Antikriegsbewegung stehen. Denn die – notwendige – Kritik an der Europäischen Union rechten Parteien und Gruppen zu überlassen, ist fahrlässig. Dabei ist speziell für den friedenspolitischen Bereich feststellbar, dass er in linken Europakonzeptionen – hoffentlich nicht mehr lange – sträflich vernachlässigt wird. Deshalb wollen wir mit dieser Broschüre nicht zuletzt auch dazu anregen, friedenspolitische Positionen stärker in die linke Debatte um die Zukunft der Europäischen Union hineinzutragen.

IMI, Tübingen, Mai 2017



Impressum:

Herausgeberin ist die
IMI, Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen
www.imi-online.de - imi@imi-online.de

Erscheinungszeitpunkt: Mai 2017

Redaktionelle Bearbeitung: IMI

Die abgedruckten Texte spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. wider.

Nach Brexit & Trump

EUropas Neuer Weltmachtanlauf

von Jürgen Wagner

Forderungen nach einer „Weltmacht EUropa“, die global auf gleicher Augenhöhe mit anderen Akteuren in der vordersten Reihe agieren soll, sind beileibe nicht neu. Dennoch fällt auf, dass sie nun – vermeintlich als notwendige Lehre aus den beiden Großereignissen Brexit (23.6.2016) und US-Wahl (8.11.2016) – besonders laut hinausposaunt werden. Als die beiden wesentlichen Mittel hierfür gelten seit Jahren die Expansion der EU-Einflusszone in den Nachbarschaftsraum (nebst Schaffung einer Großeuropäischen Wirtschafts- und Einflusszone) und der Aufbau eines möglichst schlagkräftigen Militärapparates, um diese Weltmachtambitionen zu unterfüttern. Letzteres kam allerdings – nicht zuletzt, weil sich Großbritannien als „Bremsen“ erwies – lange trotz aller Bemühungen eher schleppend voran.

Insofern war früh abzusehen, dass sich viele EU-Politiker vom bevorstehenden Austritt Großbritanniens große „Fortschritte“ in der EU-Militärpolitik in Form einer „Brexit-Dividende“ versprochen.¹ Dennoch war es überraschend, wie zielstrebig und mit welchem Tempo daran gegangen wurde, Nägel mit Köpfen zu machen: Unmittelbar nach dem britischen Referendum veröffentlichte die EU eine Globalstrategie, die den neuen Referenzrahmen für die künftige Außen- und Militärpolitik der Union absteckt. Ungefähr zum selben Zeitpunkt gingen die Außenminister Deutschlands und Frankreichs, Frank-Walter Steinmeier und Jean-Marc Ayrault, mit ihrem Ruf nach einer massiven Militarisierung der Europäischen Union buchstäblich in die Offensive. Es folgten ein zweites deutsch-französisches Papier, diesmal der Verteidigungsminister Ursula von der Leyen und Jean-Yves Le Drian (12.9.2016), die Rede von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zur Lage der Europäischen Union (14.9.2016), der Verteidigungs-Aktionsplan der Kommission (30.11.2016) und schließlich die „Erklärung von Rom“ (25.3.2017). Zusammengefasst wurden dabei eine Reihe von Strategien und Maßnahmen auf den Weg gebracht, mit denen dem bislang eher stockend verlaufenen EU-Militarisierungsprozess massiv auf die Sprünge geholfen werden soll.

Brexit + Trump = EU-Weltmacht?

Wie bereits angedeutet: Was die „Lehren“ aus dem britischen Austrittsreferendum und der Wahl Donald Trumps zum neuen US-Präsidenten angeht, singen fast alle EU-Entscheidungsträger vom selben Blatt. Exemplarisch äußerte sich etwa die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini unmittelbar nach der Wahl Donald Trumps geradezu trotzig, nun müsse zum großen Sprung nach vorn ausgeholt werden: „In den kommenden Monaten und Jahren – man kann sogar sagen: in diesen Stunden – wird es eine zunehmende Nachfrage nach Europa geben von unseren Nachbarn und unseren Partnern in der Welt. Die Forderung nach einem von Prinzipien geleiteten globalen ‚Sicherheits-Dienstleister‘ wird wachsen. Die Forderung

nach einer Supermacht, die an mehrseitige Bündnisse und Zusammenarbeit glaubt.“² Fast genauso klingt auch die „Entschließung zur Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“, die das Europäische Parlament am 14. Dezember 2016 verabschiedete: „Das Europäische Parlament [...] betont, dass die EU ihre Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten stärken muss, da sie ihr volles Potenzial als Weltmacht nur nutzen kann, wenn sie ihre einzigartige ‚Soft Power‘ im Rahmen eines umfassenden EU-Ansatzes mit ‚Hard Power‘ kombiniert“.³

Doch, wie ebenfalls bereits eingangs erwähnt, sind derlei Forderungen nach einer „Weltmacht EUropa“ keineswegs neu. Beispielsweise äußerte sich der langjährige EU-Parlamentspräsident und jetzige SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz bereits 2013 folgendermaßen: „Europa ist, ob es will oder nicht, ein ‚global player‘. Die EU ist der größte und reichste Binnenmarkt der Welt, unsere Wirtschaftskraft macht ein Viertel des globalen Bruttosozialproduktes aus. Die EU ist der weltweit größte Handelsblock, der weltweit größte Geber von Entwicklungshilfe – die EU ist ein Wirtschaftsriese. Globale wirtschaftliche Macht geht Hand in Hand mit weltpolitischer Verantwortung – diesem Auftrag kann sich Europa nicht entziehen. Europas Partner erwarten – zu Recht – dass Europa sich dieser Verantwortung stellt und aus der Wirtschaftssupermacht auch eine weltpolitische Supermacht wird.“⁴

Imperiales Raumkonzept

Der Frage, wie die immer offener artikulierten Weltmachtansprüche in ein geostrategisches Konzept gegossen werden können, geht nicht zuletzt die „Group on Grand Strategy“ (GoGS) nach. Dabei handelt es sich um einen Zusammenschluss relativ einflussreicher EU-Geopolitiker, die im Gegensatz zum diskursiven Mainstream ganz offen eine militärisch unterfütterte Expansionsstrategie einfordern. Besonders aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang die Arbeiten des GoGS-Gründers James Rogers, der u.a. auch immer wieder Arbeiten für die EU-Denkfabrik EUISS verfasst. Rogers fordert die Umsetzung einer EU-Geostrategie, die auf zwei Säulen beruhen müsse: „Das ultimative Ziel einer Geostrategie ist es, Geografie und Politik miteinander zu verknüpfen, um die Macht und die Einflussosphäre des heimischen Territoriums zu maximieren. [...] Ein solches Konzept muss von einem subtilen, aber hervorragend aufgestellten Militär unterstützt werden, das darauf abzielt, das Auftauchen möglicher Rivalen zu vereiteln.“⁵

Auf dieser Basis entwickelte Rogers Kriterien, mit denen er die Grenzen eines solchen Großraums – von ihm als „Grand Area“ bezeichnet – absteckt und damit gleichsam eine Art Kartographie eines EU-Imperiums vorlegt. Es umfasst große Teile Afrikas, die ölfreiche kaspische und zentralasiatische Region und den Mittleren Osten, reicht aber auch bis weit nach Ostasien, wo es gilt, die Schifffahrtsrouten zu kontrollieren (siehe Grafik). Konkret sol-

len Länder und Regionen in die „Grand Area“ integriert werden, die folgendes „Anforderungsprofil“ erfüllen: „Angesichts der Tatsache, dass gewisse Mächte versucht haben, sich in bestimmten Schlüsselregionen Vorteile zu verschaffen und sich dort einzunisten – häufig zum Nachteil anderer – sollte die Europäische Union mehr tun, um die minimale geographische Zone abzusichern, die für die kontinuierliche Expansion ihrer Wirtschaft benötigt wird. Aus einem geopolitischen Blickwinkel muss diese Zone fünf Kriterien genügen: Sie muss

1. über alle grundlegenden Ressourcen verfügen, die notwendig sind, um die europäische industrielle Produktion und künftige industrielle Bedürfnisse zu decken;
2. alle wesentlichen Handelsrouten, insbesondere Energie-Pipelines und maritime Schifffahrtsrouten aus anderen Regionen ins europäische Heimatland, einschließen;
3. so wenig wie möglich geopolitische Problemfälle enthalten, die zu einer Desintegration der Region führen und damit die künftige wirtschaftliche Entwicklung Europas schädigen könnten;
4. die geringste Wahrscheinlichkeit einer relevanten Beanspruchung durch andere mächtige ausländische Akteure im Vergleich zu ihrer Bedeutung für die europäische Wirtschaft und ihre geopolitischen Interessen aufweisen;
5. eine Region sein, die die Europäische Union am kosteneffektivsten durch eine Ausweitung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik verteidigen kann.“

Diese „Grand Area“ soll dann wiederum mit einem dichtmaschigen Netz an Militärbasen unter Kontrolle gebracht werden: „Das Konzept der ‚Grand Area‘ würde versuchen, diese Länder in ein dauerhaftes EU-geführtes System zu integrieren, das durch Militärbasen, bessere

Kommunikationslinien und engere Partnerschaften abgesichert wird – eine europäische Vorwärtspräsenz, um die Notwendigkeit sporadischer Interventionen zu reduzieren.“ Mit diesem Militärbasennetz soll vor allem folgenden beiden Zielen Nachdruck verliehen werden: „Erstens, ausländische Mächte davon abzuhalten, sich in Ländern in der größeren europäischen Nachbarschaft einzumischen; und zweitens Halsstarrigkeit und Fehlverhalten auf Seiten der lokalen Machthaber vorzubeugen.“ Konkret wird darauf hin die Errichtung einer ganzen Reihe neuer Basen vorgeschlagen: „Neue europäische Militäranlagen könnten im Kaukasus und Zentralasien, der arktischen Region und entlang der Küstenlinie des indischen Ozeans benötigt werden. Das Ziel dieser Einrichtungen wäre es, [...] eine latente aber permanente Macht innerhalb der ‚Grand Area‘ auszuüben.“


„Erfolgreiche“ Expansion – schleppende Militarisierung


In der Praxis wurde der angestrebte Expansionsprozess bereits frühzeitig im Rahmen der EU-Osterweiterung auf den Weg gebracht, in deren Folge die Europäische Union von 15 auf mittlerweile 28 Länder anwuchs. Seit dem Jahr 2004 existiert darüber hinaus die Europäische Nachbarschaftspolitik, die sich von Nordafrika bis zum Kaukasus auf 15 Länder rund um die EU erstreckt. Mit ihr wird auf eine „Expansion ohne Erweiterung“ abgezielt, indem die Nachbarländer mittels sogenannter Assoziationsabkommen zwar neoliberal umstrukturiert und einer großeuropäischen Wirtschaftszone peripher angegliedert werden – allerdings ohne reale Beitrittsperspektive.

Map 1

The European Union and the 'Grand Area'


 Maritime communication line with spur and port


 Gas transmission pipeline with flow direction

 Planned gas transmission pipeline with flow direction

 Caucasus
Strategic flashpoint or strategic chokepoint

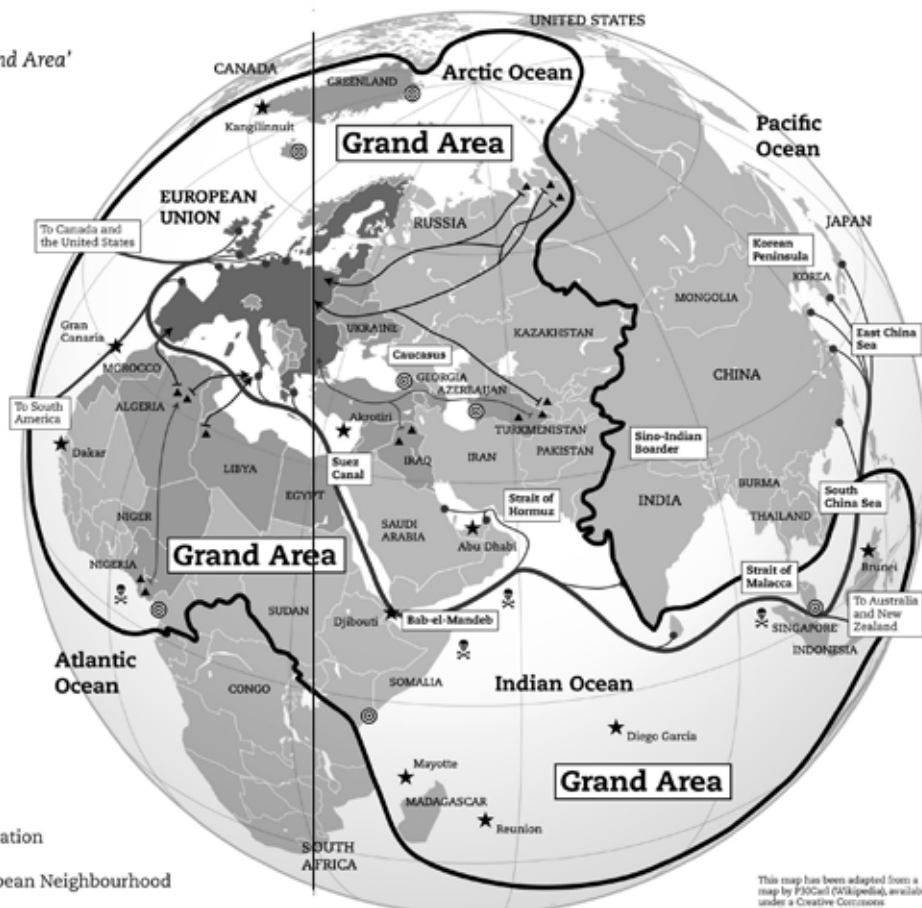
 Gas producing region

 Pirate infestation

 European military station

 Suggested European military station

 Countries in an extended European Neighbourhood



This map has been adapted from a map by FIOD (Frankfurt Institute of Oceanography and Fisheries), available under a Creative Commons Attribution-Share Alike License.

In diesem Nachbarschaftsraum erhebt die Europäische Union mittlerweile offen den Anspruch, als „Ordnungsmacht“ notfalls auch militärisch die Vormacht ausüben zu können. So erklärte Catherine Ashton bereits 2013 in ihrer damaligen Funktion als EU-Außenbeauftragte: „Das neue Augenmerk der USA für die asiatisch-pazifische Region ist eine logische Konsequenz der geostrategischen Entwicklungen [Anm.: des Aufstiegs Chinas]. Dies bedeutet auch, dass Europa mehr Verantwortung für seine eigene Sicherheit und die seiner Nachbarschaft übernehmen muss. [...] Die Union muss in der Lage sein, als Sicherheitsgarant – mit Partnern so möglich, autonom wenn nötig – in ihrer Nachbarschaft entschieden zu handeln, dies schließt direkte Interventionen ein. Strategische Autonomie muss sich zuerst in der Nachbarschaft der Europäischen Union materialisieren.“⁶

Vor diesem Hintergrund wurden bereits ab 1999 die Bemühungen, einen schlagkräftigen EU-Militärapparat aufzubauen, erheblich intensiviert. Als „Geburtsstunde“ der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GSVP), wie sie heute genannt wird, gelten die in diesem Jahr gehaltenen Ratsgipfel in Köln und Helsinki, auf denen die Aufstellung einer EU-Interventionstruppe beschlossen wurde. Es folgte die Einrichtung eines Militärausschusses und andere für die Kriegsplanung relevanter Institutionen im Jahr 2000 und 2003 wurde eine „Europäische Sicherheitsstrategie“ verabschiedet, mit der die Interventionsausrichtung der Union ein festes Rahmenwerk erhielt. Erste GSVP-Einsätze folgten noch im selben Jahr, sodass der damalige EU-Außenbeauftragte Javier Solana zufrieden bilanzierte: „Für EU-Verhältnisse bewegen wir uns mit Lichtgeschwindigkeit.“⁷

Doch dann geriet das Militarisierungsprojekt ganz erheblich ins Stocken, was zunächst mit dem Scheitern des ebenfalls 2003 verabschiedeten EU-Verfassungsvertrages bei den Referenden in Frankreich und den Niederlanden 2005 zusammenhing. Der Vertrag enthielt mehrere institutionelle „Innovationen“, mit denen der Ausbau des EU-Militärapparates vorankommen sollte. Das erklärt, weshalb sich Viele einen Quantensprung im Militärbereich versprochen, als der Verfassungsvertrag schlussendlich mit viel Trickereien doch noch nahezu unverändert durchgedrückt werden konnte und am 1. Dezember 2009 als Vertrag von Lissabon in Kraft trat.

Nachdem auch die USA spätestens mit dem Amtsantritt von Präsident Barack Obama im selben Jahr ihren Widerstand gegen eine Militarisierung der Europäischen Union aufgaben, ja sie regelrecht ermunterten, war zwischenzeitlich der Optimismus groß, nun substanzielle „Fort-schritte“ erzielen zu können. Doch als die USA beim NATO-Krieg gegen Libyen 2011 dann konkret anboten, den Europäern die Führung zu überlassen, mussten diese einen politischen und militärischen Offenbarungseid leisten. Politisch, weil Deutschland – vollkommen zu Recht – die Beteiligung verweigerte; und militärisch, weil Großbritannien und Frankreich zwar bereitwillig die Führung des Einsatzes übernahmen, aber schnell Farbe bekennen mussten, dass sie faktisch weit davon entfernt waren, über die erforderlichen Kapazitäten für eine derart komplexe Militärintervention zu verfügen.

Mit dem Schwenk zu einer deutlich offensiveren deutschen Militärpolitik ab 2014 entfiel einer der Faktoren, der sich nach landläufiger Meinung als besonders hinder-

lich für die Herausbildung einer militärisch schlagkräftigen EU erwiesen hatte. Und mit dem bevorstehenden Austritt Großbritanniens, das über viele Jahre nahezu jeden Versuch, die Militarisierung der Europäischen Union voranzutreiben, blockiert hatte, könnte bald der zweite entfallen. Hier dürfte der Grund liegen, dass eine Reihe von EU-Politikern augenscheinlich den Briten kaum eine Träne nachweint. So meldete sich etwa Elmar Brock, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Europaparlaments, folgendermaßen zu Wort: „Der Brexit hat auch gute Seiten. [...] Jahrelang haben uns die Briten aufgehalten. Jetzt geht es endlich voran.“⁸ Auch Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen gab zu Protokoll: „Wir haben lange Rücksicht nehmen müssen auf Großbritannien, weil Großbritannien konsequent diese Themen nicht wollte“.⁹

Eine Globalstrategie für Europa

Lediglich fünf Tage nach dem britischen Austrittsvotum nahm der EU-Rat am 28. Juni 2016 eine neue EU-Globalstrategie (EUGS) an, die seither die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) aus dem Jahr 2003 ersetzt. Auf der einen Seite betont die EUGS Interessen, die es global zu „schützen“ gelte: „Im Zusammenhang mit dem Interesse der EU an einem offenen und fairen Wirtschaftssystem besteht die Notwendigkeit von weltweitem Wachstum und weltweiter Sicherheit im Seeverkehr, wodurch offene und geschützte Wege auf Ozeanen und Meeren, die für den Handel von entscheidender Bedeutung sind, und der Zugang zu den natürlichen Ressourcen sichergestellt werden. Die EU wird zur weltweiten maritimen Sicherheit beitragen und dabei auf ihre Erfahrungen im Indischen Ozean und im Mittelmeer zurückgreifen und die Möglichkeiten für den Golf von Guinea, das Südchinesische Meer und die Straße von Malakka prüfen.“¹⁰

Andererseits unterstreicht die Globalstrategie auch, dass das primäre – insbesondere auch militärische – Augenmerk auf dem erweiterten Nachbarschaftsraum liegt. Ohne jede Form der Selbstkritik soll dabei auch künftig auf den neoliberalen Umbau des Nachbarschaftsraums und seiner Integration in die EU-Einflusssphäre gesetzt werden, ungeachtet der Tatsache, dass diese Politik massiv zur Destabilisierung der Länder im Süden und Osten der EU beiträgt. Gerade deshalb wird wohl auch betont, dass genau diese Länder die Schwerpunkte möglicher künftiger EU-Militärinterventionen darstellen: „Die EU wird sich – praxisorientiert und auf Prinzipien gestützt – für die Friedenskonsolidierung einsetzen; dabei werden wir die Bemühungen auf unsere östlichen und südlichen Nachbarregionen konzentrieren, während weiter entfernte Einsätze von Fall zu Fall erörtert werden.“

Anders als noch im Libyen-Krieg unter Beweis gestellt, sollen solche Interventionen in der EU-Nachbarschaft künftig tatsächlich möglichst unabhängig – autonom – von den USA erfolgen können: „Die europäischen Anstrengungen auf dem Gebiet der Sicherheit und der Verteidigung sollten die EU in die Lage versetzen, autonom zu handeln und gleichzeitig zu Maßnahmen der NATO beizutragen und gemeinsam mit ihr Maßnahmen durchzuführen. Eine glaubwürdigere europäische Verteidigung ist auch für eine gesunde transatlantische Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von wesentlicher Bedeutung.“

Um dies zu erreichen, fordert die EUGS, dass hierfür auch die dementsprechenden militärischen Kapazitäten aufgebaut werden müssen: „Die Mitgliedstaaten [benötigen] bei den militärischen Spitzenfähigkeiten alle wichtigen Ausrüstungen, um auf externe Krisen reagieren und die Sicherheit Europas aufrechterhalten zu können. Dies bedeutet, dass das gesamte Spektrum an land-, luft-, weltraum- und seeseitigen Fähigkeiten, einschließlich der strategischen Grundvoraussetzungen, zur Verfügung stehen muss.“ Damit diese „Fähigkeiten“ auch verlässlich bereitgestellt werden, braucht es schließlich noch eine möglichst schlagkräftige Rüstungsindustrie: „Eine tragfähige, innovative und wettbewerbsfähige europäische Verteidigungsindustrie ist von wesentlicher Bedeutung für die strategische Autonomie Europas und eine glaubwürdige GSVP.“

Deutsch-Französische Militarisierungsoffensive

Ebenfalls bereits wenige Tage nach dem britischen Referendum im Juni 2016 veröffentlichten die (damaligen) Außenminister Deutschlands und Frankreichs, Frank-Walter Steinmeier und Jean-Marc Ayrault, das offensichtlich lange vorher erarbeitete Papier „Ein starkes Europa in einer unsicheren Welt“. In ihm wurde nicht nur die Umsetzung von seit Jahren in der Pipeline befindlicher Militärprojekte, sondern auch eine diesbezügliche deutsch-französische Führungsrolle gefordert: „In einem stärker von divergierenden Machtinteressen geprägten internationalen Umfeld sollten Deutschland und Frankreich gemeinsam dafür eintreten, die EU Schritt für Schritt zu einem unabhängigen und globalen Akteur zu entwickeln.“¹¹

Nach der Sommerpause war es dann zuerst die Außenbeauftragte Mogherini, die am 8. September 2016 einen Forderungskatalog vorlegte, der unter anderem die

Aufstellung eines EU-Hauptquartiers enthielt. Nur wenige Tage später, am 12. September 2016, wurde dann das zweite deutsch-französische Papier veröffentlicht, diesmal von den Verteidigungsministern Ursula von der Leyen und Jean-Yves Le Drian. Auch darin fand sich die Forderung, den Brexit nun für den großen Militarisierungssprung nach vorne zu nutzen: „Unter der Prämisse der Entscheidung des Vereinten Königreichs, die Europäische Union zu verlassen, ist es nun unser Ziel, zu 27 weiter voranzuschreiten.“¹²

Die Gesamtheit der deutsch-französischen Forderungen wurde von der Süddeutschen Zeitung folgendermaßen zusammengefasst: „Im Zentrum stehen Vorschläge für ein gemeinsames und permanentes EU-Militärhauptquartier. Bisher werden EU-Einsätze mit rotierender Zuständigkeit geführt. [...] Von besonderer Bedeutung sind auch neue Verfahrenswege. So soll der bisher ungenutzte Artikel 44 des Lissabonvertrags der EU aktiviert werden. Er erlaubt Mitgliedsstaaten, dass sie in unterschiedlicher Geschwindigkeit die Zusammenarbeit vorantreiben, auch ohne dass Einstimmigkeit herrscht. Bisher wurde auf diese Bestimmung aus Rücksicht auf Großbritannien verzichtet. Die deutsch-französische Initiative sieht außerdem eine Synchronisierung der Haushaltsplanung vor, eine gleiche Lastenverteilung bei Einsätzen, einen EU-Forschungshaushalt für technologische Aspekte der Rüstungsentwicklung und auch mehr Zusammenarbeit bei der Beschaffung von Ausrüstung.“¹³

Bratislava-Agenda: „Härte Zeigen“

Am 14. September 2016 griff EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der Union den Großteil der bereits kursierenden Vorschläge noch einmal auf und fügte zu allem Überfluss auch noch eigene hinzu. Auffällig war vor allem auch der militaristische



EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bei seiner Rede zur Lage der Europäischen Union am 14. September 2016.
Quelle: Europäische Union

Ton, den der Kommissionspräsident dabei anschlug: „Mit zunehmenden Gefahren um uns herum reicht Soft Power allein nicht mehr aus. [...] Europa muss mehr Härte zeigen. Dies gilt vor allem in unserer Verteidigungspolitik. Europa kann es sich nicht mehr leisten, militärisch im Windschatten anderer Mächte zu segeln oder Frankreich in Mali allein zu lassen. Wir müssen die Verantwortung dafür übernehmen, unsere Interessen und die europäische Art zu leben zu verteidigen.“¹⁴

Konkret forderte Juncker u.a.:

1) Eine profiliertere EU-Rolle in Krisengebieten

Juncker will, dass die EU als Akteurin – und nicht „nur“, wenn überhaupt, ihre Einzelstaaten – eine führende Rolle bei der Bewältigung heutiger Konflikte spielen soll. Die Schaffung eines aufgrund des Symbolwertes lange hochumstrittenen Postens eines EU-Außenministers dient dabei dazu, diesen Anspruch zusätzlich zu untermauern: „Federica Mogherini, unsere Hohe Vertreterin und meine Vizepräsidentin, leistet hervorragende Arbeit. Aber sie muss unsere Europäische Außenministerin werden, mit deren Hilfe alle diplomatischen Dienste – von kleinen wie großen Ländern gleichermaßen – ihre Kräfte bündeln, um in internationalen Verhandlungen mehr Einfluss zu erlangen. Deswegen fordere ich heute eine Europäische Strategie für Syrien. Federica gehört mit an den Verhandlungstisch, wenn über die Zukunft Syriens geredet wird.“

2) Ein militärisches Kerneuropa

Auch Juncker drängt darauf, endlich von der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (SSZ) Gebrauch zu machen, deren Nutzung prinzipiell durch den Vertrag von Lissabon ermöglicht wird, bislang aber unter anderem von Großbritannien blockiert wurde. Dadurch wäre es möglich, das bislang gültige – und oftmals als hinderlich empfundene – Konsensprinzip im GSVP-Bereich auszuhebeln und Teile der EU-Militärpolitik per Mehrheitsentscheid auf eine kleine Gruppe an Mitgliedstaaten zu übertragen. Darüber hinaus werden als „Teilnahmeberechtigung“ in Protokoll 10 des Lissabon-Vertrages auch noch die Beteiligung an allen relevanten EU-Rüstungsprojekten und Militäreinsätzen genannt, wodurch die Hürden so hoch sind, dass sie lediglich von einigen wenigen großen EU-Staaten übersprungen werden können. Dennoch hat sich Juncker dieses problematische Konzept augenscheinlich zu Eigen gemacht: „Der Vertrag von Lissabon gibt den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, ihre Verteidigungsfähigkeiten in Form einer ständigen strukturierten Zusammenarbeit zu bündeln, so sie dies wollen. Ich denke, jetzt ist der richtige Zeitpunkt, diese Möglichkeit zu nutzen.“

3) Ein EU-Hauptquartier für mehr Militäreinsätze

Obwohl seit 2004 verfügbar, wurden die EU-Kampftruppen (Battlegroups) bislang noch nie eingesetzt. Dies lag einmal am Widerstand Großbritanniens, wird aber auch auf unzulängliche Planungskapazitäten zurückgeführt. Das soll nun behoben werden, wenn es nach Jun-

cker geht: „In den letzten zehn Jahren haben wir uns in über 30 zivilen und militärischen EU-Missionen von Afrika bis Afghanistan engagiert. Doch ohne dauerhafte Struktur können wir nicht wirksam agieren. Dringende Operationen verzögern sich. Es ist an der Zeit, dass wir für diese Operationen ein gemeinsames Hauptquartier einrichten.“

4) EU-eigene militärische Fähigkeiten

Bei nahezu allem, was im Militärbereich auf EU-Ebene geschieht, wird auf rein nationalstaatliche Fähigkeiten zurückgegriffen. Eine Bündelung von Fähigkeiten unter EU-Kontrolle wurde von Großbritannien stets als zu großer Schritt in Richtung einer EU-Armee abgelehnt. Juncker teilt diese Aversion augenscheinlich nicht, wie sich schon im März 2015 gezeigt hatte, als er lautstark die Schaffung einer EU-Armee forderte. Auch in seiner Rede zur Lage der Union forderte er: „Außerdem sollten wir uns auf gemeinsame militärische Mittel hinbewegen, die in einigen Fällen auch der EU gehören sollten.“

5) Rüstungsgelder: EU-Verteidigungsfonds

Zu schlechterletzt widmet sich Juncker auch noch der Frage, wie das ganze militärische Wunschkonzert finanziert werden soll, indem er fordert, EU-Haushaltsgelder für militärrelevante Ausgaben heranzuziehen: „Eine starke europäische Verteidigung braucht eine innovative europäische Rüstungsindustrie. Deshalb werden wir noch vor Jahresende einen Europäischen Verteidigungsfonds vorschlagen, der unserer Forschung und Innovation einen kräftigen Schub verleiht.“

Erklärung von Rom – Implementierungsplan – Verteidigungsfonds

Im Anschluss an Junckers Rede zur Lage der Europäischen Union verständigten sich die Staats- und Regierungschefs auf dem informellen – weil bereits ohne Großbritannien abgehaltenen – Ratsgipfel in Slowenien am 16. September 2016 mit der sogenannten „Bratislava-Agenda“ darauf, die kursierenden Vorschläge weiter zu konkretisieren. Hierfür legte die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini bereits am 14. November 2016 den am selben Tag vom Rat gebilligten „Implementierungsplan zur Sicherheit und Verteidigung“ vor. Er unterbreitete Vorschläge zur Umsetzung der EU-Globalstrategie – bemerkenswert darin ist vor allem die Forderung nach einer Erhöhung des militärischen Planziels (Headline Goal), also des Umfangs der EU-Militärkapazitäten.¹⁵ Noch wichtiger war die Veröffentlichung des Verteidigungs-Aktionsplans der EU-Kommission am 30. November 2016. Im Kern enthielt er den vom Rat im Dezember 2016 grundsätzlich gebilligten Vorschlag, jährlich 500 Mio. Euro für EU-Rüstungsforschung und satte 5 Mrd. Euro für die Beschaffung von Rüstungsgütern auszuloben und damit den bislang weitgehend unbestrittenen Grundsatz, keine EU-Gelder für Militärausgaben zu verwenden, zu umgehen.¹⁶

Darüber hinaus verständigten sich die EU-Außen- und Verteidigungsminister Anfang März 2017 darauf, eine „Militärische Planungs- und Führungsfähigkeit“ einzu-

richten. Dieses stehende Quasi-EU-Hauptquartier – dem Begriff selbst standen offenbar eine Reihe von Mitgliedsstaaten skeptisch gegenüber – soll zwar zunächst „nur“ für nicht-exekutive Einsätze – vor allem also Ausbildungs- und Trainingseinsätze – zuständig sein, doch damit dürfte perspektivisch nicht das Ende der Fahnenstange erreicht sein: „Insbesondere Deutschland wünscht sich noch größere Fortschritte, hieß es in Diplomatenkreisen. So könnte die neue Zentrale später auch ‚exekutive‘ EU-Militäreinsätze führen – also nicht nur Trainings- und Beratungsmissionen, sondern auch Einsätze mit möglicher Waffengewalt wie etwa die Anti-Piratenmission ‚Atalanta‘ und die Marinemission ‚Sophia‘ im Mittelmeer. Sie werden bisher von den Hauptquartieren in den Mitgliedsstaaten geleitet.“¹⁷

Als nächster wichtiger Zwischenschritt wurde der 25. März 2017 auserkoren – das symbolträchtige 60jährige Jubiläum der Unterzeichnung der Römischen Verträge. Zu diesem Anlass unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs sowie Vertreter von Parlament, Rat und Kommission die „Erklärung von Rom“. In ihr wurde noch einmal die Ambition unterstrichen, als EU eine „entscheidende Rolle in der Welt zu spielen“. Für ein „ein stärkeres Europa in der Welt“ bedürfe es einer Union, die bereit sei, „mehr Verantwortung zu übernehmen und dazu beizutragen, eine stärker wettbewerbsfähige und integrierte Verteidigungsindustrie zu schaffen; eine Union, die sich zur Stärkung ihrer gemeinsamen Sicherheit und Verteidigung bekennt, auch in Zusammenarbeit und Komplementarität mit der Nordatlantikvertrags-Organisation“.¹⁸

Viel konkreter wurde es in diesem Dokument allerdings nicht – insbesondere auch die Passagen zur Aktivierung der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ blieben recht schwammig. Noch im Oktober 2016 hatten Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien in einem Papier unter anderem die Aktivierung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit gefordert – interessanterweise handelt es sich dabei um vier Staaten, die „Post-Brexit“ zusammen 57,5% der Stimmengewichte des Bevölkerungsanteils auf sich vereinigen würden. Wenn es ihnen dann noch gelänge, ausreichend kleinere EU-Länder auf ihre Seite zu ziehen, hätten sie faktisch bereits eine „qualifizierte Mehrheit“ zur Bildung einer SSZ erreicht.¹⁹ Aus diesem Grund ist es nachvollziehbar, dass die FAZ berichtet, im Vorfeld der „Erklärung von Rom“ habe es einigen Widerstand aus den Reihen der kleinen und mittleren EU-Länder hiergegen gegeben: „Die Kanzlerin warb mit Unterstützung aus Frankreich und Spanien für ein ‚Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten‘. Viele andere Europäer waren davon nicht begeistert. [...] Der Begriff ‚Kerneuropa‘ ist auch nicht beliebter. Andere denken nämlich schnell an ein deutsches Zentralgestirn, um das lauter Planeten kreisen.“²⁰

Dementsprechend vage wurde in der Erklärung von Rom auf dieses Thema Bezug genommen: „Wir werden gemeinsam – wenn nötig mit unterschiedlicher Gangart und Intensität – handeln, während wir uns in dieselbe Richtung bewegen, so wie wir es schon in der Vergangenheit getan haben.“²¹ Auf der anderen Seite verweist ebenfalls die FAZ darauf, dass sie die Erklärung – aus deutscher Sicht – für einen Fortschritt hält: „Das klingt schon wieder fast belanglos, ist es aber nicht. Die Staaten erkennen erstmals in einer gemeinsamen Erklärung

an, dass sie keineswegs im selben Tempo voranschreiten müssen.“²²

Rüstung mit oder gegen die USA?

Wie aus der vorigen Darstellung klar geworden sein sollte, entwickelt sich der EU-Militärbereich in jüngster Zeit überaus dynamisch. Eine letzte Frage, die sich deshalb aufdrängt ist, inwieweit die in diesem Zusammenhang ergriffenen Rüstungsinitiativen als Ergänzung oder als Konkurrenz zu den USA begriffen werden müssen. Aus Sicht einer Analyse der Generaldirektion des Rates existieren dabei zwischen den Interessen der Europäischen Union und denen der USA keine Konflikte – alles bestens im transatlantischen Verhältnis: „[Die EUGS] könnte sich als Wendepunkt im europäischen außen- und sicherheitspolitischen Denken erweisen. Sie betont zusätzlich zur weichen Macht den Wert harter Macht – einschließlich einer starken Partnerschaft mit der NATO. [...] Einige Mitgliedsstaaten haben befürchtet, dass eine stärkere, autonomere EU die NATO schädigen würde, in der 22 EU-Länder Mitglied sind. Aus diesem Grund forderten sie eine starke Berücksichtigung der NATO in der Strategie. Diese Befürchtungen wurden adressiert, da die NATO eine große Rolle in der EUGS spielt. Aus Sicht der Globalstrategie gibt es keine zwingenden Konflikte zwischen den Interessen der EU und denen der NATO.“²³

Allerdings wurde diese Analyse vor der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten angefertigt – und die manchmal zwar völlig nachvollziehbare, teils aber auch völlig hysterische Trump-Kritik, die sich unter anderem hierzulande in nahezu allen Medien Bahn bricht, könnte zu der Auffassung verleiten, dass sich der Wind hier allmählich dreht. Hier ist allerdings Vorsicht angebracht – denn zumindest aus deutscher und europäischer Sicht sprechen weiter viele Gründe für ein enges Bündnis mit den USA, Trump hin oder her. So erteilte etwa der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, Plänen zur „Gegenmachtbildung“ eine klare Absage: „Erstens würden wir die vielen Millionen Amerikaner ignorieren, die eben nicht Donald Trump gewählt haben. [...] Anstatt uns pauschal von den USA abzuwenden, sollten wir mit all jenen zusammenarbeiten, die an einer Bewahrung der transatlantischen Wertegemeinschaft interessiert sind. Dazu scheinen ja auch einige Mitglieder der neuen Regierung zu zählen, die sich erfreulich deutlich zur transatlantischen Partnerschaft und Kontinuität bekannt haben – von den Trump-Gegnern im Kongress ganz zu schweigen. Zweitens ist es nicht so, dass überall auf der Welt Partner Schlange stünden, die mit Europa die liberale Weltordnung verteidigen wollten. [...] Langfristig wird die liberale Weltordnung nur Bestand haben, wenn sie von beiden Pfeilern der transatlantischen Partnerschaft gestützt wird. Drittens übersehen jene, die jetzt zu einer europäischen Gegenmachtbildung zu den USA aufrufen, dass diese Option in Wahrheit gar nicht besteht. Die Europäer können kurz- und mittelfristig nicht auf die US-amerikanische Sicherheitsgarantie verzichten.“²⁴

Summa summarum: An den USA und damit auch an der NATO führt zumindest mittelfristig allen Anstrengungen zum Trotz – nicht zuletzt aus deutscher Sicht – kein Weg vorbei. Das schließt allerdings ein arbeitsteiliges Verfahren keineswegs aus, zumal Donald Trump ja expli-



zit größere militärische Anstrengungen der Verbündeten einfordert. Den EU-Verbündeten wiederum scheint der Druck aus Washington teils gerade recht zu kommen, ermöglicht er es doch gegenüber der eigenen Bevölkerung umfassende Rüstungsmaßnahmen zu legitimieren: „Es ist die Aufgabe dieser und der nächsten Bundesregierung, die Ausgaben nicht nur zu erhöhen, sondern auch dafür zu sorgen, dass das Geld effizient investiert werden kann. Im Fall der Bundeswehr geht es nach einem Vierteljahrhundert der systematischen Demilitarisierung übrigens nicht um ein Auf-, sondern um ein Nachrüsten. Die deutschen Streitkräfte sind in einem beklagenswerten Zustand, materiell wie personell. So gesehen kann die Bundeswehr Trump dankbar sein: Der Präsident hält den Druck im Kessel hoch.“²⁵

In jedem Fall würden die USA den EU-Staaten auch und gerade unter Trump wohl nur allzu gerne die Verantwortung für die militärische Kontrolle „ihres“ erweiterten Nachbarschaftsraums übertragen – und viele Entscheidungsträger in der EU scheinen nur allzu willig, diese „Verantwortung“ als wichtigen Zwischenschritt auf dem Weg zu einer veritablen „Weltmacht EUropa“ zu schultern. Exemplarisch für diese Positionen war der von nicht weniger als zehn Zeit-Redakteuren gezeichnete Artikel „Weltmacht! Echt jetzt?“, in dem es heißt: „Nach der Wahl Donald Trumps erkennen die Europäer, dass sie künftig selbst ihre Interessen durchsetzen und ihre Sicherheit garantieren müssen – und was dem noch alles im Wege steht. [...] Europa muss nicht ‚Weltmacht‘ werden im amerikanischen Sinne, mit Flugzeugträgergruppen, die stählern durch alle Weltmeere pflügen. [...] Europa hat Interessen in Afrika, in einem Teil von Asien (Syrien! Afghanistan!) und an all seinen Außengrenzen, vom Balkan bis Marokko, vom Atlantik bis tief ins südliche Mittelmeer. Hier Mitverantwortung zu übernehmen, weit über den eigenen Kontinent hinaus – auch das ist Weltmacht. Regional begrenzte Weltmacht ganz gewiss, aber auch zum Glück. Aber für eine ziemlich große Region.“²⁶

Anmerkungen

- 1 So der Direktor des Europa-Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel: Optenhögel, Uwe: Brothers in Arms. Trotz Brexit wird in der europäischen Verteidigung zusammenwachsen, was zusammengehört, Internationale Politik und Gesellschaft, 18.1.2017.
- 2 Küster, Kai: Mehr Sicherheit mit einer europäischen Armee?, Deutschlandfunk, 14.11.2016.
- 3 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. Dezember 2016 zur Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (2016/2036(INI)).
- 4 Schulz, Martin: Die Außenpolitik der Europäischen Union im 21. Jahrhundert: Vision, Ambition und Wirklichkeit, in: [integration](#) 2/2013, S. 138-145, S. 145.
- 5 Rogers, James: A New Geography of European Power?, Egmont Paper, No. 42, January 2011, S. 16. Siehe hier alle folgenden Zitate dieses Kapitels.
- 6 Ashton, Catherine: Preparing the December 2013 European Council on Security and Defence, Brussels, 15 October 2013, S. 2.
- 7 „Wir bewegen uns mit Lichtgeschwindigkeit“, [Die Welt](#), 25.2.2000.
- 8 Deutsch-französische Strategie zur Verteidigungspolitik, [Deutschlandfunk](#), 13.9.2016.
- 9 Pany, Thomas: Nach Brexit: Von der Leyen für mehr militärische EU-Zusammenarbeit, [Telepolis](#), 14.7.2016.
- 10 Gemeinsame Vision, gemeinsames Handeln: Ein stärkeres Europa, Brüssel, 28.6.2016. Siehe hier alle folgenden Zitate dieses Kapitels.
- 11 Ayrault, Jean-Marc/Steinmeier, Frank-Walter: Ein starkes Europa in einer unsicheren Welt, Stand 27.6.2016.
- 12 Le Drian, Jean Yves/Leyen, Ursula von der: Erneuerung der GSP, Berlin, 12.9.2016.
- 13 Deutschland und Frankreich wollen Verteidigungspolitik der EU reformieren, [Süddeutsche Zeitung](#), 9.9.2016.
- 14 Juncker, Jean-Claude: Rede zur Lage der Union: Hin zu einem besseren Europa – Einem Europa, das schützt, stärkt und verteidigt, [Straßburg](#), 14.9.2016. Hieraus auch die restlichen Zitate dieses Abschnitts, sofern nicht anders ausgewiesen.
- 15 Implementation Plan on Security and Defence, Brüssel, 14. November 2016 (14392/16).
- 16 Europäischer Verteidigungs-Aktionsplan, Brüssel, 30.11.2016 (COM(2016) 950 final).
- 17 EU wächst militärisch zusammen - zumindest ein bisschen, [Spiegel Online](#), 6.3.2017.
- 18 Erklärung von Rom, 25. März 2017.
- 19 Große EU-Staaten wollen Kräfte in Verteidigung bündeln, [Reuters](#), 12.10.2016.
- 20 Ein Kern für Europa, [FAZ](#), 25.3.2017.
- 21 Erklärung von Rom, 25. März 2017.
- 22 Ein Kern für Europa, [FAZ](#), 25.3.2017.
- 23 Legrand, Jérôme: Does the new EU Global Strategy deliver on security and defence? DG EXPO, September 2016, S. 1 und 15.
- 24 Ischinger, Wolfgang: Einbinden, Einfluss nehmen, [Süddeutsche Zeitung](#), 15.2.2017.
- 25 Trump zwingt Europäer zu überfälliger Nachrüstung, [Die Welt](#), 19.2.2017.
- 26 Weltmacht! Echt jetzt?, Zeit Online, 17.11.2016. Gezeichnet von Jochen Bittner, Georg Blume, Gerhard Gnauck, Angela Köckritz, Matthias Krupa, Jörg Lau, Michael Thumann, Gero von Randow, Heinrich Wefing und Ulrich Ladurner.

Wer sind die Kriegstreiber?

Die US-Wahl und deutsche Begehrlichkeiten

von Erhard Crome

Noch im Herbst 2016 schien die Antwort auf die Frage im Titel relativ einfach. Vom 7. bis 17. Juni 2016 fand das größte Militärmanöver in Polen seit 1989 statt. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass die NATO eine „Friedensdividende“ des Endes des Kalten Krieges ausgeschlagen hat, hier war er! Es nahmen etwa 31.000 Soldaten teil, die aus 24 Staaten – nicht nur der NATO, sondern auch aus Georgien und der Ukraine – stammten. Es sollte den NATO-Gipfel in Warschau (08.-09.07.2016) begleiten, der eine weitere Aufrüstung und Stationierung von NATO-Truppen an Russlands Grenzen beschließen sollte, darunter auch Panzertruppen der USA. Schlüsselworte der NATO für dieses Manöver „Anakonda 2016“ hießen „Abschreckung“ und „massive Kampfkraft“.

Das Manöver war ein Höhepunkt der Außenpolitik des US-Präsidenten Barack Obama. Die hat nicht nur das von den USA angerichtete Chaos im Nahen Osten weiter vergrößert, sondern vor allem die antirussische Ausrichtung der Außen- und Militärpolitik der USA weiter verstärkt. Geopolitisch hatten die USA und die EU bzw. Deutschland es ab 2013 unternommen, die Ukraine aus dem Einflussbereich Russlands herauszulösen. Nachdem der Westen die Ukraine-Krise ausgelöst hatte, war nicht klar, ob dieses Hinüberziehen der Ukraine aus dem Einflussgebiet Russlands in den Orbit von EU und NATO eine USA-Politik (von Präsident Barack Obama und seiner damaligen Außenministerin Hillary Clinton) ist, die von der EU bezahlt werden soll, oder eine deutsche bzw. „europäische“, für die die USA das militärische Drohpotential im Hintergrund zur Verfügung stellen. Sollte sich jedoch jemand in Berlin darauf kapriziert haben, neue deutsche Weltpolitik gestützt auf US-amerikanisches Militär machen zu wollen, dürfte sich dies als Schimäre erweisen.

Nach dem Beginn der kriegesischen Konflikte in der Ostukraine und der Angliederung der Krim an Russland verhängten die westlichen Länder wirtschaftliche und andere Sanktionen. Die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland wurden auf einen Tiefpunkt hinuntergefroren, der den Zeiten des Kalten Krieges vergleichbar ist. Alle Aktionen in dieser Richtung gingen von Washington, Berlin und anderen westeuropäischen Hauptstädten aus. Moskau war es, das reagierte.

Insofern ist es nachvollziehbar, dass die Wahl Donald Trumps, der diesen Kurs recht offen kritisierte, zum Präsidenten der USA für die deutsche „politische Klasse“ traumatische Folgen hatte. Die anschließend einsetzenden Debatten und Reaktionen sind überaus Besorgnis erregend und legen nahe, dass zur Beantwortung der Ausgangsfrage künftig verstärkt nach Brüssel, vor allem aber nach Berlin geblickt werden muss.

Neue Unübersichtlichkeiten

Aktuell ist das Hauptproblem der USA ihre „imperialem Überdehnung“ (Paul Kennedy). Im ersten Viertel des

21. Jahrhunderts befinden wir uns in einer Phase hegemonialen Übergangs. Er ist durch den Abstieg der USA als globale Hegemonialmacht gekennzeichnet. Sie sind nicht mehr die „unilaterale Supermacht“, wie in den 1990er Jahren viele meinten. Das Fiasko im Irak- und Afghanistan-Krieg markiert das in einem globalstrategischen und militärischen Sinne; unter Präsident George W. Bush haben die USA den Zenit ihrer globalen Macht überschritten. Es war an Obama, den historischen Rückzug aus Sicht der herrschenden Klasse so zu gestalten, dass die USA „ihr Gesicht nicht verlieren“ und sie ihre Interessen so weit wie möglich international durchsetzen. Die Volksrepublik China liegt im Jahre 2015 als größte Handelsmacht der Welt mit einem Exportvolumen von 2.275 Milliarden US-Dollar weit vor den USA, deren Exporte 1.505 Milliarden US-Dollar ausmachten. Die Frage aber, ob nun China als Super-Supermacht an die Stelle der USA tritt, wie viele Analytiker im Westen gern fragen, ist falsch gestellt. Eher entsteht ein globales „Konzert der Mächte“. Hier ringen mehrere mächtige Zentren um Macht und Einfluss bzw. global um eine Neuverteilung der Macht.

In dieser Situation wurde nun mit Donald Trump ein Vertreter einer „realistischen Außenpolitik“ gewählt, der vor eben jener Überdehnung warnte und sie unter anderem als Folge der Interventionspolitik seiner unmittelbaren Vorgänger Bush und Obama bezeichnete. (Für die außenpolitische Analyse ist es irrelevant, welche Positionen der Präsident in der Geschlechter-, Ausländer- oder Gesundheitspolitik einnimmt.) Trumps Programm trägt stark isolationistische Züge. Die aber waren immer konservativ. Trumps „America First“ ist heute etwas Neues, das jedoch an frühere Traditionen US-amerikanischer Außenpolitik anknüpft. Am 27. April 2016 hielt er in Washington seine außenpolitische Grundsatzrede. Es gehe um Frieden und Wohlstand, um „eine neue außenpolitische Richtung“, in der „Ziellosigkeit durch Zweckgerichtetheit, Ideologie durch Strategie und Chaos durch Frieden“ ersetzt werden. Die USA hätten es nach dem Kalten Krieg nicht verstanden, „eine neue Vision für eine neue Zeit“ zu entwickeln. An die Stelle logischen Handelns traten „Torheit und Arroganz“, die die Außenpolitik „von einer Katastrophe zur nächsten“ führte. Im Nahen Osten führte das vom Irak zu Libyen und schließlich zu Obamas Linie in Syrien. Offen kritisierte er Obama und Hillary Clinton, die als seine Außenministerin dafür mitverantwortlich war; in der Sache war es auch Kritik an der Außenpolitik der Bush-Familie und der „Neo-Konservativen“. Diese Politik stürzte die gesamte Region des Nahen Ostens ins Chaos und gab dem sogenannten Islamischen Staat überhaupt erst Raum zur Entfaltung. Das „alles begann mit der gefährlichen Idee, wir könnten aus Ländern westliche Demokratien machen, die weder Erfahrungen damit hatten noch daran interessiert waren, westliche Demokratien zu werden“.

Der Grundbefund lautete: die USA seien geschwächt,

weil ihre Ressourcen überdehnt seien. Eine wirtschaftliche Stärkung sei unausweichlich, um militärisch und außenpolitisch wieder stark zu werden. Eine kohärente Außenpolitik der USA müsse daher auf den amerikanischen Interessen beruhen. Dazu müsse das Land „aus dem Geschäft des nation-building“ in anderen Ländern „aussteigen“ und auf „Stabilität in der Welt“ zielen. Im Nahen Osten müsse der Terrorismus zerschlagen werden und zugleich „die regionale Stabilität, nicht der radikale Wandel“ gefördert werden. Die Spannungen mit Russland müssten verringert und die Beziehungen verbessert werden, der „Zyklus der Feindschaft“ müsse beendet werden. Die „antiquierte Mission und Struktur“ der NATO, „die noch aus dem Kalten Krieg stammen“, sollten den veränderten Bedingungen angepasst werden. Auch in Bezug auf China betonte Trump die Notwendigkeit guter Beziehungen, allerdings unter der Voraussetzung einer Reduzierung des Außenhandelsdefizits der USA gegenüber der Volksrepublik.

Den Nationalstaat sieht Trump als Grundelement der Entwicklung. Das Volk der USA werde „den falschen Gesängen des Globalismus“ nicht länger folgen. Unter seiner – Trumps – Präsidentschaft werde es keine internationalen Abkommen geben, die die Fähigkeit der USA, „die eigenen Angelegenheiten zu kontrollieren, beeinträchtigen“. Das meinte vor allem TTIP. Trump ist Nationalist. Deshalb sind alarmistische Rufe gegen „globalen Trumpismus“ ein Widerspruch in sich.

Kann Trump diese neue Grundlinie der internationalen Politik der USA durchsetzen, werden sich die Unterschiede und Differenzen im Verhältnis zur EU und damit auch zu Deutschland verstärken. Die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA werden konfliktbelasteter.

Trump gilt nach seinen Wahlkampf-Tiraden als Fremdenfeind, Frauenfeind, Rassist u.ä. Mit seinen innenpolitischen Positionen verbindet sich ein reaktionäres Programm, dessen Umsetzung vieles infrage stellen würde, das während der vergangenen Jahrzehnte in der inneren Entwicklung der USA erreicht wurde. Die Bewegungen für Frauenrechte, Bürgerrechte usw. in den USA wissen, wofür und wogegen sie aus Anlass von Trumps Amtseinführung demonstriert haben. Etwas anderes ist es mit Anti-Trump-Demonstrationen außerhalb der USA.

Konfliktlinien im Nebel

Seit Donald Trump es ernst meint damit, an der Grenze zu Mexiko eine Mauer errichten zu lassen, und dekretierte, Bürger aus einigen islamischen Staaten nicht in die USA einreisen zu lassen, wogen Großdemonstrationen gegen Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie und Rassismus durch die USA und andere Länder. Europäische Staatsmänner und -frauen und die bürgerliche Medienwelt überbieten sich im Wettlauf um größtmögliche Trump-Verteufelung. Solch Gleichklang der Medien in Deutschland von Frankfurter Allgemeiner Zeitung, Süddeutscher, Spiegel und TAZ bis zum Neuen Deutschland ist ungewöhnlich. Zwischen den Herrschenden und weiten Teilen der Bevölkerung waltet Einmütigkeit: Alle gegen Trump!

Für die Herrschenden in Europa eine äußerst bequeme Situation: Die Demonstrierer in den EU-Ländern haben einen Feind weitab. Derweil halten sich Proteste gegen

den Beschluss des EU-Gipfels, Flüchtlinge, die aus Nordafrika über das Mittelmeer kommen, wieder dorthin zurückzuschaffen und nicht mehr nach Europa zu bringen, in engen Grenzen. Dass die deutsche Exportindustrie befürchtet, durch Trumps „America First“-Politik Einbußen zu erleiden, wird von deren Vertretern und der Bundesregierung immer lautstärker betont. Auch dies scheint in die Anti-Trump-Strömung zu passen und etliche Linke vergessen ihre Kapitalismus-Kritik. Die EU soll gegen Trumps „Nationalismus“ gestärkt werden. Dass dies ein eigenes imperialistisches Projekt ist, verschwindet ebenfalls in dem Furor gegen Trump. Auch, dass Angela Merkel und Wolfgang Schäuble mittels EU die rechtmäßige griechische Regierung faktisch gestürzt und in ihre Kolonialverwaltung verwandelt haben, wird davon überdeckt.

Trump's angekündigte Konzentration auf Industriearbeitsplätze im Innern richtet sich innenpolitisch auch gegen die einseitige Ausrichtung der Außen- und Außenwirtschaftspolitik der USA auf die Interessen der Finanzspekulanten. Deshalb verbündeten sich diese schon im Wahlkampf mit den interventionistischen Globalstrategen, die unter Bill Clinton, George W. Bush und Obama die Außenpolitik bestimmt hatten, gegen Trump. Ganz in diesem Sinne hatte George Soros, einer der berühmtesten Spekulanten, bereits wenige Tage nach den USWahlen an einem Strategie-Treffen der bei den Präsidentschafts- und Kongresswahlen unterlegenen Demokratischen Partei teilgenommen. Vereinbart wurde, Trump die Präsidentschaft so schwer wie möglich zu machen und dafür umfangreiche Finanzen zur Verfügung zu stellen. Die parlamentarischen Arme der Demokraten sind derzeit kurz, so wird auf außerparlamentarische Mittel gesetzt. In der New York Times war nachzulesen, dass von den Organisationen, die den Protestmarsch der Frauen in Washington am 21. Januar 2017 organisiert hatten, 56 auf der Sponsorenliste von Soros stehen oder enge Beziehungen zu seinen Organisationen haben, darunter alle „Schlüssel-Partner“ der Demo-Vorbereitung.

Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos erklärte Soros Trump zum „Möchtegerndiktator“. Dazu passt das Faschismus-Etikett. Das hatte der Vordenker der neokonservativen Kriegspolitik von George W. Bush, Robert Kagan, Trump bereits während des Wahlkampfes angeklebt, und viele plapperten es nach, die Ideologen und Wasserträger des neokonservativen Flügels der Republikaner wie die Interventionisten der Demokraten um Obama und Hillary Clinton und viele sich gern als links Verstehende. Die „Atlantiker“ in Deutschland transportieren dies hierher.¹ Bereits zehn Tage nach Trumps Amtseinführung forderte Eliot A. Cohen dessen Amtsenthebung. Die FAZ druckte es nach und andere deutsche Zeitungen referierten die Einlassung brav. Cohen war ebenfalls ein Einpeitscher des Krieges, propagierte den Irak-Krieg, bevor George W. Bush ihn ausgelöst hatte, und war später Berater von dessen Außenministerin Condoleezza Rice. Wenn das alles nicht hilft, soll ein Militärputsch gegen Trump angezettelt werden. Das regte Rosa Brooks an. Sie war unter Obama Beraterin im Pentagon. Die USA sind ein Land, in dem es seit George Washington keinen Militärputsch gegeben hat. Hier stellt sich die Frage, wer denn nun die größere Gefahr für die Demokratie ist, Trump oder seine Feinde. Auch hier stellen die bunten zivilgesellschaftlichen Demonstrationen gegen Trump die Nebelwand



Anti-Trump-Proteste in Baltimore. Quelle: Elvert Barnes Protest Photography/Wikipedia

dar, hinter der sich der harte Kampf der Globalpolitiker gegen eine mögliche Veränderung der Außenpolitik der USA abspielt. Die Demokraten wissen das Feld gut zu bespielen: Obama ermuntert freundlich die Zivilgesellschaft und sein früherer Außenminister John Kerry lässt sich ohne Schlips und Anzug unter den Demonstranten blicken. Beider Verantwortung für Kriegseinsätze ist verdrängt.

Donald Trump regiert derweil mit Dekreten. Aufmerksame Beobachter stellen fest, dass das keineswegs konzeptionslos erfolgt. Das Dekret zum Verbot der Einreise aus muslimischen Ländern ist das Protestobjekt der Demonstranten. Derweil hat er Umweltstandards gelockert, um den Kohlebergbau wieder zu fördern, zwei Pipelines genehmigt, die Obama aus Umweltschutzgründen untersagt hatte, das Projekt Mauer gegen Mexiko weiter vorgebracht, die Begrenzungen für die Banken gelockert, Neueinstellungen und Budgets des Öffentlichen Dienstes eingefroren, Obama-Care reduziert und Abtreibungsfinanzierung im Ausland untersagt. In „ruhigen Zeiten“ würde jedes dieser Themen wütende Proteste auslösen. Da die Bewegungen nicht für alles gleichzeitig Zeit haben, kann das hinter dem Kampfgetöse um die Einreisebestimmungen unbehelligt durchgehen. Und selbst wenn letztere suspendiert bleiben, sehen seine Anhänger: Trump hält, was er verspricht.

Deutsche Perspektiven

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat nach der Wahl Barack Obama zu einem letzten Besuch als Präsident der USA in Berlin empfangen. Gemeinsam mit anderen Staats- und Regierungschefs großer EU-Staaten erklärten sie, die anti-russischen „Sanktionen“ zu verlängern und auf TTIP zu bestehen. Das war Pfeifen im Walde. TTIP in der von Obama, Merkel & Co. erstrebten Richtung dürfte

erledigt sein, weshalb die EU-Kommission die Entwürfe schon „im Gefrierschrank“ abgelegt hat. NATO-Generalsekretär Stoltenberg betonte, die Beistandsklausel des von ihm verwalteten Bündnisses sei „bedingungslos“. Die Regierenden in Kiew, die von der Obama-Administration gezielt angestachelt wurden, wissen nicht, ob sie auch künftig auf Washingtons Spesenliste stehen.

Die deutschen Reaktionen auf die Wahl Trumps waren eigenartig. Grünen-Chef Cem Özdemir meinte: „Jetzt sind die, die uns die westlichen Werte gebracht haben, vom Glauben abgefallen.“ Die deutsche politische Klasse ist inzwischen so weit, nicht nur Russland, Polen, Österreich, Großbritannien (nach dem Brexit) und andere europäische Länder über „wahre Demokratie“ belehren zu wollen, sondern auch die USA. Angela Merkel gratulierte dem neuen Präsidenten, verband dies aber mit oberlehrerhafter Aufzählung von „Werten“. Ironisch formuliert: Die nordatlantisch erzogenen politischen Eliten Deutschlands und Westeuropas sind in einer ähnlichen Situation wie die Führungen der kleinen sozialistischen Länder in Osteuropa zur Zeit von Gorbatschow: Die Vormacht tut nicht mehr das, was man erwartet hat. Sie macht nicht mehr das, woran man gewöhnt war. Und jetzt weiß man nicht, was man tun soll.

Das „America First“ der Trump-Administration bedeutet eine Schwerpunktsetzung auf Innenpolitik und Wirtschaft; „Make America work again“ war eine Tageslosung auf Trumps Parteitag. Das hat unter Umständen einen Wirtschaftskrieg gegen China und aller Voraussicht nach auch Restriktionen gegen das deutsche Exportmodell zur Folge. In dieser Logik liegt aber nicht ein Schießkrieg gegen Russland. Trumps Wahl war die „Rache der Arbeiterklasse“ an der politischen Elite und den neoliberalen Spekulanten für ihre Verarmung und Enteignung im Namen der Globalisierung, die unter der Präsidentschaft von Bill Clinton eingeleitet worden war.

In der Hamburger Die Zeit war (16.02.2017) zu lesen, US-Präsident Donald Trump sei kein Feind der NATO, aber ein Feind der EU. Deshalb könnte sich die „Abwicklung beider Bündnisse“ in umgekehrter Reihenfolge vollziehen: historisch hätte es ohne den Schutz der NATO keine EU gegeben; wenn es „kein vereintes Europa mehr zu schützen“ gäbe, brauche es aber auch die NATO nicht mehr. Das ist schon logisch betrachtet Unsinn: es gibt mehrere NATO-Staaten, die nicht in der EU sind (neben den USA und Kanada sind dies Island, Norwegen, Türkei, Albanien) und etliche EU-Länder, die nicht in der NATO sind (Finnland, Irland, Malta, Österreich, Schweden, Zypern). Die NATO ist – dem Wortlaut des Vertrages nach – ein Verteidigungsbündnis von Staaten, derzeit 28. Weshalb also sollte die NATO ein Schutz- und Trutzbündnis für die EU sein, die dort gar nicht Mitglied ist?

Eine solche Perspektive ergibt sich nur, wenn man davon ausgeht, dass die EU ein Machtkonstrukt ist, in dem Deutschland bestimmend ist. Deutsche Politiker und Medien werfen Trump gerade diese Sichtweise vor. Sie erwarten nun aber US-amerikanische Unterstützung für die deutsche Politik im Innern der EU wie nach außen, etwa bei der Angliederung der Ukraine. Der zitierte Text begann mit dem aufschlussreichen Satz: „Nach drei Monaten der außenpolitischen Panik soll diese Woche also Klarheit bringen. [...] Gleich drei von Trumps wichtigsten Kabinettsmitgliedern werden dieser Tage zu dieser Frage vernommen.“ Gemeint sind die Teilnahme von Außenminister Tillerson am G20-Außenministertreffen in Bonn und von Vizepräsident Pence sowie Verteidigungsminister Mattis an der sogenannten Sicherheitskonferenz in München.

Der Deutsche als „Vernehmer“, zumal wenn die „Vernommenen“ Spitzenpolitiker einer der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges sind – das ist schon starker Tobak. Der dies schrieb, heißt Jochen Bittner, Jahrgang 1973. Die deutsche Großmannssucht ist wieder da, bereits in der ersten Generation, die nach der deutschen Einheit sozialisiert wurde. Der Mann hat immerhin Jura studiert und ist Politischer Redakteur bei der Zeit, etliche Jahre war er Korrespondent in Brüssel. Bei Wikipedia ist nachzulesen, dass er auch mit dem German Marshall Fund zu tun hat und zuweilen Gastautor ist bei der International New York Times, der Auslandsausgabe der New York Times. Hier ergibt sich die Frage, ob der Mann ein deutsches Spiel spielt, das auf eine weitere Stärkung deutscher Weltmachtambitionen zielt und mit jenem Teil der herrschenden Klasse der USA zusammenspielt, der die seit dem Zweiten Weltkrieg betriebene globale Interventionspolitik unbedingt fortsetzen will – wofür politisch Obama und Hillary Clinton standen und publizistisch auch die New York Times. Oder ob er ein amerikanisches Spiel treibt, weil jene Kräfte, die durch die Wahl Trumps zunächst eine Niederlage erlitten, sich stärker fühlen, wenn ihre Positionen aus dem Ausland in die innenpolitischen Auseinandersetzungen der USA zurückgespiegelt werden.

Die spannende Frage nun war, was herauskam. Zunächst einmal keine Vernehmung. Rex Tillerson hat seinem frischgebackenen Amtsbruder Sigmar Gabriel Nettigkeiten gesagt, die zu erwarten waren. Verteidigungsminister James Mattis betonte Artikel V des NATO-Vertrages, der die militärische Beistandsverpflichtung fixiert. Etwas

anderes war nicht zu erwarten. Zugleich wiederholte er die Forderung, dass alle, die sicherheitspolitisch von der NATO profitierten, sich auch proportional an den Kosten zu beteiligen hätten – also die Grundforderung der Trump-Regierung an die Adresse der NATO-Partner. Da er das schon in Brüssel in der NATO-Verteidigungsminsterrunde erklärt und Ursula von der Leyen ihm beige-pflichtet hatte, konnte er das in München unter Bezug auf die deutsche Ministerin erklären. Hinzu kam der interessante Satz zu den „Bedrohungen“, mit denen das Bündnis konfrontiert sei: „Wir dürfen nicht nur die strategischen Realitäten anerkennen, sondern auch die politischen Realitäten“. Was das bedeutet, muss sich erst noch erweisen. In seiner Pressekonferenz in Japan einige Tage zuvor hatte Mattis gesagt, dass die erste Verteidigungslinie die Diplomatie sei.

Vizepräsident Mike Pence hatte in München eine Rede vorgetragen, die ausdrücklich als mit Trump abgestimmt deklariert war. Ebenfalls eine bekenntnishaft Bestätigung der Verbundenheit mit der NATO. Dann die bekannte Lagebeschreibung des „radikal-islamistischen Terrorismus“ als Hauptfeind, der die westliche Zivilisation zu zerstören bestrebt sei, sowie der Verweis auf Iran und Nordkorea. In Sachen Iran wurde die Position, den Vertrag der sechs Mächte mit Iran aufzukündigen, nicht wiederholt und betont, die USA wollten unter Präsident Trump sicherstellen, dass der Iran nicht in den Besitz von Atomwaffen kommt, die er gegen andere Staaten, auch nicht in der Region und speziell gegen Israel einsetzen könnte. In Bezug auf Russland Kontinuität: es versuche, internationale Grenzen mit Gewalt zu verändern; zugleich Betonung des Minsker Abkommens, Russland solle zur De-Eskalation der Gewalt in der Ostukraine beitragen. Die USA wollten „Russland aus der Verantwortung nicht entlassen“ und suchten zugleich „nach einer neuen gemeinsamen Grundlage, wovon, wie Sie wissen, Präsident Trump glaubt, dass sie gefunden werden kann“.

Auf der Münchener Tagung waren auch die US-Senatoren John McCain und Lindsey Graham, beide erklärte Gegner Trumps und Vertreter einer absichtsvollen weiteren Verschlechterung der Beziehungen zu Russland. Graham tonte, wieder unter Verweis auf die angebliche Rolle Russlands im US-Wahlkampf: „2017 wird das Jahr, in dem der Kongress Russland in den Hintern tritt.“ Er wolle mit anderen Republikanern, die kritisch gegen Trump und Russland feindlich gegenüberstehen, und zusammen mit den Demokraten entsprechende Beschlüsse im Kongress herbeiführen. Das war offenbar Balsam für die Seelen der Anwesenden Russland-Hasser in München.

Trump hatte in einer seiner berühmt-berüchtigten Twitter-Nachrichten bereits am 29. Januar 2017 geschrieben, die beiden Senatoren sollten sich lieber mit dem Kampf gegen den IS, der illegalen Migration und der Grenzsicherheit befassen, „statt ständig zu schauen, wie sie den Dritten Weltkrieg beginnen können“. Über die Pressekonferenz am 16. Februar 2017 in Washington, die Trump kurzfristig angesetzt hatte, wurde nahezu einhellig in allen Medien, in Deutschland wie in den USA berichtet, er habe die Presse beschimpft, gelogen und die gestellten Fragen nicht beantwortet. Die New York Times hatte ein Wortprotokoll ins Netz gestellt. Darin finden sich jedoch Passagen, über die ebenso einhellig nicht berichtet wurde. Trump bezeichnet die Fragen zu Russland, im Sinne

des angeblichen russischen Hackings und seiner vorgeblichen Beziehungen nach Russland, als Trick. Wenn die beiden Staaten zusammenkämen und Gemeinsamkeiten fänden, wäre das gut. „Und vergessen Sie nicht, wir sind eine sehr starke Nuklearmacht und sie sind es ebenfalls. Daran kann kein Zweifel bestehen.“ Bei einer Zuspitzung könnte es „einen nuklearen Holocaust ohnegleichen“ geben. „Wenn wir gute Beziehungen zu Russland hätten, wäre das eine gute Sache, nicht eine schlechte.“ Nur hinderten die Auseinandersetzungen in Washington ihn, den Präsidenten Trump daran, einen „guten Deal“ mit Putin auszumachen. Wenn man die Minderung der Gefahr eines Atomkrieges als das eigentliche Problem der Gegenwart ansieht, sind wir keinen Schritt weiter. Der Kampf in Washington tobt weiter, Ausgang offen. Nur sind die deutschen politischen und medialen „Eliten“ Teil dessen.

Der langerwartete Besuch von Kanzlerin Angela Merkel bei US-Präsident Donald Trump hat am 17. März 2017 stattgefunden. Zeitgleich fand in Baden-Baden ein Treffen der G20-Finanzminister statt. Einen Tag zuvor war US-Finanzminister Steve Mnuchin auf Einladung seines deutschen Gegenübers, Wolfgang Schäuble, zu Gesprächen in Berlin. Bei beiden Gelegenheiten wurden die Meinungsverschiedenheiten beider Seiten deutlich sichtbar. Trump begrüßte die Kanzlerin draußen vor der Tür des Weißen Hauses, gab ihr nach dem Vieraugengespräch im Oval Office für die Fotografen aber nicht die Hand. Manche Kommentatoren witterten einen Fauxpas. Wer Trump länger beobachtet hat, musste jedoch zu dem Eindruck kommen, auch dies war beabsichtigt; es waren die Bilder für das Inland – sollte die US-Regierung zu gegebener Zeit doch noch einen Handelskrieg mit den deutschen Rekord-Exporteuren anzetteln wollen, hätte ein solches Bild nicht gepasst. Beide Seiten waren sich offenbar nicht besonders herzlich begegnet, doch gab es auch kein Anzeichen offenen Bruchs. Welche Interessen sie verbinden und welche sie trennen, bleibt noch in der Schwebe.

Deutsche Kriegstreiber

Die Befürchtung scheint anzuhalten, in Trumps Stab könnte eine Neubewertung der Beziehungen zu Russland erfolgen, etwa weil man verschiedene Konfliktherde ausräumen oder Russland im Handelskrieg gegen China auf der eigenen und nicht der Gegenseite haben will. Deshalb gibt es derzeit zwei Linien in der deutschen (regierungsamtlichen) Politik. Die eine wird etwa von Ursula von der Leyen, der für das Militärische zuständigen Ministerin, verkörpert. Sie will der Forderung der Trump-Regierung Folge leisten, den Militärhaushalt Deutschlands auf zwei Prozent des BIP zu erhöhen – das wäre eine Steigerung auf etwa 60 Milliarden Euro im Jahr. Und zwar ohne eine eigene Bewertung der Bedrohungslage. Die andere Linie zielt auf eine wieder eigenständigere deutsche Militärpolitik. Die wiederum wird aus abenteuerlichen Vorstellungen abgeleitet.

Im Hintergrund steht Folgendes: Am Ende des britischen Hegemonialzeitalters waren seit Ende des 19. Jahrhunderts die USA und Deutschland parallel zueinander als herausfordernde Mächte entstanden, die zwangsläufig in Konflikt miteinander geraten mussten. Deshalb war geostrategisch „die Eindämmung der Macht des deut-

schen Nationalstaates im Zentrum Europas ein Leitmotiv amerikanischer Europapolitik seit dem Zeitalter des Imperialismus“. Aber „Deutschland wurde nur dann zu einem Problem für die Vereinigten Staaten, wenn es zum Hegemon oder Unterdrücker Europas aufzusteigen drohte. Die von Europa weit entfernten USA fürchteten, anders als Deutschlands europäische Nachbarn, nie den 1871 geschaffenen deutschen Nationalstaat, aber immer die rivalisierende Weltmacht.“² Als Deutschland mit den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts versuchte, Europa zu erobern und imperial zu beherrschen – und dabei kein Verbrechen scheute, von der Erfindung des Luftkrieges, des Gas-Krieges und des U-Boot-Krieges bis zum Holocaust – standen die USA folgerichtig in der gegen Deutschland gerichteten Staatenkoalition. Dabei wurden sie zugleich zur neuen hegemonialen Macht; Westdeutschland, das von den USA im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion wieder gefördert wurde, und nach 1990 Gesamtdeutschland wurden Teil des Hegemonialsystems der USA.

Dabei war der Gegensatz zwischen beiden bis zur Niederlage Hitlerdeutschlands 1945 nicht nur machtpolitischer Natur. Es waren zugleich zwei Typen kapitalistischer Expansion. Der westliche der USA beruhte, wie der Politikwissenschaftler Dan Diner schrieb, auf „weltmarktlichem Universalismus“ und „abstrakt-tauschförmiger und informeller Ausdehnung“, während der deutsche ein kontinental bestimmter, gewaltförmiger war. Von der moralischen und historischen Bedeutung her handelte es sich „um einen Unterschied ums Ganze. Die atlantische Integration der Bundesrepublik Deutschland ist demnach nicht nur ein bündnispolitischer Vorgang. Es handelt sich um eine weltmarktlich flankierte Integration in eine andere politische Kultur, die Kultur der civil society als westlicher Zivilisation.“³

Als Teil dieses „westlichen“ im Unterschied zu dem früheren, gesonderten kontinental-europäischen kapitalistischen System erscheint mit der Erosion der US-amerikanischen Hegemonie Deutschland innerhalb der „westlichen Welt“ wieder als Antipode zu den USA. Der andere Typ imperialistischer Machtausübung ist verschwunden, der Rückfall in die Konkurrenz wieder da. Der deutsche Leistungsbilanz-Überschuss 2016 betrug 297 Milliarden US-Dollar, China folgte mit 245 Milliarden, während die USA das weltweit größte Defizit in Höhe von 478 Milliarden US-Dollar hatten. Aus dem Handel mit den USA und Großbritannien resultierten 2015 44 Prozent der deutschen Überschüsse (Ifo-Institut, Ende Januar 2017).

Vor diesem Hintergrund gibt es inzwischen auch Überlegungen in Richtung einer deutschen Konfliktfähigkeit gegen Russland. Der Politikwissenschaftler Christian Hacke, ein Fossil des Kalten Krieges, meldete an, Deutschland brauche auch in einem Konflikt mit Russland die Fähigkeit zur „Eskalationsdominanz“. Was heißt das? Zunächst liegen hier wieder alte Konzepte des Kalten Krieges zu Grunde: Die Dominanz in der Eskalation hat derjenige, der eine Lage verschärfen kann, ohne dass die Gegenseite wirksam etwas dagegen zu tun vermag. Der Westen hatte sie zum Beispiel in seinem Libyen-Krieg: Russland und China mussten zuschauen und konnten gegen den Bruch des Völkerrechts und die Verletzung des Beschlusses des UNO-Sicherheitsrates nur politisch-diplomatisch protestieren. Ein militärisches Eingreifen auf



Seiten der Gaddafi-Regierung hätte eine direkte Konfrontation mit den USA und der NATO und – die Eskalation zuende gedacht – die Gefahr eines Atomkrieges heraufbeschworen. Umgekehrt hat Russland die Eskalationsdominanz im jetzigen Syrien-Krieg: der Westen konnte die Einsätze der syrischen Regierungstruppen und Russlands nicht verhindern, ohne seinerseits eine offene militärische Konfrontation heraufzubeschwören, deren Konsequenz der Atomkrieg wäre. Genau dies hatte Hillary Clinton angedroht.

Was aber will nun Hacke? Welche Eskalationsdominanz Deutschlands gegen die Atommacht Russland meint er? Das hat er nicht gesagt. Berthold Kohler, einer der Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, ließ dann die Katze aus dem Sack (27.11.2016): Wenn Trump bei seiner Linie bleibe, werden die USA die „Verteidigung Europas“ (gemeint ist EU-Europa) in einem Maße „den Europäern“ überlassen, das sie seit 1945 nicht mehr kennen. Abgesehen davon, dass Kohler hier den Krieg Nazi-Deutschlands gegen die Sowjetunion in die Tradition der „Verteidigung Europas“ stellt, die 1945 die USA übernommen hätten, kommt er zu der Folgerung, nun stünden nicht nur höhere Ausgaben für Verteidigung und die „Wiederbelebung der Wehrpflicht“ auf der Tagesordnung, sondern auch „das für deutsche Hirne ganz und gar Undenkbare, die Frage einer eigenen nuklearen Abschreckungsfähigkeit“ gegen Moskau. Die französischen und britischen Arsenale seien dafür zu schwach. Das meint offensichtlich die deutsche Atombombe.

Im Artikel 3 des „2+4-Vertrages“ von 1990 hatten die Regierungen der BRD und der DDR den Verzicht auf die Herstellung und den Besitz von und die Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen bekräftigt und erklärt, dass auch das vereinigte Deutschland sich an diese Verpflichtungen halten werde. Frankreich, Großbritannien, die UdSSR und die USA erklärten im Gegenzug in Artikel 7 die Beendigung ihrer „Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes“, mit der Folge: „Das vereinte Deutschland hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren

und äußeren Angelegenheiten.“ Demgemäß heißt: unter diesen Bedingungen. Damit waren die deutschen Angelegenheiten, wie sie Teil des Kalten Krieges und der internationalen Auseinandersetzungen seit 1945 waren, in der Sache abschließend geregelt.

Offenbar fühlen sich Teile der politischen Kaste in Deutschland inzwischen wieder so stark, dass sie meinen, das alles sei Makulatur und sie könnten sich über den „2+4-Vertrag“ hinwegsetzen. Da ist sie wieder, die deutsche Überhebung, die die Welt in zwei verheerende Weltkriege geführt hat! Allerdings ist auch dies wieder eine Fehlperzeption. Wenn es um die Verhinderung einer Atommacht Deutschland geht, sitzen die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges wieder in einem Boot. Alle vier. Auch Frankreich und Großbritannien.

Die Debatte um ein Atomwaffenpotential der europäischen Staaten der NATO bzw. der EU wurde in den vergangenen Monaten fortgesetzt. Die Webseite „Nachdenkseiten“ betonte: „Der Ruf nach einer deutschen Atombombe – wir stehen am Beginn einer Kampagne, die uns noch längere Zeit beschäftigen wird“.⁴ Das seit November 2016 lancierte Gerede in Deutschland über eine militärische Stärkung der EU und ihrer militärischen Schlagkraft, bis hin zu der Forderung nach deutschen Atomwaffen zeigt: in Berlin und Brüssel sitzen mindestens ebenso viele Kriegstreiber, wie in Washington.

Anmerkungen

- 1 Robert Kagan: Herrschaft des Mobs. Mit Donald Trump kommt der Faschismus nach Amerika, in: Der Spiegel, 22/2016, S. 138f.
- 2 Detlef Junker: Einleitung, in: Detlef Junker u.a. (Hrsg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945-1990. Ein Handbuch, Bd. I, Stuttgart und München: Deutsche Verlags-Anstalt 2001, S. 19.
- 3 Dan Diner: Imperialismus, Universalismus, Hegemonie. Zum Verhältnis von Politik und Ökonomie in der Weltgesellschaft, in: Iring Fetscher/ Herfried Münkler (Hrsg.): Politikwissenschaft. Begriffe – Analysen – Theorien. Ein Grundkurs, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag 1985, S. 357.
- 4 <http://www.nachdenkseiten.de/?p=37528> (22. März 2017).

Der Krieg in Mali als Folge der Formierung EUropäischer Außenpolitik

von Christoph Marischka

EU- und Regierungsvertreter_innen sowie regierungsnahe Thinktanks bemühen gerne das Narrativ, dass Mali zu lange als Musterland der Demokratie wahrgenommen und die „internationale Gemeinschaft“ bzw. die EU dem westafrikanischen Land nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt hätten. Das wirkt als (Selbst-)Kritik zunächst automatisch ehrlich und dominiert deshalb auch die öffentliche Debatte über die Geschichte der Eskalation in Mali. In Wahrheit trifft das Gegenteil zu: Der Krieg in Mali ist zumindest in Teilen Ergebnis der Institutionalisierung und Fusionierung EUropäischer Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der hiermit zusammenhängenden Versicherunglichung der Region und ihrer geopolitischen Rahmung als „Sahel“, wie im Folgenden dargestellt werden soll.

2003: Die Europäische Sicherheitsstrategie

Blicken wir zurück ins Jahr 2003, als die Europäische Union nicht nur ihre ersten beiden Militäreinsätze unter eigener Führung durchführte – die Missionen Concordia in Mazedonien und Artemis im Congo – sondern auch eine eigene Sicherheitsstrategie formulierte und verabschiedete. Diese Sicherheitsstrategie hatte im Wesentlichen die Funktion einer selbsterfüllenden Prophezeiung, indem sie postulierte, dass die Europäische Union ein globaler Akteur sei: „Als Zusammenschluss von 25 Staaten mit über 450 Millionen Einwohnern, die ein Viertel des Bruttonettoprodukts (BSP) weltweit erwirtschaften, ist die Europäische Union ... zwangsläufig ein globaler Akteur... Europa muss daher bereit sein, Verantwortung für die globale Sicherheit und für eine bessere Welt mit zu tragen.“

Zwar wird in der Sicherheitsstrategie bereits von einer „zunehmende[n] Konvergenz europäischer Interessen“ als Voraussetzung für die Akteursrolle der EU gesprochen, im Wesentlichen diente sie aber v.a. selbst der Herstellung dieser „Konvergenz“, indem festgelegt werden sollte, unter welchen Umständen und mit welchen Zielen die Mitgliedsstaaten gemeinsam und unter dem Dach der EU militärisch aktiv werden sollen, um ihre Akteursqualität zu unterstreichen. Hierzu definiert die Sicherheitsstrategie „Bedrohungen“, auf die es zu reagieren gelte. Dabei ist auffällig, dass hierbei keine genuin militärische Bedrohung ausgemacht, sondern eher ein Potpourri aus Problemlagen in anderen Ländern adressiert wurde, bei denen es sich letztlich um Phänomene der Kriminalität handelt: „Der grenzüberschreitende Handel mit Drogen, Frauen, illegalen Einwanderern und Waffen machen einen wichtigen Teil der Machenschaften krimineller Banden aus, und bisweilen bestehen Verbindungen zu terroristischen Bewegungen“. Weiter heißt es: „Diese Formen der Kriminalität hängen oft mit der Schwäche oder dem Versagen des Staates zusammen“, womit das „Scheitern von Staaten“ letztlich zur gemeinsamen Ursache und thematischen Klammer der identifizierten Bedrohungen

ausgemacht wurde. „Bei einer Summierung dieser verschiedenen Elemente – extrem gewaltbereite Terroristen, Verfügbarkeit von Massenvernichtungswaffen, organisierte Kriminalität, Schwächung staatlicher Systeme und Privatisierung der Gewalt“ sei „durchaus vorstellbar, dass Europa einer sehr ernstesten Bedrohung ausgesetzt sein könnte“. Zur eigentlichen Voraussetzung EUropäischen sicherheitspolitischen Engagements wurde damit eine Schwäche von Staatlichkeit nach europäischen Maßstäben erklärt, der es präventiv entgegenzuwirken gelte: „Staatlicher Zusammenbruch und organisierte Kriminalität breiten sich aus, wenn ihnen nicht entgegengewirkt wird. Daher müssen wir bereit sein, vor Ausbruch einer Krise zu handeln. Konflikte und Bedrohungen kann nicht früh genug vorgebeugt werden.“ Entsprechend müsse darauf hingearbeitet werden, „dass östlich der Europäischen Union und an den Mittelmeergrenzen ein Ring verantwortungsvoll regierter Staaten entsteht, mit denen wir enge, auf Zusammenarbeit gegründete Beziehungen pflegen können“.

Das könnte als erklärte Regime-Change-Strategie interpretiert werden, geht aber im Prinzip sogar noch weiter, da nicht lediglich die Spitze des Staatswesens ersetzt (und in Folge die Märkte liberalisiert) werden, sondern letztlich ganz neue Staatswesen geschaffen werden sollen, wobei als Kern des Staates der sogenannte Sicherheitssektor verstanden wird, also Militär, Gendarmerie, Polizei, Justiz und die sie kontrollierenden Behörden, Ministerien und Parlamente. Entsprechend findet sich in der Europäischen Sicherheitsstrategie auch die Aussage „Sicherheit ist eine Vorbedingung für Entwicklung“, die zumindest im Nachhinein nicht nur so zu lesen ist, dass ohne einen umfassenden Sicherheits- bzw. Gewaltapparat Initiativen zur ökonomischen oder gar sozialen Entwicklung zum Scheitern verurteilt sind, sondern auch dahingehend, dass sich die Entwicklungszusammenarbeit (zunächst) auf den Aufbau entsprechender Sicherheitsapparate fokussieren sollte.

„Schwäche von Staatlichkeit“ im „Sahel“

Allein aufgrund dieser Ausrichtung der Europäischen Sicherheitsstrategie auf „Scheiternde Staatlichkeit“ und dem darin zum Ausdruck kommenden Konzept von Staatlichkeit hätte man bereits zu jenem Zeitpunkt prognostizieren können, dass jene afrikanischen Länder, die heute geopolitisch als Sahel-Region oder (aktuell) „G5 Sahel“ zusammengefasst werden, zukünftig einen Schwerpunkt EUropäischer Außen- und Sicherheitspolitik bilden werden: Die Länder Mauretanien, Mali und Niger haben eine Ausdehnung, die jeweils dem Drei- bis Vierfachen derjenigen der Bundesrepublik Deutschland entspricht, und damit auch deutlich längere Grenzen, die obendrein durch dünn besiedeltes und infrastrukturell kaum erschlossenes Gebiet führen. Der Bestand an asphaltierten Straßen und gut ausgebauten Flughäfen beträgt nur einen Bruchteil



MINUSMA-Polizei in der malischen Stadt Gao. Quelle: UN

auch deutlich kleinerer europäischer Staaten. Um eine mit europäischen Staaten vergleichbare „Präsenz des Staates in der Fläche“ oder Überwachungsdichte an den Grenzen zu gewährleisten, wären Infrastrukturen, Finanzmittel und ein Personalaufwand notwendig, die den genannten afrikanischen Staaten schlicht nicht zur Verfügung stehen. Zwar geben sie einen (tw. deutlich) höheren Anteil des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für die Verteidigung aus, unterhalten jedoch mit einer um das Vier- bis Zwanzigfache kleineren Bevölkerung und einem bestenfalls um den Faktor Einhundert niedrigeren BIP Armeen, die etwa zehnmal kleiner und natürlich deutlich schlechter ausgerüstet sind, als diejenige der Bundesrepublik. Mit einer Bevölkerung unter 20 Mio. Menschen und einem Jahreshaushalt von 2,5 Mrd. US\$ kann etwa Mali kaum mehr als 15.000 Soldaten und je etwa 5.000 Polizei- und Gendarmeriekräfte unterhalten und damit ist es nicht möglich, ein staatliches Gewaltmonopol durchzusetzen, die Bevölkerung im Norden zu entwaffnen und den grenzüberschreitenden Handel, von dem sie lebt, zu unterbinden. Frühere Versuche, mit „Sicherheitskräften“ aus dem Süden die Kontrolle im Norden zu verdichten, mündeten in Aufständen, die durch einen Rückzug des Militärs in den Süden und die Vergabe von politischen und militärischen Ämtern an die Rebellenführer beigelegt wurden. Diese tolerierten den grenzüberschreitenden Handel und profitierten nicht selten direkt oder über Familienmitglieder von diesem. Zwar sind solche Formen intermediärer Herrschaft und Staatlichkeit in weiten Teilen des globalen Südens zu finden, ihre engen Zusammenhänge mit (aus westlicher Sicht unkontrolliertem) Handel, der in der EU-Sicherheitsstrategie eine herausragende Rolle spielt, sind jedoch in der betreffenden Region besonders augenfällig. Darüber hinaus gibt es weitere Gründe, weshalb Afrika und insbesondere Westafrika zum Schwerpunkt der EU-Sicherheitspolitik wurden.

Aufrüstung im Namen des Grenzschutzes

Neben den ersten EU-Militärmissionen, die zunächst v.a. in Zentralafrika stattfanden, wurden unterhalb der Schwelle zum offiziellen Einsatz eine Vielzahl von „sicherheitspolitischen“ Maßnahmen zur Aufrüstung angestoßen, die sich insbesondere auf Nordafrika und erst später auch auf die südlich angrenzenden Länder bezogen. Während die USA dort ab 2002 zunächst in den Staaten Mauretanien, Mali, Niger und Tschad (Pan-Sahel-Initiative) und ab 2005 zusätzlich in Marokko, Senegal, Algerien, Tunesien, Burkina Faso und Nigeria (Trans-Sahara Counter-Terrorism Initiative) unter der Maßgabe des „Kriegs gegen den Terror“ Spezialeinheiten ausbildeten, Überwachungstechnologie installierten und Geheimdienstkooperationen etablierten, standen von europäischer Seite zunächst einzelstaatliche Initiativen zur „Bekämpfung der illegalen Migration“ im Vordergrund, die zunehmend mit einem breiteren Aufgabenspektrum in einen EUropäischen Rahmen überführt wurden.

So bemühte sich Italien bereits seit 2000 um die polizeiliche Zusammenarbeit mit Libyen bei der Bekämpfung illegaler Migration, die ab 2003 zur italienischen Finanzierung von Flüchtlingslagern in Libyen führte und es Italien 2004 erstmals ermöglichte, größere Sammelabschiebungen von Drittstaatenangehörigen nach Libyen durchzuführen. Bereits zuvor wurden Libyen Geländewagen, Nachtsichtkameras, Unterwasserkameras und 1.000 Leichensäcke geschenkt und mehrwöchige Ausbildungsprogramme für die libysche Polizei zugesagt. Ende 2004 besuchte auf dieser Grundlage eine „technische Mission“ der EU-Kommission Libyen, um die weitere Zusammenarbeit auf Ebene der EU auszuloten, wobei es sich bei den „Experten“ der EU letztlich nur um 5 Vertreter der Kommission, einen Vertreter von Europol und 15 Vertreter_innen nationaler Innen- und Außenministerien handelte.

Die „technische Mission“ kam zu dem Schluss, dass eine Stärkung der libyschen Institutionen und eine verbesserte Ausbildung des libyschen Grenzschutzes anzustreben sei und verwies auf entsprechende Programmlinien der EU zur Finanzierung.¹

Entsprechende Maßnahmen wurden unter spanischer Führung auch gegenüber Marokko und Mauretanien durchgeführt und mündeten ab 2004 in das Seahorse-Programm, das einen engen Austausch, Ausbildungskurse und gemeinsame Patrouillen der Guardia Civil mit den Küstenwachen Marokkos, Mauretaniens und Senegals beinhaltete. Später kam die Lieferung von Überwachungstechnologie und eine Anbindung nationaler Kontaktstellen auf dem afrikanischen Kontinent an die spanische Satellitenaufklärung hinzu, die zunehmend im europäischen Rahmen durch weitere Aufklärungsdaten ergänzt wurde. Neben den Seegrenzen rückten daraufhin auch zunehmend die Binnengrenzen innerhalb Afrikas in den Fokus. Von den 2004 bis 2006 im Rahmen des EU-Programms AENEAS „zur finanziellen und technischen Unterstützung von Drittstaaten im Bereich Migration und Asyl“ bereitgestellten Mitteln flossen etwa 50 Mio. in Projekte zum Migrationsmanagement in Afrika, davon ein Großteil nach Nord- und Westafrika. Die Projekte beinhalteten neben der Untersuchung und dem „Informationsaustausch“ über die dortigen Migrationsrouten mehrere Programme zur Förderung gemeinsamer Patrouillen an den Landgrenzen zwischen Libyen und Niger (2 Mio. Euro) bzw. Libyen und Algerien (1 Mio.), zur besseren Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden in Westafrika (2 Mio.), Aufbau und Ausstattung von 10 Grenzposten der malischen Polizei (1 Mio.), zur Überwachung der Grenzen des Niger (1 Mio.) usw.²

Die so in Gang gesetzten Finanzflüsse und der entsprechende Ausbildungs- und Technologietransfer boten natürlich einen starken Anreiz für die westafrikanischen Regierungen, europäische Problemdefinitionen im Kontext der Migration zu übernehmen. Darüber hinaus waren sie geeignet, regionale Macht(un)gleichgewichte zu verschieben und die Konkurrenz der Anrainerstaaten über die Kontrolle der Grenzen anzuheizen. So sah etwa Algerien, das als Transitland nach Europa keine große Rolle spielte und in den entsprechenden Programmen zur Migrationsbekämpfung wenig berücksichtigt wurde, seinen Status als Regionalmacht zunehmend bedroht. Algerien verfolgte stattdessen einen Kurs der nationalen militärischen Aufrüstung und begründete diesen – damit enger angelehnt an die USA – v.a. mit der Gefahr des Terrorismus. Dabei kam dem Land zugute, dass nicht klar identifizierte Angreifer aus Algerien unmittelbar vor der Abschlussübung des ersten regionalen US-Terrorbekämpfungsprogramms 2005 einen mauretanischen Militärposten in Grenznähe überfielen. Algerien betonte fortan die Bedrohung der Region durch den Terrorismus und wurde in das Folgeprogramm der USA aufgenommen. Auch die europäischen Staaten begrüßten das algerische Bekenntnis zum Krieg gegen den Terror und zur Notwendigkeit einer intensiveren Grenzüberwachung. Deutschland etwa öffnete just zu diesem Zeitpunkt eine wahre Schleuse für Rüstungsexporte nach Algerien. Betrug diese bis 2003 noch deutlich unter 50 Mio. Euro, stiegen sie 2005 auf 160 Mio. und bis 2010 auf knapp 1 Mrd. Euro an.

EUropäisierung der Aufrüstung

Die Projekte aus dem AENEAS-Programm entstanden meist aus nationalen Initiativen und wurden erst nachträglich durch Finanzausschüsse EUropäisiert. Unterschiedliche EU-Staaten setzten in unterschiedlichem Maße auf Marokko, Algerien, Libyen und Nigeria als Regionalmächte und entsprechend verliefen die Rüstungsexporte. Wie in der Verteidigungspolitik mit den vorrangig humanitär begründeten EU-Militärmissionen musste sich auch in der Sicherheitspolitik die EUropäische Ebene erst noch institutionalisieren und quasi dazwischenschieben. 2007 wurde eine Expert Support Facility geschaffen, die bis Ende 2009 „mehr als 40 Expertenmissionen in über 30 Ländern“ durchgeführt hatte.³ Implementiert wurde die Expertenfazilität im Rahmen des 2006 aufgelegten Instruments für Stabilität (IfS), das bis 2013 mit über 2 Mrd. Euro ausgestattet war. Im Gegensatz zum AENEAS-Programm, das auf das Thema Migration beschränkt war, orientierte sich das IfS stärker an der Europäischen Sicherheitsstrategie und am gesamten Spektrum der darin identifizierten „Bedrohungen“ und benannte zunächst drei Prioritäten: Die Umsetzung der EU-Strategie gegen die Proliferation von Massenvernichtungswaffen, die Bekämpfung globaler und transregionaler Bedrohungen und den Kapazitätsaufbau für effektive Krisenreaktion. Unter globalen und transnationalen Bedrohungen wurden dabei Terrorismus, Organisierte Kriminalität, Drogen- und Waffenhandel verstanden und hieraus das übergeordnete Ziel der „Reduktion illegaler transnationaler Ströme“ („to reduce illicit trans-regional flows“) abgeleitet. Entsprechend wurden Maßnahmen zur Justiz- und Polizeireform, zur verbesserten Bekämpfung des Terrorismus und Grenzüberwachung angestrebt, die von den Expertenmissionen vorbereitet werden sollten.⁴ Bereits im 2008 von der Kommission erarbeiteten Programm zur Umsetzung des IfS für die Jahre 2009-2011 wurden erstmals Maßnahmen zur Terrorbekämpfung in der – hier explizit so benannten – „Sahelregion“ vorgesehen.⁵ Auftakt hierzu war die Förderung des Aufbaus eines Afrikanischen Zentrums zur Erforschung des Terrorismus (African Centre for the Study and Research on Terrorism, ACSRT) in Algerien. 2009 flossen dann auch Mittel zur „Bekämpfung globaler und transregionaler Bedrohungen“, also zur Reduktion illegaler Ströme, aus dem IfS an Mali, Mauretanien, Senegal und Ghana. Hierdurch inspiriert setzte die malische Regierung für die Jahre 2010 und 2011 ein Sonderprogramm für den Frieden, die Sicherheit und die Entwicklung im Norden Malis (PSPSDN) auf, das aus dem IfS von der EU unterstützt wurde. Tatsächlich verfolgte es das explizite Ziel, die „Präsenz des Staates in der Fläche“ zu erhöhen und fokussierte dabei auf die „Sicherheitspräsenz“, also Polizei und Militär. Hierzu wurden elf strategisch wichtige Orte ausgewählt und dort Militärstandorte, Polizeistationen und Gefängnisse errichtet, überdies sah das Programm die Rekrutierung von 3.000 zusätzlichen Ordnungskräften vor.

Damit stand das Programm zumindest in einem Spannungsverhältnis zu früheren Abkommen, mit denen Rebellionen im Norden beendet worden waren und die eine Dezentralisierung und den Rückzug der malischen Armee aus dem Norden vorsahen, wie u.a. das SIPRI,⁶ die International Crisis Group⁷ und das US Institute of Peace⁸

konstatieren. Diese Darstellungen differieren lediglich in der Einschätzung darüber, in welchem Ausmaß das von der EU inspirierte und finanzierte Programm die erneute Rebellion und anschließende Sezession im Norden ausgelöst oder nur zur allgemeinen Eskalation beigetragen hat, selbst eine Studie für das EU-Parlament kommt jedoch zu dem Schluss, dass „dieses Programm ... unbeabsichtigt zu den Problemen beigetragen hat, die es eigentlich verhindern sollte“.⁹

Die Verschränkung der Politikfelder...

Der Begriff „Sahel“ spielte bis 2007 in der EU jenseits der humanitären Hilfe keine nennenswerte Rolle. Bis dahin konzentrierte sich die militärisch geprägte und der Einstimmigkeit im EU-Rat unterliegende Verteidigungspolitik der EU darauf, erste eigenständige Missionen durchzuführen, die (abgesehen von Concordia) allesamt in Zentralafrika stattfanden. Demgegenüber stehen die Innere Sicherheit und der Schutz EUropäischer Interessen im Zentrum der sog., von der Kommission dominierten „Sicherheitspolitik“, die sich entsprechend regional eher auf den „Nachbarschaftsraum“ und thematisch auf die Migrationsbekämpfung fokussierte und damit mit Programmen wie AENEAS v.a. Nordafrika betraf. Die handels- und wirtschaftspolitisch motivierte Außenpolitik hingegen sprach bis 2007 überwiegend von „Westafrika“ und hatte dabei v.a. jene Küstenstaaten im Blick, mit denen sie in Aushandlung über Fischerei- und Freihandelsabkommen (Economic Partnership Agreements) stand.

Mit der Integration der EUropäischen Außenpolitik zu einem „kohärenten“ Ansatz trafen sich alle drei Zugänge letztlich in jener Mitte, die heute geopolitisch als Sahel-Region bezeichnet wird. Ein entscheidendes Jahr hierfür war 2008. Im Februar beschloss der Rat der EU aufgrund der Empfehlungen einer Expertenmission eine Mission zur Reform des Sicherheitssektors in Guinea-Bissau, die primär den Schmuggel von Kokain aus Lateinamerika über Westafrika und den Sahel nach Europa unterbinden sollte. Dabei handelte es sich um die erste (zivil-)militärische Mission der EU, die tatsächlich an der oben genannten Bedrohungsanalyse ihrer Sicherheitsstrategie orientiert war. Etwa zur gleichen Zeit begannen die Planungen



Die vermeintlichen Migrationsrouten von Westafrika nach Europa. Quelle: UNODC

für weitere EU-Missionen zum Armeeaufbau (EUTM) und zur Gendarmerieausbildung (EUCAP) in Mali und Niger. Eine wesentliche Triebfeder hierbei war der EU-Koordinator für Terrorismusbekämpfung, ein Amt, das 2004 im Verantwortungsbereich des Rates geschaffen wurde und v.a. der Koordination der EU-Innenminister dienen sollte.¹⁰ Im September 2007 wurde der bis heute amtierende Gilles de Kerchove in dieses Amt berufen, der im Mai 2008 ein Papier vorlegte, das die Bedrohung der EU durch den Terrorismus in Drittstaaten thematisierte und dabei neben Pakistan die Sahel-Region hervorhob, die seit dem unter dieser Bezeichnung auf der Agenda der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU stand,¹¹ 2009 erstmals Mittel aus dem IFS erhielt und Gegenstand von Planungen von EU-Delegationsreisen und -Missionen war. Erleichtert wurde dies durch die Vorarbeiten zur Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes, der die außenpolitischen Instrumente der EU bündeln sollte und damit stärker als die zwischenzeitliche Praxis an der Sicherheitsstrategie orientiert war.

...und der Diskurse

Begleitet wurde diese geopolitische Neufokussierung jedoch auch durch Diskurse und v.a. Karten regierungsnaher, internationaler und akademischer Institutionen. Anfang 2008 veröffentlichte Frontex gemeinsam mit Europol und dem ICMPD (International Center for Migration Policy Development) eine erste Karte, auf der statt Europa Afrika im Mittelpunkt stand und dort die aktiven und inaktiven Migrationsrouten eingezeichnet waren, wobei die Routen durch Gao in Mali, Agadez in Niger und Khartum im Sudan besonders hervorgehoben waren.¹² Diese „Erkenntnisse“ basierten u.a. auf jenen Forschungen, Befragungen und Institutionalisierungen von Informationsaustausch, wie sie zuvor über das AENEAS-Programm von der EU finanziert und angestoßen wurden.

Im November 2008 veröffentlichte das UN Office on Drugs and Crime (UNODC) einen Bericht mit dem Titel: „Drogenhandel als Sicherheitsbedrohung in Westafrika“ in dem es heißt, der Drogenhandel in der Region wachse „exponentiell“ und drohe „das Gebiet in ein Epizentrum von Rechtlosigkeit und Instabilität zu verwandeln“. „Indem man die Verteidigung der [hierdurch] angegriffenen



Die vermeintlichen Schmuggelrouten für Kokain von Westafrika nach Europa. Quelle: UNODC



Der damalige Oberkommandierende von MINUSMA. Quelle: UN

Staaten stärkt und eine regionale Reaktion ermöglicht“ bestehe eine Möglichkeit, „verwundbare Staaten gegen den Ansturm durch Drogen und Kriminalität“ zu verteidigen.¹³ Im Juli 2009 legte das UNODC nach und veröffentlichte eine „Bedrohungsanalyse“ unter dem Titel „Transnationaler Schmuggel und Rechtsstaatlichkeit in Westafrika“, in deren Vorwort es heißt „Westafrika wird angegriffen“.¹⁴ Der Bericht wartet mit zahlreichen Grafiken und Statistiken zu Drogen-, Waffen-, Menschenhandel usw. auf – die jedoch oft auf Schätzungen beruhen – und enthält v.a. zahlreiche Karten, auf denen Pfeile, die illegalen Handel symbolisieren sollen, durch Mali und Niger nach Europa oder in andere Teile der Welt führen. Die Erstellung beider Dokumente wurde durch Frankreich und Schweden unterstützt. Das UNODC war darüber hinaus gemeinsam mit Europol an zwei AENEAS-Projekten beteiligt, die mit einem Gesamtbudget von über 4 Mio. Euro Migrationsrouten und staatliche Gegenstrategien einmal in Nord- und einmal ins Westafrika erforschen sollten.¹⁵

Während EU-Delegationen Mauretanien, Mali, und Niger bereisten, kursierten zunehmend höchst zweifelhafte Karten, die alle drei Länder sowie Teile Algeriens und Libyens und damit eine Fläche von der Größe Westeuropas zum Operationsgebiet von Terroristen erklärten.¹⁶ Beflügelt wurden solche Vorstellungen von der Entführung eines Briten in Niger, der angeblich in Mali festgehalten wurde, während die Pressemitteilung über seine Hinrichtung von Algerien aus abgesetzt worden sein soll. Als im Juni 2010 darüber hinaus die Ermordung eines Franzosen durch Islamisten in der Region bekannt wurde, reagierte der EU-Rat mit einer Pressemitteilung, in der er feststellte, dass „die Verschlechterung der Lage im Sahara-Sahel-Streifen zunehmend eine Sicherheitsfrage für diese Region an der Pforte nach Europa“ darstelle und die Notwendigkeit unterstrich, „alle internationalen und regionalen Akteure zu mobilisieren, um den Kampf gegen den Terror zu intensivieren und die Sicherheit im Sahara-Sahel-Streifen zu verstärken“.¹⁷

Besonders Presse und Denkfabriken griffen darüber hinaus zunehmend das Narrativ des Narco-Terrorismus auf, wonach die Terroristen im Sahel zugleich im Drogen-

handel aktiv seien und sich hierüber finanzieren würden – eine Behauptung, die in der EU-Sicherheitsstrategie vorweggenommen wurde, sich mittlerweile jedoch als Mythos entpuppt hat.¹⁸ Jenseits US-amerikanischer und EUropäischer Quellen spielte bei der Rahmung von Entführungen und Angriffen auf Polizei- und Militärstützpunkte im Sahel und Afrika als „Terrorismus“ jenes Afrikanische Zentrum zur Erforschung des Terrorismus eine wesentliche Rolle, das als erste Institution in der Region Mittel aus dem IfS erhalten hatte.

Zugleich existierte jedoch eine ganz andere Rahmung der Region, die mit der Versichertheitlichung in erstaunlichem Kontrast steht: 2009 wurde die Desertec Industrial Initiative ins Leben gerufen, die sich zum Ziel setzte, die Idee eines Nordafrika, die Sahara und die Arabische Halbinsel umfassenden Netzes an Wind- und Solarkraftwerken zu propagieren, um mit diesem „Wüstenstrom“ perspektivisch bis zu 25% des europäischen Energiebedarfs zu decken. Die Energieabhängigkeit von dieser als zutiefst instabil dargestellten Region wäre aber zumindest für Frankreich nichts neues gewesen: Einen Großteil des Urans für seine auf Kernkraft basierende Energieversorgung stammte bereits zuvor aus dem Niger, in Algerien und Libyen werden Öl und Gas gewonnen und in Niger entsprechende Vorkommen vermutet. Entsprechend kursierten im Europäischen Auswärtigen Dienst bereits 2011 Karten der Region, auf denen nicht nur Schmuggel- und Migrationsrouten, Terroranschläge und „poröse Grenzen“ eingezeichnet sind, sondern auch tatsächliche und vermutete Rohstoffvorkommen.

Der Europäische Auswärtige Dienst und die Sahel-Strategie

Ungeachtet seiner negativen Folgen wird das PSPSDN in der im März 2011 von der EU verabschiedeten „Strategie für Sicherheit und Entwicklung im Sahel“ (EU Sahel Strategy) explizit als Anknüpfungspunkt für das weitere Engagement der EU in der Region genannt. Es handelt sich dabei um die erste Regionalstrategie des Europäischen Auswärtigen Dienstes der EU, der erst gut drei



Polizeiausbildung im Rahmen von MINUSMA. Quelle: UN

Monate zuvor offiziell seine Arbeit aufgenommen hatte. Seine Einrichtung wurde mit dem Vertrag von Lissabon beschlossen, der eine kohärente Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ermöglichen sollte. Faktisch handelt es sich dabei um ein Super-Ministerium, das auf Ebene der EU die Funktionen nationaler Außen- und Verteidigungsministerien bündelt, eine Geheimdienstzelle enthält und zudem Elemente der Entwicklungszusammenarbeit, Außenwirtschaftspolitik, humanitären Hilfe und Inneren Sicherheit integriert.

Praktisch bedeutet das, dass die Expertenmissionen und die sie vorbereitenden EU-Delegationen, die Finanzinstrumente und die Abteilungen zur Planung ziviler und militärischer EU-Missionen unter demselben Dach vereint waren, unter dem zugleich eine geheimdienstliche Beobachtung von Drittstaaten auch in Hinblick auf mögliche Bedrohungen für die EU ausgebaut werden.

Entsprechend eng ist die Verknüpfung der Themen Entwicklung, Sicherheit, Terrorismus, Kriminalität usw. in der Sahel-Strategie, die mit den Worten beginnt: „Sicherheit und Entwicklung im Sahel können nicht getrennt betrachtet werden und diesen Ländern dabei zu helfen, Sicherheit zu erreichen ist zentral, damit ihre Ökonomien wachsen können und um Armut zu reduzieren... Alle Staaten der Region werden von beträchtlichem Kapazitätsaufbau profitieren.“ Darüber hinaus werden wesentlich deutlicher als in der EU-Sicherheitsstrategie von 2003, auf die sich die Sahel-Strategie bezieht, wirtschaftliche Prioritäten der EU benannt: Als Ziel wird u.a. ausgegeben, „bestehende ökonomische Interessen zu schützen und die Basis für Handel und EU-Investitionen zu schaffen. Die Verbesserung von Sicherheit und Entwicklung im Sahel hat einen offensichtlichen Einfluss auf den Schutz europäischer Bürger und ihrer Interessen und die Situation der Inneren Sicherheit in der EU“.¹⁹

Die Eskalation

Während diese Zeilen verabschiedet wurden, begannen die Luftangriffe der NATO und ihrer Verbündeten auf Libyen, in deren Zug islamistische Milizen Waffenla-

ger plünderten und Großbritannien, Frankreich, die USA und die Golfstaaten massenweise Waffen in jene Region lieferten, deren unkontrollierte (und unkontrollierbare) Grenzen zuvor im Zentrum ihrer Strategien standen. Der Bericht der Expertenkommission zur Überwachung des Embargos gegen Libyen²⁰ dokumentiert nicht nur das Ausmaß dieser Waffenlieferung (Frankreich etwa warf Waffen und Munition „zum Schutz der Zivilbevölkerung“ mit Fallschirmen ab), sondern auch die Unmöglichkeit, ihren Transit in die Nachbarstaaten zu verhindern. Tatsächlich stellten nigrische Einsatzkräfte einige Konvois von Libyen nach Mali und konnten unter Verlusten einige Fahrzeuge anhalten bzw. zerstören.

Die Konvois bestanden vorwiegend aus Tuareg, die zuvor in Gaddafis Armee gekämpft hatten. Gaddafi instrumentalisierte zwar sowohl bewaffnete Tuareg-Stämme wie Migrant_innen, galt aber zugleich als Verfechter offener Grenzen in Afrika und als Unterstützer der Tuareg und ihrer Bewegungsfreiheit. Sowohl für deren bewaffnete Eliten wie auch die einfache, von offenen Grenzen ökonomisch abhängige Bevölkerung verloren somit durch die vom Westen forcierte Vergrenzung und Aufrüstung, wie auch durch den Regime Change in Libyen erhebliche Handlungsspielräume, was sich durch die Verfügbarkeit an Waffen absehbar Anfang 2012 in einem erneuten Aufstand im Norden Malis entlud.

Hierbei verloren viele Soldaten aus dem Süden des Landes (die u.a. im Rahmen des PSPSDN in den Norden verlegt worden waren) ihr Leben, wurden Berichten zufolge regelrecht massakriert. Daraufhin putschten in der Hauptstadt Bamako – einen Monat vor ohnehin vorgesehenen Wahlen – die verbliebenen Soldaten, die sich für eine Rückeroberung des Nordens nicht ausreichend ausgerüstet sahen. Der Putsch hat die Regierung vollends handlungsunfähig gemacht, woraufhin die Hauptkraft des Aufstandes im Norden, die MNLA, am 6. April 2012 die Unabhängigkeit des Nordens (Azawad) ausrief. Daraufhin übernahmen jedoch Islamisten die Kontrolle der wichtigsten Städte im Norden. Im Januar 2013 intervenierte Frankreich mit einem massiven Einsatz von Luft- und Bodentruppen angeblich in letzter Sekunde, um

einen Vormarsch der Islamisten auf Bamako zu verhindern. Damit schuf Frankreich die Voraussetzung für die bereits zuvor vom UN-Sicherheitsrat beschlossenen AU-Mission (AFISMA), in deren Zug tausende Soldaten aus der weiteren Nachbarschaft in Mali stationiert wurden. Deutschland unterstützte die französische Intervention und die AFISMA mit der Luftwaffe von Senegal aus und beteiligt sich seit Februar 2013 an der (ebenfalls bereits vor der französischen Intervention beschlossenen) Mission EUTM Mali zur Ausbildung malischer Soldaten.

Mittlerweile hat die EU zwei weitere Missionen zum Kapazitätsaufbau in Mali und in Niger begonnen, die sowohl zur Terrorismus- wie auch zur Migrationsbekämpfung v.a. dem Aufbau von Gendarmerieeinheiten dienen und auch mit den (geplanten) EU-Missionen in Tunesien, Libyen und im Mittelmeer vernetzt sind. Eine Stabilisierung Malis ist gegenwärtig dennoch nicht absehbar und die Sicherheitslage verschlechtert sich zusehends, wie selbst regierungsnahen Quellen melden.²¹

Auch Deutschland beteiligt an der chaotischen Aufrüstung

Auch für Deutschland ist das Narrativ, dass man „die Probleme in Mali“ zu lange „ignoriert“ hätte, nichts als Augenwischerei. Bereits seit den 1990er Jahren ist Mali ein Schwerpunktland der deutschen Ausbildungshilfe. Spätestens seit 2005 steht Mali darüber hinaus auf der Liste jener Staaten, in denen dauerhaft eine Beratergruppe der Bundeswehr präsent ist, um die (kostenlose) Ausstattungshilfe durch die deutsche Armee zu koordinieren. Ziel war der Aufbau einer Pionierkompanie und bis heute steht deren Ausbildung an und Ausrüstung mit Schwimmbrücken und Booten²² hierbei im Vordergrund. In Mali kann so eine Pioniereinheit eigentlich nur dazu sein, die schnelle Verlegung von Truppen aus dem Süden über den einzigen großen Fluss Niger in den Norden zu ermöglichen, womit auch diese Ausstattungshilfe letztlich die Revision früherer Friedensabkommen zwischen Norden und Süden revidierte und die Eskalation 2012 mit bedingt haben kann.

2013 wurde überdies bekannt, dass das Kommando Spezialkräfte und andere Angehörige der Bundeswehr 2005, 2008 und 2010 an gemeinsamen Übungen in Mali beteiligt waren, bei denen es sich um „Ausbildungsunterstützung für einzelne militärische Gruppen aus westafrikanischen Staaten“ gehandelt hätte, so die Bundesregierung, die jedoch „[ü]ber die exakte Anzahl der ausgebildeten Soldaten und ihre Zugehörigkeit zu bestimmten militärischen Einheiten“ keine Angaben machen wollte.²³ Die Übungen betrafen die Bekämpfung des Terrorismus, was bemerkenswert ist, da dieser vor 2005 gar keine Rolle in den betreffenden Staaten gespielt hatte. von 2006 bis 2007 kam es zu insgesamt drei bewaffneten Angriffen in Mali, die der bis dahin einzigen Terrorgruppe zugeordnet wurden, 2008 zu einer ersten Entführung und 2009 zu einem ersten Sprengstoffanschlag.²⁴ Die chaotische Militarisierung einer Region, das Entwickeln von Sicherheit und der Aufbau von Staatlichkeit haben letztlich die politischen Systeme vor Ort destabilisiert und das Konglomerat von Bedrohungen aus der Europäischen Sicherheitsstrategie zur selbsterfüllenden Prophezeiung gemacht. Der Krieg in Mali ist auch ein Krieg um Vergrenzung und westliche

Konzeptionen von Staatlichkeit. Die Bundeswehr beteiligt sich an diesem Krieg mit 300 Kräften zur Ausbildung malischer Soldaten im Süden und 1.000 Kräften, Drohnen und Kampfhubschraubern in ihrem gegenwärtig gefährlichsten Einsatz, MINUSMA im Norden Malis.

Anmerkungen

- 1 European Commission: Technical Mission to Libya on illegal Immigration (Report), veröffentlicht unter: www.statewatch.org/news/2005/may/eu-report-libya-ill-imm.pdf.
- 2 European Commission (Europaïd): Aeneas programme - Overview of projects funded 2004 – 2006.
- 3 European Commission: 2009 Annual Report from the European Commission on the Instrument for Stability (COM/2010/0512 final).
- 4 European Commission: The Instrument for Stability Strategy Paper 2009-2011.
- 5 European Commission: 2009 Annual Report from the European Commission on the Instrument for Stability.
- 6 Helen Wilandh: Wrong paths to peace: the re-emergence of armed violence in northern Mali, *Sipri Commentary*, 23.11.2012.
- 7 ICG: Mali – Avoiding Escalation, *Africa Report N°189* – 18 July 2012.
- 8 Susanna D. Wing: Mali's Precarious Democracy and the Causes of Conflict, *USIP Special Report* 331/2013.
- 9 Directorate-General for External Policies of the Union (Hrsg.): A Coherent EU Strategy for the Sahel, Study requested by the European Parliament's Committee on Development, DG EXPO 2012.
- 10 Europäischer Rat (25. März 2004): Erklärung zum Kampf gegen den Terrorismus.
- 11 Quaker Council for European Affairs: The Counter-Terrorism Coordinator, The EU's Response to the Threat of Terrorism Briefing Paper 15.
- 12 ICMPD: Factsheet Mediterranean Transit Migration Dialogue, sowie: g/our-work/migration-dialogues/mtm/completed-projects/i-map/. Die Karte von 2008 scheint nicht mehr online, liegt dem Autor aber vor.
- 13 UNODC: Drug Trafficking as a Security Threat in West Africa, November 2008.
- 14 UNODC: Transnational Organized Crime in West Africa - A Threat Assessment, Juli 2009.
- 15 European Commission (Europaïd): Aeneas programme - Overview of projects funded 2004 – 2006.
- 16 The Moor Next Door: „On Maps“, Blogbeitrag vom 16.8.2010, <https://themoornextdoor.wordpress.com/2010/08/16/on-maps/>.
- 17 Declaration by the European Union following the death of Michel Gernaneau, Pressemitteilung des Rates vom 26.7.2010.
- 18 Kacper Rekawek: Narcoterrorism - beyond the myth, in: EU Institute for Security Studies: REPORT No 19, Juni 2014
- 19 European Union External Action Service : Strategy for Security and Development in the Sahel, März 2003.
- 20 Final report of the Panel of Experts in accordance with paragraph 24 (d) of resolution 1973 (2011) (S/2012/163), Zusammengefasst in: Christoph Marischka: Proliferation, Destabilisierung und der Schutz der Zivilbevölkerung – UN-Bericht zu Ablauf und Folgen des Libyen-Krieges, in: AUSDRUCK (Juni 2012).
- 21 Vgl. etwa „Im malischen Treibsand“, in: *Zeitschrift des Reservistenverbandes* 1/2017, sowie Denis M. Tull: Mali - Friedensprozess ohne Stabilisierung, SWP-Aktuell 2016/A 75 (November 2016).
- 22 Alexander Drechsel: Bundeswehr bereits seit Jahren in Mali, *dw-world.de* vom 27.02.2013, sowie: Bundestags-Drucksache 18/8086.
- 23 Bundestags-Plenarprotokoll 17/245.
- 24 Jacques Roussellier: Terrorism in North Africa and the Sahel - Al-Qa'ida's Franchise or Freelance, Middle East Institute Policy Brief No. 34, August 2011.

Republik Moldau

Spielball zwischen Ost und West

von Claudia Haydt

Europäische Union als Friedensmacht? Diese Zeiten sind definitiv vorbei – wenn dieses Konzept überhaupt jemals Realität war. Die Europäische Union (EU) hat mit den Nachbarschaftsräumen, die sie definiert hat, de facto keine Räume der Sicherheit geschaffen, sondern – wie es zwischenzeitlich wiederholt formuliert wurde – einen „Ring of fire“ (Feuerring). Sie hat einen Ring der Unsicherheiten, der Destabilisierung, aber auch einen Ring der Verarmung, des Bürgerkriegs und der Flucht durch ihre Politik maßgeblich mitverursacht. Betrachtet man die relevanten Strategiepaper der Europäischen Union, dann fällt auf, dass jede Form der Selbstkritik ausbleibt. All das was in der Nachbarschaft der EU geschieht, wird von den schreibenden Strategen so behandelt, als wäre es eine Art Naturkatastrophe, die nichts mit dem Handeln der EU, nichts mit der Interessenpolitik der EU zu tun hat. Das gilt auch für die EU-Globalstrategie, die im Juni 2016 veröffentlicht wurde. Die EU formuliert darin lediglich ihre Absicht, die Politik der Vergangenheit noch intensiver und umfassender fortzusetzen.

Die EU kündigt in ihrer Globalstrategie an, ihre Bemühungen auf Regionen südlich und östlich der EU zu konzentrieren. Im Folgenden sollen die destabilisierenden Auswirkungen dieser EU-Nachbarschaftspolitik auf die Republik Moldau beschrieben werden.

Strahlende EU – finstere Russland?

Die EU bleibt trotz ökonomischer und politischer Krise ein mächtiger Wirtschaftsraum, der sowohl in der Lage ist Kooperationsbedingungen gegenüber ärmeren Regionen durchzusetzen, als auch – zumindest relativ – bessere Chancen auf einen Arbeitsplatz bietet als die meisten benachbarten Regionen. Allerdings verändert sich diese Wahrnehmung in der jüngsten Vergangenheit und zahlreiche Menschen, teils ganze Länder, suchen nach einer Zukunft jenseits der EU. Dennoch formuliert die EU in ihrer Globalstrategie: „Unsere anhaltend starke Attraktion kann die Transformation in diesen Ländern vorantreiben.“¹ Dies ist eine grundlegende Fehlanalyse. In vielen Ländern ist die Attraktion der EU-Vergangenheit. Die schillernde Blase ist geplatzt. Dennoch scheint dies in der EU kaum wahrgenommen zu werden.

In diesem Kontext muss auch das Verhältnis zu Russland diskutiert werden. Einen guten Einblick in den Diskussionsstand gibt eine Studie² des regierungsnahen Think Tanks SWP, in der auch diskutiert wird, wie aus Sicht der EU die Politik Russlands beurteilt werden sollte: „Der militärische Konflikt um die (Ost-)Ukraine ist ein Ausdruck der russischen Strategie, jede Expansion von europäischen und transatlantischen Kooperationsmodellen in seine ‚Interessensphäre‘ zu verhindern, wenn nötig, dann mit militärischen Mitteln.“ Ganz offensichtlich haben diejenigen, die das formuliert haben, mehr als zwanzig Jahre der jüngeren Geschichte ausgeblendet. Es wird ausgeblendet, dass russische Regierungen, die Aus-

dehnung der EU und der NATO nach Osten, sehr lange hingenommen haben und dass aus Moskau immer wieder Hinweise darauf kamen, dass dies im Widerspruch zu früheren Absprachen und Verträgen wie dem 2+4 Vertrag stehe. Fast zwanzig Jahre lang gab Russland darauf keine militärische Antwort. Es ist deswegen gewagt zu formulieren, dass Russland „jede Expansion“ des Westens als Anlass für scharfe – auch militärische – Reaktionen nimmt. Ohne jetzt die völkerrechtswidrige Annexion der Krim zu rechtfertigen, ist dies doch ganz nüchtern eher als Reaktion auf einen jahrzehntelangen Prozess zu sehen, bei dem aus russischer Sicht mit dem Putsch in der Ukraine eine rote Linie überschritten wurde und nicht als grundsätzlich aggressive Außenpolitik. Wenn der Grundsatz stimmt, dass sich Frieden nur auf Dauer erhalten lässt, wenn die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt werden, dann ist weder die NATO- noch die EU-Politik friedensfähig.

Es lohnt sich, einen Blick auf diejenigen zu werfen, die für die Ausgestaltung der EU-Ostpolitik verantwortlich sind. Kurz vor Veröffentlichung der EU-Globalstrategie wurde im Mai 2016 auch eine Umfrage unter den Machern unter Macherinnen der EU-Außenpolitik, die im „European Leadership Network“ organisiert sind, publiziert. 85% der Befragten stützen die Haltung, dass nicht das eigene Agieren, sondern die russische Politik das Problem darstellt: „Das Ziel der EU sollte eine Transformation der russischen Politik und nicht Zugeständnisse an Moskau sein.“³ Entsprechend wird von einer großen Mehrheit die Wiederaufnahme von Beziehungen, das Ende der Sanktionen und eine eventuelle Vertiefung der Beziehungen von einer Änderung der russischen Politik abhängig gemacht. Selbstkritik spielt in den Befragungsergebnissen so gut wie keine Rolle.

Interessant ist, dass die Befragten neben ihrem ideologisch aufgeladenen Antagonismus gegen Russland außenpolitische Felder identifizierten, in denen ihnen trotz aller Gegensätze eine Kooperation sinnvoll erscheint. Explizit erwähnt wurden hier die Krise im Mittleren Osten, der Kampf gegen Terrorismus und der Kampf gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen.

Ob gemeinsame Bombardements und gemeinsame Überwachungspolitik wirklich ein Schritt zu Friedenspolitik ist, das sei hier nur am Rande gefragt.

Republik Moldau zwischen Ost und West

Die kleine Republik Moldau hat seit 1994 ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU. Politisch gilt die Lage in diesem Land als „Frozer Konflikt“, also als eingefrorener Konflikt. 1990 hat sich mit „Transnistrien“ ein kleiner Teil der Republik abgespalten. Ein kurzer Bürgerkrieg konnte über ein Drei-Parteienabkommen beendet werden, in dessen Folge wurden russische Truppen auf Bitten aller Beteiligten in Transnistrien stationiert. Das restliche Territorium pflegt traditionell enge

Beziehungen zum EU-Mitgliedsland Rumänien. Neben Albanien gilt die Republik Moldau als Armenhaus Europas. Das Bruttoinlandsprodukt des Landes liegt pro Kopf bei 2.233 US-Dollar (2015). Das Land ist de facto ein Auswanderungsland. Jeden Tag emigrieren Hunderte von Menschen, obwohl dort mit 3,5 Millionen ohnehin relativ wenige Menschen leben. Für die EU ist Moldau vor allem als Teil ihrer vorgelagerten Grenzsicherung und wegen seiner geostrategischen Lage von Bedeutung. 2005 begann deswegen eines der ersten und zugleich umfangreichsten Kooperationsprojekte mit der EU, die so genannte Mission „EUBAM Moldau“. Diese Operation zur Unterstützung der Grenzkontrolle in Moldau (European Union Border Assistance Mission) ist eine Ausbildungs- und Ausstattungsmision, in der Grenzpolizisten aus EU-Ländern gemeinsam mit ihren moldawischen Kollegen nach EU-Standards Grenzbefestigungen aufbauen, Grenzkontrollen einüben und die entsprechende Infrastruktur einrichten. Dazu gehört zum Beispiel der Aufbau umfassender Grenzposten an der Grenze zur Ukraine. Faktisch wurde so die Grenzpolizei der Republik Moldau zum Türsteher der Europäischen Union. Sie erhielt dafür eine gewisse finanzielle Hilfe, musste aber gleichzeitig akzeptieren, dass auch sie im wahrsten Sinne vor den Türen der EU verbleiben musste. Gerade für ärmere Moldawierinnen und Moldawier war es nahezu unmöglich, legal in die EU einreisen zu können, um dort zu arbeiten, selbst Visa für Besuche waren nur schwer zu bekommen. Das hohe Armutsniveau brachte Viele dazu, auf andere – häufig illegale – Wege in die EU auszuweichen. Dies führte viele Frauen in die (Zwangs-)Prostitution und stärkte kriminelle Netzwerke.

Die Situation stärkt zudem politische Prozesse im Nachbarland und EU-Staat Rumänien, die auf ein Groß-Rumänien unter Einschluss der Republik Moldau abzielen. Um die materielle Grundlage für diese Ausweitung des rumänischen Staatsgebietes zu vergrößern, vergibt der rumänische Staat schon seit Jahren großzügig die rumänische Staatsbürgerschaft an moldawische Bürgerinnen und Bürger. Mit einer solchen Staatsbürgerschaft erhalten zwischenzeitlich hunderttausende moldawische Staatsangehörige auch rumänische Pässe⁴ und damit zumindest theoretisch Zugang zum EU-Arbeitsmarkt. Voraussetzung dafür ist aber unter anderem die rumänische Sprache, was etwa für russisch- oder ukrainisch-sprachige Menschen in Moldawien keine Option ist. Nach wie vor arbeiten übrigens die meisten moldawische Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter in Russland.

Umstrittenes EU-Assoziierungsabkommen

Vor etwa drei Jahren hat sich die Situation auch für Menschen ohne rumänischen Pass geändert. Am 27. Juni 2014 wurde in Brüssel das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Republik Moldau unterzeichnet. Am 1. Juli 2016 trat es vollständig in Kraft. Doch bereits zuvor wurden die Regelungen zur visafreien Einreise von Menschen aus Moldawien in die EU umgesetzt. Voraussetzung für die visafreie Einreise ist ein – teurer – biometrischer Pass. Dieser Pass ermöglicht Besuche in der EU, ermöglicht jedoch nach wie vor nicht die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Dies führt dazu, dass Viele nach wie vor illegal in EU-Ländern arbeiten und entsprechend der

Willkür von Arbeitgebern und Behörden ausgesetzt sind. Dennoch haben sich nun die Bedingungen bei der Ausreise aus der Republik Moldau deutlich verbessert, was ein wesentlicher Grund für die anfangs mehrheitliche Unterstützung des EU-Assoziierungsabkommens war. Allerdings stellte sich schnell heraus, dass dieser individuelle Fortschritt mit einem hohen Preis für das ganze Land bezahlt wurde. Eine der Konsequenzen der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens war, dass Russland bereits im Vorfeld seine wirtschaftliche Kooperation mit der Republik Moldau durch Handelsrestriktionen massiv einschränkte. Davor hatte das kleine Land viele seiner Agrarprodukte, wie Erdbeeren oder Wein, an Russland verkauft. Diese Einnahmen fallen nun weg. Gleichzeitig sind zwar auch die Exporte in die EU um etwa fünf Prozent gestiegen, was jedoch die Verluste im Außenhandel mit Russland nicht kompensiert hat. Wegen der steigenden Armut in Moldawien sanken im Übrigen auch die Importe aus der EU in das Land. Diese ökonomischen Probleme zusammen mit einem massiven Korruptionsfall sorgten in den letzten zwei Jahren für massive Unruhen in dem Land.

Warum hatte Russland eigentlich so scharf auf das Assoziierungsabkommen reagiert? Es ist in weiten Teilen identisch mit dem Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine. Es ist nicht „nur“ ein Handelsabkommen, das neoliberale Gesetze implementiert, es ist darüber hinaus ein politisches Abkommen, das eine Integration der Republik Moldau in die EU und auch in die NATO vorsieht. Diese politische und militärische Westorientierung ist nicht versteckt in irgendwelchen Anhängen zu finden, sondern zieht sich durch den gesamten Vertrag. Beispielhaft sei hier der Artikel drei angeführt. Dort wird als Ziel des politischen Dialogs deutlich formuliert, dass die Vertragsparteien in allen Bereichen von beiderseitigem Interesse, „einschließlich der außen- und sicherheitspolitischen Fragen“⁵ die Kooperation weiterentwickeln und verstärken. „Dadurch wird ... die Konvergenz in außen- und sicherheitspolitischen Fragen gefördert.“ Was erst einmal abstrakt klingt, bedeutet auch konkret eine engere sicherheitspolitische Zusammenarbeit. Angestrebt wird neben einem „einen Dialog ... im Bereich Sicherheit und Verteidigung“ auch die „Zusammenarbeit in diesem Bereich zu vertiefen“. In Artikel fünf wird dies noch einmal bekräftigt: „Die Vertragsparteien intensivieren ... ihre Zusammenarbeit und fördern die schrittweise Konvergenz im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, einschließlich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP).“ Es geht faktisch um die Integration der Republik Moldau in das Militärbündnis Europäische Union und damit auch in die NATO.

Diese Kooperation hat eine Reihe von konkreten Auswirkungen, so beteiligen sich moldawische Soldaten etwa an der EU-Militärmission (EUTM) in Mali und an der EU Advisory Mission (Militärberatungsmission) in der Zentralafrikanischen Republik. Das moldawische Militär ist auch Teil der NATO-Präsenz in Afghanistan. Bis jetzt handelt es sich jeweils nur um eine kleine Anzahl von Soldaten, die in die internationalen EU- und NATO-Missionen eingebunden sind, aber für die Zukunft erhoffen sich beide Bündnisse bei dieser konkreten Zusammenarbeit noch deutlich mehr von der Republik Moldau, in der übrigens nach wie vor die Wehrpflicht herrscht.

Es gibt wiederholt NATO-Manöver in der Republik Moldau oder in der Region, mit der Beteiligung moldawischer Truppen. Zum Beispiel die Operation „Windspring 15“ oder „Joint Effort 2015“. Noch ist sowohl das Training als auch die Ausrüstung der moldawischen Armee kaum kompatibel mit den NATO-Standards. Gewünscht werden von EU- und NATO-Seite umfangreiche Investitionen in diesen Sektor, die jedoch für das Land nicht finanzierbar sind. Es investiert im Moment etwa 0,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in das Militär. Diese, im Vergleich zu den meisten NATO-Staaten, erfreulich niedrige Quote, ist jedoch für eine „Konvergenz“ in Richtung NATO und EU deutlich zu niedrig. Sowohl für diese militärpolitische Annäherung an den Westen als auch für die entsprechenden Änderungen der Prioritäten im Budget des Landes gibt es jedoch wenig Unterstützung.

Lange Zeit hat die EU eng mit korrupten Eliten in Moldawien kooperiert. Die EU legte zwar Programme zur „Korruptionsbekämpfung“ vor, die jedoch vor allem auf kleine Beamte und untere Verwaltungsstrukturen abzielten. Erst als bei einem besonders weitreichenden Skandal Ende 2014 etwa 1 Milliarde US-Dollar (rund ein Siebtel der gesamten Wirtschaftsleistung des Landes) aus dem moldawischen Bankensystem „verschwanden“, hat die EU begonnen, das Thema ernst zu nehmen. Sie musste zur Kenntnis nehmen, dass die gravierendsten Korruptionsprobleme an der Spitze von Verwaltung und Politik zu finden sind und fror daraufhin einen Teil ihrer Finanzhilfen ein.

Massenproteste und politischer Umbruch

Dieser Bankenskandal führte dazu, dass wiederum aus Steuergeldern ein „Bail-Out“ stattfinden musste und die ökonomische Situation der Bevölkerung noch prekärer wurde. Die Wut darüber löste Massenproteste aus. Die ausgelöste politische Krise lässt sich auch daran ablesen, dass innerhalb kürzester Zeit fünf Ministerpräsidenten versuchten, das Land in den Griff zu bekommen und regelmäßig daran scheiterten. Ende 2016 fanden Präsidentschaftswahlen statt. Bereits im Vorfeld war die Aufregung in den deutschen Medien über die Wahl auf diese Position, die überwiegend repräsentativen Charakter hat, sehr groß. Hier einige beispielhafte Zeitungsüberschriften, die erschienen, als ein Kandidat gewählt wurde, der seinen Wahlkampf weder prorussisch noch proeuropäisch gestaltete, sondern versuchte sein Land auf einen neutralen Kurs zwischen diesen beiden Polen hinzusteuern: „Roter Stern über der Republik Moldau“ (Stern), „Pro-russischer Kandidat gewinnt Präsidentschaftswahl in Moldau“ (Die Zeit), „Putins Fanclub wächst“ (Huffington Post), „Die Europäische Idee verliert an Reiz“ (Der Standard) und „Direkter Draht nach Moskau“ (Sat1, Berner Zeitung, Stern usw.). Igor Dodon hatte in seinem Wahlkampf keineswegs nur freundliche Worte für Russland gefunden, er hatte zum Beispiel auch Kritik am russischen Umgang mit moldawischen Gastarbeitern geäußert und angekündigt, er werde sich dafür einsetzen, dass sich deren rechtliche und soziale Situation verbessert. Offenbar traute ihm eine Mehrheit der moldawischen Bevölkerung eher zu, diese sensiblen Verhandlungen zu führen als seinen Mitbewerbern, die allesamt auf einem einseitigen Pro-EU-Ticket antraten.



Moldawiens Präsident Igor Dodon mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini. Quelle: EU

Woher kam die westliche Aufregung? Der siegreiche Präsidentschaftskandidat Igor Dodon forderte eine Aufkündigung des EU-Assoziierungsabkommens und eine Annäherung an die von Russland ins Leben gerufene Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft. Sein Ziel ist es, die Handelsbeziehungen seines Landes nicht einseitig nach Osten oder nach Westen auszurichten, sondern die Kontakte zu allen Nachbarregionen auszubauen. Unter den momentanen globalpolitischen Gegebenheiten scheint eine Umsetzung dieses Planes schwierig – auch wenn er für das kleine Land sicher die beste Option wäre. Genau so verhält es sich mit einer politischen Lösung des eingefrorenen Konfliktes um Transnistrien, die scheint den Vorzeichen eines halbwegs neutralen Kurses wohl ebenfalls wahrscheinlicher wäre.

Vorprogrammierte Eskalation

Wenn die westlichen Staaten weiterhin darauf bestehen, die Konflikte in ihrem östlichen Nachbarschaftsraum unter der Prämisse betrachten, ob diese Entwicklungen „prorussisch“ oder „proeuropäisch“ (womit immer Pro-EU gemeint ist) sind, dann ist eine weitere politische und eventuell auch militärische Eskalation in der Region nahezu vorprogrammiert. Die wesentlichen Fragen in Moldawien – wie in den meisten anderen Ländern auch – sind Fragen nach sozialer Gerechtigkeit, nach Armutsbekämpfung, nach der Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen und danach wie Frieden gesichert oder hergestellt werden kann. In der Form der politischen Debatte und der medialen Berichterstattung gehen diese Fragen zumeist unter.

Das EU-Modell der Ausdehnung, der Kontrolle von Nachbarschaftsräumen, der Umsetzung der eigenen Interessenpolitik funktioniert offensichtlich nicht mehr oder nur zu einem sehr hohen Preis. Wenn die EU nicht wie zum Beispiel in der Ukraine versucht die politischen Prozesse in ihrer Nachbarschaft durch Regimechange oder ähnliches zu „gestalten“, dann können diese Umbrüche auch einen politischen Raum öffnen. Es gilt alles dafür zu tun, dass dieser Raum für demokratische politische Prozesse offen bleibt.

Anmerkungen

- 1 Shared Vision, Common Action: A stronger Europe, 6/2016.
- 2 „European Security Strategy – The transatlantic factor“, SWP 6/2015.
- 3 „What is the Future of EU-Russia relations?“, [The European Leadership Network](#), Mai 2016
- 4 „Hintertürchen ins Gelobte Land“, [Spiegel Online](#), 14.7.2010
- 5 Amtsblatt der Europäischen Union 30.8.2014: ASSOZIIERUNGSABKOMMEN zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Moldau andererseits

Die politisch-rechtlichen Voraussetzungen der Militärmacht EUropa

von Tobias Pflüger

Was den Bereich der EU-Militärpolitik anbelangt, so haben dort inzwischen eine ganze Reihe an Akteuren ihre Finger mit im Spiel. Da er allerdings die rechtliche Grundlage für die gesamte EU-Politik in diesem Bereich liefert, macht es Sinn, zunächst einmal mit dem Vertrag von Lissabon zu beginnen und im Anschluss daran, weitere relevante Akteure und Strukturen in den Blick zu nehmen, die zusammen die politischen und rechtlichen Voraussetzungen der Militärmacht EUropa bilden.

Rechtsgrundlage Lissabon-Vertrag

Eine der ganz wesentlichen Auseinandersetzungen der letzten Jahre drehte sich zunächst um den EU-Verfassungsvertrag und später dann um den – kaum veränderten – Vertrag von Lissabon, der mit viel Trickereien am 1. Dezember 2009 als seither gültige wesentliche Rechtsgrundlage der EU in Kraft trat. Für den Militärbereich sind vor allem die Artikel 42 bis 46 von entscheidender Bedeutung, die die sog. „Bestimmungen über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP/ GSVP) enthalten.

Darin wird u.a. in Artikel 42(4) geregelt, dass der Militärbereich der Zuständigkeit des Rates, also der Staats- und Regierungschefs, unterliegt und dem Konsensprinzip unterliegt: „Beschlüsse zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, einschließlich der Beschlüsse über die Einleitung einer Mission nach diesem Artikel, werden vom Rat einstimmig auf Vorschlag des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik oder auf Initiative eines Mitgliedstaats erlassen.“ Der Posten der „Hohen Vertreterin“, zuerst die Britin Catherine Ashton, die 2014 von der Französin Federica Mogherini abgelöst wurde, wurde ebenfalls erst mit dem Vertrag von Lissabon eingeführt. In Personalunion ist die Hohe Vertreterin zugleich Vizepräsident der Europäischen Kommission, Vorsitzende des Rates für Auswärtige Angelegenheiten und Außenbeauftragte des Europäischen Rates.

Unter anderem, um besagte „Missionen“ umsetzen zu können, regelt der Vertrag in Artikel 42(3) weiter, dass die Einzelstaaten der Union hierfür die erforderlichen zivilen und militärischen Mittel zur Verfügung. Das heißt wiederum, dass die EU – ähnlich wie die Vereinten Nationen – im Großen und Ganzen über keine eigenen militärischen Fähigkeiten verfügt. Es sind die Mitgliedsstaaten, die entscheiden, „ihre“ Truppen zur Verfügung zu stellen – oder eben auch nicht. Auch wenn die EU-Kommission in jüngster Zeit mit der Überlegung spielt, vermehrt EU-eigene Militärkapazitäten anschaffen zu wollen, wird sich an der grundsätzlichen Konstellation auf absehbare Zeit wohl wenig ändern.

In Artikel 43(1) finden sich dann konkrete Einsatzszenarien für EU-Operationen: „gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen, humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, Aufgaben der militärischen Beratung und Unterstützung,

Aufgaben der Konfliktverhütung und der Erhaltung des Friedens sowie Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen und Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten. Mit allen diesen Missionen kann zur Bekämpfung des Terrorismus beigetragen werden, unter anderem auch durch die Unterstützung für Drittländer bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet.“

Konkrete Strukturen: Rüstungsagentur – Battlegroups – EAD

Für einen primärrechtlichen Text, dessen Charakter vergleichbar mit dem Grundgesetz ist, werden im Vertrag von Lissabon ungewöhnlich viele Militärstrukturen konkret benannt und juristisch verankert. Dazu gehört zuvorderst die EU-Verteidigungsagentur, die sinngemäß zutreffender in einer früheren Vertragsfassung noch EU-Rüstungsagentur hieß. Gemäß Artikel 45 hat die dem Rat unterstellte „Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung“ die Aufgabe, bei der „Ermittlung der Ziele im Bereich der militärischen Fähigkeiten der Mitgliedstaaten und der Beurteilung, ob die von den Mitgliedstaaten in Bezug auf diese Fähigkeiten eingegangenen Verpflichtungen erfüllt wurden, mitzuwirken.“ Ferner soll sie die „Forschung auf dem Gebiet der Verteidigungstechnologie“ unterstützen und „zur Stärkung der industriellen und technologischen Basis des Verteidigungssektors“ beitragen.

Ebenfalls vertraglich verankert werden die sog. EU-Kampftropfen (Battlegroups), die in Protokoll Nr. 10 über die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit näher beschrieben werden. Dort wird festgehalten, dass sie „taktisch als Gefechtsverband konzipiert sind, über Unterstützung unter anderem für Transport und Logistik verfügen und fähig sind, innerhalb von 5 bis 30 Tagen Missionen nach Artikel 43 des Vertrags über die Europäische Union aufzunehmen, um insbesondere Ersuchen der Organisation der Vereinten Nationen nachzukommen, und diese Missionen für eine Dauer von zunächst 30 Tagen, die bis auf 120 Tage ausgedehnt werden kann, aufrechtzuerhalten.“

Und schließlich, um die zivil-militärischen Bemühungen und die Tätigkeit der EU-Außenbeauftragten zu koordinieren und zu unterstützen, sieht der Vertrag von Lissabon in Artikel 27(3) die Schaffung eines „Europäischen Auswärtigen Dienstes“ vor. Seit der Dienst am 1. Dezember 2010 seine Arbeit aufnahm, fungiert er gewissermaßen als die Schaltzentrale der EU-Außen- und Militärpolitik, vereinigt die Superbehörde doch – verglichen mit Deutschland – auf sich die Kompetenzen eines Verteidigungs-, Außen- sowie großer Teile des Entwicklungsministeriums. Das Ziel der Übung besteht darin, durch die Integration verschiedener Instrumente machtpolitisch „effektiver“ agieren zu können. Im Ergebnis werden da-



Ein weitgehend demokratiefreier Raum: Das Europäische Parlament. Quelle: Alfredovic, CC Lizenz über Wikimedia

bei aber vor allem vormals zivile Strukturen durch das Militär vereinnahmt und für die Durchsetzung machtpolitisch-strategischer Interessen eingespannt.

Ständige Strukturierte Zusammenarbeit – Ende des Konsenses?

Aus Sicht der EU-Großmächte handelt es sich bei dem Konsensprinzip im GSVP-Bereich um einen erheblichen Schönheitsfehler, da es den kleinen und mittleren Mitgliedsländern erhebliche Mitsprache- und Einflussmöglichkeiten verschafft. Wohl nicht zuletzt aus diesem Grund wurde versucht, im Vertrag von Lissabon mit der sog. „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (SSZ) eine Art Hintertür einzurichten, über die besagtes Konsensprinzip ausgehebelt werden soll. In Artikel 46 des Lissabon-Vertrags wird hierfür festgelegt, dass der Rat mit qualifizierter Mehrheit eine SSZ beschließen kann – für die Begründung einer solchen Kerngruppe soll das Konsensprinzip also nicht gelten: „Für die Zwecke dieses Absatzes bezieht sich die Einstimmigkeit allein auf die Stimmen der Vertreter der an der Zusammenarbeit teilnehmenden Mitgliedstaaten.“

Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang zudem auch noch die verhältnismäßig hohen „Eintrittskriterien“, die im Vertrag für die Teilnahme an einer SSZ formuliert werden. Sie gehen aus dem bereits erwähnten Protokoll 10 zur Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit hervor, in dem es heißt: „An der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit nach Artikel 28a Absatz 6 des Vertrags über die Europäische Union kann jeder Mitgliedstaat teilnehmen, der sich ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon verpflichtet,

a) seine Verteidigungsfähigkeiten durch Ausbau seiner nationalen Beiträge und gegebenenfalls durch Beteiligung an multinationalen Streitkräften, an den wichtigsten europäischen Ausrüstungsprogrammen und an der Tätigkeit der Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung (Europäische Verteidigungsagentur) intensiver zu entwickeln und

b) spätestens 2010 über die Fähigkeit zu verfügen, entweder als nationales Kontingent oder als Teil von multinationalen Truppenverbänden bewaffnete Einheiten bereitzustellen.“

Im Klartext: Wer sich also nicht an den größten EU-Rüstungsprojekten- und -Einsätzen beteiligt, erhält kei-

ne „SSZ-Zugangsberechtigung“ und läuft damit Gefahr, von großen Teilen der EU-Militärpolitik ausgeschlossen zu werden. Kein Wunder, dass die Aktivierung der SSZ bislang immer wieder auf große Widerstände traf – nachdem sich Großbritannien hier bislang als einer der größten Bremsen erwies, soll nach dem britischen Austritt ein erneuter Versuch unternommen werden, das Konzept voranzubringen.

Europa außer Kontrolle

Wie bereits angedeutet, sind die zentralen Akteure der EU-Außen- und Militärpolitik die im Rat versammelten Staats- und Regierungschefs. Die „Rechte“ des EU-Parlamentes sind in Artikel 36 des Lissabon-Vertrags geregelt: „Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik hört das Europäische Parlament regelmäßig zu den wichtigsten Aspekten und den grundlegenden Weichenstellungen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und unterrichtet es über die Entwicklung der Politik in diesen Bereichen. [...] Das Europäische Parlament kann Anfragen oder Empfehlungen an den Rat und den Hohen Vertreter richten. Zweimal jährlich führt es eine Aussprache über die Fortschritte bei der Durchführung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, einschließlich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.“

Konkrete Mitentscheidungsbefugnisse für das EU-Parlament, zum Beispiel ein Parlamentsvorbehalt wie es ihn etwa in Deutschland für den Bundestag (noch) gibt, existieren also nicht. Seit 2012 existiert eine „Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“. Sie wurde formal mit dem Ziel eingesetzt, die parlamentarische Kontrolle der EU-Außen- und Militärpolitik zu verbessern. Faktisch handelt es sich dabei allerdings lediglich um ein Feigenblatt, da auch die Interparlamentarische Konferenz daran krankt, dass sie keinerlei konkrete Kompetenzen im EU-Militärbereich innehat.

Dieser Mangel an parlamentarischen Kontrollbefugnissen wird durch die faktisch ebenfalls auf null reduzierte Rolle der Judikative, also des Europäischen Gerichtshofs (EUGH), „perfekt“ ergänzt. Die EUGH-(Nicht-)Kompetenzen bei der Überwachung der EU-Außen- und Sicherheitspolitik finden sich in Artikel 24(1). Dort heißt es kurz

und bündig: „Der Gerichtshof der Europäischen Union ist in Bezug auf diese Bestimmungen nicht zuständig“.

Eine Gewaltenteilung ist demzufolge auf EU-Ebene im Militärbereich nicht existent.

Neue Rolle der Kommission?

Bislang achten die Staaten eifersüchtig darauf, „ihre“ Kompetenzen im Militärbereich zu erhalten – ihre Bereitschaft in diesem machtpolitischen Kernbereich Boden an die EU-Kommission und damit die suprastaatliche Ebene abzugeben, hält sich in engen Grenzen. Die Kommission versucht deshalb vor allem über zwei „Einfallstore“ ihre Rolle auszubauen: Einmal, indem sie für sich – vor allem über das sog. Verteidigungspaket – die führende Rolle beim schrittweisen Aufbau eines EU-Rüstungsmarktes reklamiert. Und zum anderen, indem seit einiger Zeit versucht wird, EU-Haushaltsgelder für militärrelevante Aspekte loszueisen – da auch hier spielt die Kommission eine entscheidende Rolle und wird dabei von den Mitgliedsstaaten auch mal mehr, mal weniger direkt unterstützt.

Mit dem Verteidigungs-Aktionsplan vom 30. November 2016 ließ die Kommission jedenfalls keine Zweifel aufkommen, künftig beim militärischen „Schutz“ von EU-Interessen eine größere Rolle spielen zu wollen: „Europa muss für den Schutz seiner Interessen, seiner Werte und der europäischen Lebensweise eintreten. [...] Die Kommission ist bereit, sich in einem bisher nicht

gekannten Ausmaß in der Verteidigung zu engagieren, um die Mitgliedstaaten zu unterstützen. Sie wird die der EU zur Verfügung stehenden Instrumente einschließlich EU-Finanzierungen und das volle Potenzial der Verträge ausschöpfen mit dem Ziel, eine Verteidigungsunion aufzubauen.“

Parlaments- und öffentlichkeitsfern

Wie sich die Kräfteverhältnisse zwischen den verschiedenen Akteuren der EU-Militärpolitik künftig entwickeln werden, bleibt insbesondere angesichts des anstehenden Austritts Großbritanniens abzuwarten. So kompliziert dieses Geflecht auf den ersten Blick auch erscheint (und es tatsächlich auch ist), über eine Sache kann man sich relativ sicher sein: Nämlich dass die entscheidenden Akteure weiter versuchen werden, den gesamten Prozess zu organisieren, dass die EU-Militärpolitik auch in Zukunft möglichst parlamentsfern und öffentlichkeitsfern ihren Lauf nehmen kann. Schon vor Jahren beschrieb Jean-Claude Juncker, seit Jahren einer der einflussreichsten EU-Politiker und aktuell als EU-Kommissionschef an einem der wichtigsten Schalthebel platziert, das dabei praktizierte Prozedere folgendermaßen: „Wir beschließen etwas, stellen es in den Raum und warten dann einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“

EAD: Europas Superministerium

Mit dem seit Dezember 2010 arbeitenden Europäischen Auswärtigen Dienst wurden verschiedene Ressorts in einem Superministerium gebündelt, um über deren Verknüpfung die höchstmögliche machtpolitische Effektivität zu erreichen. So schrieb Catherine Ashton, EU-Außenbeauftragte während der EAD-Gründung: „Zur Unterstützung einer einheitlichen politischen Strategie müssen wir sämtliche Einflusshebel mobilisieren – politische, ökonomische, plus zivile und militärische Krisenmanagementwerkzeuge. Die Schaffung des Europäischen Auswärtigen Dienstes ist entscheidend, um exakt die Art vereinigten Denkens und Handelns zu fördern, die wir benötigen. Hierbei handelt es sich nicht um eine bürokratische Übung, sondern um eine sich nur einmal jede Generation bietende Gelegenheit, etwas Neues zu schaffen. [...] Ich hoffe, sie haben nun mein Anliegen verstanden. Die Tage, in denen die Europäische Außenpolitik als Gewäch ohne Handlungen abgetan werden konnte, sind nun vorüber.“

Bereits früh wurde dabei davor gewarnt, dass hierdurch die zivile Konfliktbearbeitung sowie die Entwicklungshilfe von der militärischen Seite „untergebuttert“ werden könnten. Schnell zeichnete sich ab, dass sich diese Sorge bewahrheiten würde. So schrieb Josephine Liebl vom European Peacebuilding Liaison Office (EPLO), einem Netzwerk aus Nichtregierungsorganisationen, die im Bereich der Friedensförderung aktiv sind, im März 2011 in einem Papier für den Bundestags-Unterausschuss „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“: „Das Crisis Management Planning Directorate (CMPD) [wurde] eingerichtet, um ziviles und militärisches Krisenmanagement auf strategischer Planungsebene zu integrieren. EPLO hat diese institutionelle Integration mitverfolgt und musste erleben, wie es in Folge zu einer Absorbierung von zivilen Kapazitäten in die militärische Struktur kam. Dies hatte zum Ergebnis, dass ziviles Krisenmanagement nicht mehr durch ziviles, sondern militä-



EAD-Gebäude. Quelle: Eigenes Foto

risches Personal geplant wurde, was zu einer Militarisierung des zivilen Krisenmanagements [...] führte.“ Was die Probleme für die Entwicklungspolitik anbelangt, äußerten sich beispielsweise die beiden Entwicklungsorganisationen CIDSE (Frankreich) und CAFOD (Großbritannien): „[Im EAD] verwischt die Unterscheidung zwischen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, was zu einer Unterordnung von Entwicklung und Armutsbekämpfung unter sicherheits- und außenpolitische Prioritäten führen wird.“

Komponenten des EU-Militärapparates

von Lühr Henken

Im Berlin-Plus-Abkommen ist seit 2003 geregelt, dass die EU auf NATO-Ressourcen zurückgreifen kann. Bei Konflikten hat jedoch die NATO Vorrrecht auf die Ressourcen. Das heißt, nur wenn die NATO nicht eingreifen will, kann die EU auf sie zurückgreifen. Voraussetzung des EU-Zugriffs ist somit die Zustimmung der NATO. Die EU ist also von der NATO abhängig. Vetorecht haben praktisch sechs NATO-Staaten, die nicht gleichzeitig auch EU-Mitglieder sind: darunter die USA und die Türkei.¹

„Kerneuropa“ für EU-Hauptquartier

Deshalb ist das so genannte Kern-Europa - also Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg - 2003 bestrebt gewesen, ein großes EU-Hauptquartier für EU-geführte Operationen „ohne Rückgriff auf NATO-Mittel und -Fähigkeiten“ einzurichten. Das scheiterte am Widerstand der USA. Der damalige NATO-Botschafter der USA, Burns, hatte das Bestreben nach autonomen europäischen Militärstrukturen als „ernste Bedrohung“ für die Allianz bezeichnet und von schweren „Verstimmungen“, die solche Pläne in Washington hervorriefen,² gesprochen. Die US-Regierungen unter Clinton und Bush stemmten sich vehement gegen eine militärische Abkopplung Europas von den USA, die ihren Anfang in einer Doppelung von Führungsstrukturen nehme. Man einigte sich darauf, ein Zentrum für Planung und Führung beim EU-Militärstab einzurichten. Frankreich und Deutschland beharrten jedoch weiter auf der Einrichtung eines Operationszentrums. Das wurde gewährt: Seit 2007 kann es „kleine Missionen bis zu 2.000 Mann führen.“³ Ein weiterer Vorstoß Polens, Deutschlands und Frankreichs nach Einrichtung eines EU-Hauptquartiers scheiterte Ende 2011 am Widerstand Großbritanniens. Der Versuch dieser drei Staaten mit Unterstützung Spaniens und Italiens schließlich ein EU-Hauptquartier ohne die Briten aufzubauen, gaben diese auf, weil sie einsahen, dass es ohne die britische finanzielle und militärische Unterstützung nicht gehe.⁴ Somit gibt es zurzeit sechs nationale Hauptquartiere (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Italien, Polen) und das Operationszentrum in Brüssel. Zuletzt wurde dann im März 2017 faktisch doch die Einrichtung des lange umkämpften Hauptquartiers beschlossen, das unter dem Namen „Military Planning and Conduct Capability“ (MPCC) künftig nicht-exekutive-Einsätze leiten soll.

Schnelle EU-Eingreiftruppe

Ende 1999 legte der EU-Gipfel in Helsinki fest, bis 2003 eine Schnelle EU-Eingreiftruppe aufstellen zu wollen, die 80.000 einsatzfähige Soldaten umfasst, die aus einem Pool von 100.000 Soldaten zusammen gestellt werden sollten. Sie sollten unter anderem über 400 Kampfflugzeuge sowie 100 Kriegsschiffe⁵ verfügen. Diese Rapid

Reaction Force der EU sollte binnen 60 Tagen verlegbar sein und anschließend ein Jahr lang durchhaltefähig kämpfen können. Daraus wurde so nichts. Es mangelt insbesondere an Transportkapazitäten in der Luft und auf See. Als absehbar war, dass dieses Ziel des European Headline Goals 2003 nicht umsetzbar sein würde, entwickelte man das Konzept der EU-Battlegroups.

EU-Battlegroups

Seit 2007 stehen im Wechsel jedes Halbjahr meist zwei 1.500 bis 3.000 Soldaten starke Battlegroups zur Verfügung, die eigenständig innerhalb von fünf Tagen kampfbereit und binnen zehn bis 15 Tagen im Umkreis von 6.000 km um Brüssel an den Einsatzort transportiert werden können. Ihr Kern besteht meist aus einem Infanteriebataillon, das bis zu vier Monate auf sich allein gestellt durchhalten kann. Allerdings kam noch nie eine von ihnen zum Einsatz, aber die künftige Zusammenstellung der Battlegroups steht bis Ende 2020 weitgehend schon fest.⁶

Sie sollen die Speerspitze stellen für die schnelle Eingreiftruppe der EU, für die 2004 dann das neue Zieljahr 2010 (Headline Goal 2010) angestrebt wurde. Aber die autonome Umsetzung durch die EU scheitert an Großbritannien und technisch vor allem am Luft- und am Seetransport. Die Military Airbusse A 400 M werden einfach nicht fertig. Solange die Briten noch nicht aus der EU ausgetreten sind, haben sie Widerstand gegen ein EU-Hauptquartier angekündigt.

Machtträume nur in Denkfabriken?

Die Machtträume in den EU-Denkfabriken scheinen jedoch grenzenlos. Schon 2004 gab das EU-Institute for Strategic Studies (EUISS) ein so genanntes White Paper heraus, aus dem hervor geht, dass in 10 bis 20 Jahren - also quasi heute - die Zahl von 100.000 Soldaten nicht ausreichen werde, sondern 150.000 bis 200.000 für den Pool notwendig seien. Auch müssten es statt 400 künftig 600 Kampfflugzeuge sein, über die die schnelle Eingreiftruppe der EU verfügen müsste.

Diese Pläne sind hoch fliegend, und bisher nicht ansatzweise umsetzbar. Wie realistisch sie sind, wird die Zukunft weisen. Die Lage könnte sich schnell wandeln, sobald die A 400 M einsatzfähig sind. Mit den Military-Airbussen wird wohl erst ab 2020 zu rechnen sein. 160 A 400 M sind von EU-Mitgliedern bestellt. Jedenfalls kündigte die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini schon Mitte November 2016 eine Erhöhung des Headline Goals an, ohne allerdings konkrete Zahlen zu benennen.⁷

Deutscher Militäranteil überproportional

Das heißt, wir müssen diese EU-Großmachtambitionen ins Auge fassen, zumal der deutsche Anteil daran, je Na-

Ein neues militärisches Planziel?

Am 14. November 2016 veröffentlichte die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini einen „Implementierungsplan Sicherheit und Verteidigung“ (Dok Nr. 14392/16), der am selben Tag noch vom Rat angenommen wurde und dem Zweck dienen soll, die Vorgaben der EU-Globalstrategie aus dem Juni desselben Jahres umzusetzen. In dem Plan werden Einsatzszenarien beschrieben, für deren „Bewältigung“ die „notwendigen“ Kapazitäten anzuschaffen seien. Konkret heißt es darin:

„Als Bereitsteller von Sicherheit sollte die EU ein weites Betätigungsfeld haben, sich dabei aber auf die Regionen in ihrer Nachbarschaft konzentrieren. [D]ie EU [sollte] daher in der Lage sein, die folgenden Arten ziviler Missionen und militärischer Operationen im Rahmen der GSVP außerhalb der Union durchzuführen, mehrere davon parallel, im Rahmen unterschiedlicher Szenarien, auch in Situationen mit erhöhtem Sicherheitsrisiko und bei mangelhafter Infrastruktur vor Ort:

- Gemeinsame Krisenbewältigungsoperationen in Situationen mit hohem Sicherheitsrisiko in den die EU umgebenden Regionen;
- gemeinsame Stabilisierungsopera-

tionen, einschließlich Luftoperationen und Spezialeinsätze;

- zivile und militärische Krisenreaktion, einschließlich militärischer Krisenreaktionsoperationen, unter anderem unter Rückgriff auf die EU
- Gefechtsverbände insgesamt oder im Rahmen eines auf die Mission zugeschnittenen Streitkräftedispositivs;
- Ersatz/zivile Exekutivmissionen;
- Luftraum-Sicherungsoperationen einschließlich Luftnahunterstützung und Luftraumüberwachung;
- Operationen zur maritimen Sicherung oder Überwachung, einschließlich in der Nachbarschaft Europas auf längere Sicht;
- Missionen zum Aufbau ziviler Fähigkeiten und zur Reform des Sicherheitssektors (Überwachung, Begleitung und Beratung, Schulung), unter anderem mit Blick auf die Polizei, die Rechtsstaatlichkeit, das Grenzmanagement, die Terrorismusbekämpfung, die Abwehrbereitschaft, die Reaktion auf hybride Bedrohungen und die zivile Verwaltung, sowie zivile Überwachungsmissionen;
- Aufbau militärischer Fähigkeiten durch Beratungs-, Ausbildungs- und Begleitmissionen, einschließ-



lich – wenn nötig – eines soliden Schutzes der Kräfte sowie militärische Überwachungs-/Beobachtungsmissionen.“

Für ein solch ambitioniertes Einsatzbündel reicht das aktuelle militärische Planziel (Headline Goal) bei weitem nicht aus. Aus diesem Grund fordert der „Implementierungsplan Sicherheit und Verteidigung“ gleich mit der ersten Überschrift („Eine neue Zielvorgabe“) eine Erhöhung: „Das vorgeschlagene neue Anforderungsprofil [...] zielt darauf ab, eine in Sicherheits- und Verteidigungsfragen stärkere Union hervorzubringen, die in der Lage ist, heutige Bedrohungen und Herausforderungen effektiver anzugehen, mit den erforderlichen Kapazitäten, Werkzeugen und Strukturen, um den Bürgern mehr Sicherheit zu garantieren.“

tion betrachtet, der größte ist. Für den 100.000 Soldaten-Pool bietet Berlin 33.000 Soldaten (also 33 Prozent), dazu ca. 90 Kampfflugzeuge (ca. 23 Prozent) an. Dabei stellen Deutsche derzeit nur 16 Prozent der 506 Millionen EU-Einwohner und erwirtschaften nur knapp 21 Prozent des BIP der EU-28. Der militärische Anteil Deutschlands in der EU ist überproportioniert.

Der EU-Austritt Großbritanniens beschleunigt den Weg zu einer verstärkten militärischen Zusammenarbeit in der EU. Ursula von der Leyen machte bei der Vorstellung des Weißbuches deutlich, dass die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU nun vorankommen müsse, denn Großbritannien habe diese gelähmt. Sie kündigte umgehend eine deutsch-französische Initiative an. Als Ziel nannte sie „die Gründung eines zivil-militärischen Europäischen Hauptquartiers.“⁴⁸ Dies findet sich auch in einem sechs Seiten langen Papier wieder, das sie und ihr französischer Kollege le Drian am 12.9. veröffentlichten. Darin geht es ihnen zusätzlich unter anderem um eine Stärkung des EUROKORPS⁹, den verbesserten Austausch von Satellitenbildern und darum, strategische Transportfähigkeiten in der Luft, auf See und auf Land zu einem „europäischen Logistikknotenpunkt zu verbinden“¹⁰. Sie betonen, „dass eine stärkere und leistungsfähigere Europäische Verteidigung gleichzeitig eine Stärkung der NATO darstellt“.¹¹ Dem schlossen sich später Italien und Spanien an. Gemeinsam betonen alle vier Verteidigungsminister: „Um es klar zu sagen: Eine ‚EU-Armee‘ ist nicht unser Ziel.“¹² Allerdings meldeten sich nach dem Wahlsieg Trumps die Befürworter einer EU-Armee wieder verstärkt zu Wort: Kommissionspräsident Juncker und der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Kauder waren deutlich zu vernehmen. SPD-Chef Gabriel hatte sich zuvor schon entsprechend zu Wort gemeldet.

Im Sechs-Seiten-Papier wurden Stichpunkte für militärische Strukturen gegeben. Das EUROKORPS, das Satellitenzentrum und das Transportwesen. Welche Bedeutung diese haben, soll nun untersucht werden.

Im Sechs-Seiten-Papier wurden Stichpunkte für militärische Strukturen gegeben. Das EUROKORPS, das Satellitenzentrum und das Transportwesen. Welche Bedeutung diese haben, soll nun untersucht werden.

Militärische Komponenten

EUROKORPS

Das EUROKORPS ist ein seit 1995 in Straßburg ansässiges Hauptquartier der Staaten Deutschland, Frankreich, Belgien, Spanien und Luxemburg. Der Stab umfasst 400 Mann plus 600 Mann einer Unterstützungsbrigade. Er kann bis zu 60.000 Soldaten führen, die zusätzlich von

den assoziierten Nationen Polen, Griechenland, Italien, Türkei und Rumänien gestellt werden. Daraus werden Kräfte für EU- und NATO-Einsätze abgestellt. Dazu gehörten bisher NATO-Einsätze in Bosnien, Kosovo und Afghanistan. Das EUOKORPS stellt auch Soldaten für die NATO Response Force. Für den EU-Einsatz in Mali (EUTM Mali) stellte das EUOKORPS 2015 den Kernstab und bis Mitte 2017 den Stab im EU-Einsatz in der Zentralafrikanischen Republik. Das EUOKORPS fungiert derzeit als Hauptquartier einer EU-Battlegroup und bereitet sich auf dieselbe Rolle im ersten Halbjahr 2017 vor.

Deutsch-französische Brigade

Eingebunden in die Befehlsstrukturen des EUOKORPS ist die Deutsch-französische Brigade, eine rund 6.000 Mann starke Infanterietruppe, die ausschließlich aus deutschen und französischen Verbänden gebildet ist, und ihren Hauptsitz in Müllheim (Baden-Württemberg) hat. Neben Einsätzen unter NATO-Kommando bildete sie 2008 das Kernstück einer EU-Battlegroup und führte den EU-Einsatz EUTM Mali 2015 /2016.

1. Deutsch-Niederländisches Korps

Ein dritter Großverband in möglichen EU-Diensten ist das 1. Deutsch-Niederländische Korps mit Sitz in Münster. Sein Korpsstab kann binnen 30 Tagen weltweit zur Gefechtsbereitschaft verlegt und von Deutschland, den Niederlanden, der NATO oder der EU geführt werden. Das Korps wird aus Soldaten aus 13 Ländern gebildet. Dabei kommt es erstmals zu einer Integration von Verbänden.¹³ Der Korpsstab hat mit zugehörigen Verbänden eine Stärke von ca. 1.100 Soldaten und kann bis zu 80.000 Soldaten führen. Zu einem EU-geführten Einsatz ist es bisher nicht gekommen.

EU-Satellitenzentrum

Das zweite Stichwort war der verbesserte Austausch von Satellitenbildern. Gemeint ist hier das EU-Satellitenzentrum in Torrejon bei Madrid, das seit 2002 arbeitet.¹⁴ Kurz SATCEN. Die Aufgaben bestehen „in der Sammlung und Auswertung von Informationen, die mit Hilfe von Satelliten gewonnen werden“¹⁵. Zumindest die Satellitensysteme HELIOS II (Frankreich), SAR LUPE (Deutschland) und COSMO SKY-MED (Italien) liefern Satellitenbilder. Genutzt werden „optische Sensoren, Infrarot und Techniken wie Multispektral- und Hyperspektralradar.“¹⁶ – alles unabhängig von Tageszeit und Wetter. Möglich werden so auch „indiskrete Blicke unter Tarnnetze oder hinter ballonähnliche Schutzhüllen von Antennenanlagen.“¹⁷ Durch die Verknüpfung von vor Ort gewonnenen Details und Videoaufnahmen entstehen nutzbare Informationen. Das Schlagwort heißt Geospatial Intelligence (GEOINT). Nutznießer des SATCEN waren beispielsweise 2015 die EU-Mitgliedsstaaten, der Europäische Auswärtige Dienst, die EU-Militäreinsätze SOPHIA, EUTM Somalia, FRONTEX, die OSZE, und die Organisation zur Überwachung des Chemiewaffenübereinkommens OPCW.¹⁸ Im letzten Jahr zum Beispiel hatten über 90 Prozent der Satellitenbilder eine Auflösung von unter einem Meter.¹⁹

Die Erkenntnisse dienen der Vorbereitung von militärischen EU-Einsätzen. Zunehmend können damit auch aktuelle Überwachungen vorgenommen werden, deren Ergebnisse nicht nur in die Zentrale nach Paris, sondern auch direkt an Soldaten am Einsatzort geleitet werden. Beschäftigt sind im SATCEN 121 Personen. Die Anfragen haben in den vergangenen Jahren um jährlich etwa 35 bis 40 Prozent zugenommen.²⁰ Ein Fünftel der Bediensteten ist allerdings mit dem Aufspüren von Umweltsündern via Satellit befasst.

European Air Transport Command / EATC

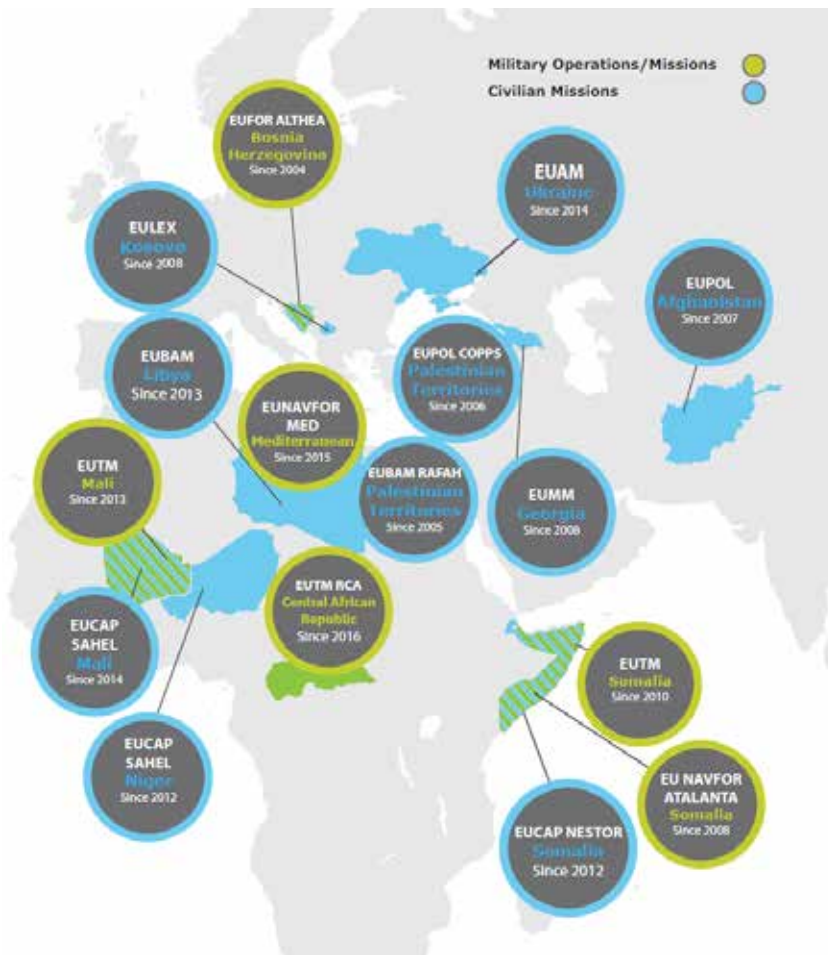
Ein letztes Stichwort: Der Entwicklung eines Europäischen Logistikknotenpunkts sollte das vorhandene europäische Lufttransportkommando (European Air Transport Command / EATC) als Modell dienen. „Das EATC ist eine multinationale Kommandobehörde, [] die der Koordination und operationellen Führung der Lufttransport- und Luftbetankungskräfte sowie der medizinischen Evakuierungseinsätze der beteiligten Staaten“²¹ dient. Gegründet wurde es 2010. Sein Sitz ist Eindhoven. Die beteiligten sieben Staaten sind Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande und Spanien. Sie legen den Großteil ihrer Transport- und Tankflugzeuge zusammen. Dies schafft einen Pool von etwa 200 Maschinen. Das sind etwa 60 Prozent der europäischen Lufttransportkapazitäten. Das Rückgrat der Flotte bilden jeweils 55 Herkules- und Transallmaschinen.²² Sie fliegen für diese sieben Staaten, für die NATO und die EU. Im Jahr transportieren sie mit über 8.000 Flügen über 200.000 Passagiere, etwa 100.000 Fallschirmspringer und 20.000 Tonnen Fracht. Die Luftwaffen haben auch das Recht, auf Maschinen der Partnerländer zuzugreifen. Das Pooling und Sharing soll Parallel- und Leerflüge einsparen. Engagiert wurde das EATC vor allem im NATO-Krieg gegen Libyen, aber auch in Mali und in der Türkei. Praktisch ist das EATC in sämtlichen Auslandseinsätzen von NATO, EU und ihren Mitgliedstaaten beteiligt.

Deutschland – Ankerland

Wenn kleinere Länder aktuell Teile ihrer Streitkräfte denen einer Großmacht unterstellen, geschieht dies inzwischen unter dem Begriff „Ankerarmee-Konzept“ (früher auch: Rahmennationskonzept). Hierdurch soll eine „Europäisierung“ der Streitkräfte vorangebracht werden, das Konzept dient aber natürlich vor allem auch der Stärkung des jeweiligen „Ankerlandes“. Im Februar 2017 wurde die Integration tschechischer und rumänischer Truppen in die Bundeswehr beschlossen, wodurch die Rolle der deutschen Armee weiter aufgewertet wird: „Deutschlands Streitkräfte sollen zum zentralen Bezugspunkt für kleinere Partner werden. Rumänien und die Tschechische Republik wollen Teile ihrer Heerestruppen in die Kommandostruktur der Bundeswehr einbinden.“²³

Militäreinsätze

Die EU führt seit 2003 Militäreinsätze durch. Mazedonien und der Kongo waren die ersten Stationen. Sechs Militäreinsätze wurden abgeschlossen, sechs führt die EU zurzeit durch. Gleichzeitig finden zehn zivile EU-



Aktuelle „zivile“ und militärische EU-Einsätze. Quelle: EEAS

Einsätze statt, die zum Teil die militärischen flankieren. Schauen wir uns die sechs militärischen EU-Einsätze genauer an²⁴:

Bosnien-Herzegowina

In Bosnien-Herzegowina hat die EU 2004 von der NATO den SFOR-Einsatz übernommen und führt ihn seitdem unter der Bezeichnung EUFOR ALTHEA fort. Begonnen mit 6.300 Soldaten waren es Ende 2015 nur noch 818, wovon EU-Länder 529 Soldaten stellten. Insgesamt sind 20 Nationen beteiligt, die Bundeswehr seit September 2012 nicht mehr. Die größten Kontingente stellen Österreich mit 325 und die Türkei mit 234 Soldaten. Der Auftrag ist, für Sicherheit zu sorgen, Gewaltausbrüche der ehemaligen Kriegsgegner zu verhindern und bosnische Streitkräfte sollen aufgebaut und trainiert werden. Aufgabe ist es auch, Bosnien-Herzegowina zur EU-Mitgliedschaft zu führen. Das Hauptquartier von EUFOR ALTHEA ist in Sarajevo, das strategische Hauptquartier jedoch ist das NATO-Hauptquartier SHAPE in Mons. Regelrecht personell verzahnt mit der NATO ist EUFOR ALTHEA dadurch, dass der stellvertretende NATO-Oberbefehlshaber Europa zugleich EUFOR-ALTHEA-Kommandeur ist. Die Zusammenarbeit ist durch das Berlin-Plus-Abkommen geregelt.

EUTM Mali

Die European Training Mission Mali (EUTM Mali) ist eine von fünf Einsätzen von UNO, Frankreich und der

EU in der Sahel-Region, wobei der UNO-Einsatz MINUSMA mit über 13.000 Soldaten und 1.900 Polizisten der militärisch größte, der französische Kriegseinsatz Opération Barkhane mit ca. 3.000 Soldaten der brutalste ist. Der militärische EU-Ausbildungseinsatz wird flankiert von zwei zivilen Missionen in der Region: EUCAP Sahel Mali und EUCAP Sahel Niger mit 100 bzw. 78 Kräften, die vor allem Polizisten ausbilden. EUTM Mali umfasst 539 Soldaten. Die Bundeswehr stellt davon zurzeit 151 (Stand 15.11.16). Laut Bundestagsmandat sind bis zu 300 möglich. Insgesamt wurden durch EU-Militärs etwa 8.000 malische Soldaten ausgebildet. EUTM Mali stand bis zum Juli 2016 über ein Jahr lang unter deutschem Kommando. Zunächst unter dem des Stabchefs des EUOKORPS und danach unter dem des Kommandeurs der Deutsch-französischen Brigade. Ausgebildet wird bei Bamako, in Timbuktu und Gao. Seit Mai werden auch Rekruten aus Mauretanien, Niger, Burkina Faso und Tschad ausgebildet und auch MINUSMA-Personal geschult.

EUTM SOM

In Mogadischu ist das Hauptquartier von EUTM SOM, der European Training Mission Somalia. Sie besteht seit Februar 2010 und umfasst 195 Soldaten aus 11 Ländern (Stand April 2016). Die Bundeswehr ist mit 11 Soldaten dabei (Stand 15.11.16), 20 sind möglich. Insgesamt wurden in bald sieben Jahren über 5.000 somalische Soldaten ausgebildet. „Die Bundeswehr schult in Mogadischu vor allem Führungskräfte und Ausbilder der somalischen Armee und berät das somalische Verteidigungsministerium.“²⁵

EUNAVFOR ATALANTA

Am Horn von Afrika führt die EU ihren ersten Marineeinsatz, EUNAVFOR ATALANTA, durch. Damit sollen die Transporte des Welternährungsprogramms nach Somalia und die Seetransporte am Horn und im Golf von Aden vor Piratenangriffen geschützt werden. Tatsächlich sind die Angriffe seit ihrem Höhepunkt 2011 (es waren 166 damals) seit 2015 auf Null zurückgegangen. Die EU führt das auf ihren Einsatz zurück. Der Einfluss des Selbstschutzes der Handelsschiffe vor allem durch bewaffnete Sicherheitskräfte an Bord bleibt dabei unberücksichtigt. Ende 2015 umfasste ATALANTA 674 Soldaten, die Bundeswehr hat zurzeit 82 Soldaten für ATALANTA abgestellt (Stand 15.11.16), ihre Obergrenze ist von anfangs 1.200 auf jetzt 600 reduziert. Zurzeit ist die Bundeswehr mit einem Fernaufklärer Orion vertreten. Außer Deutschland beteiligen sich ständig Frankreich, Italien, die Niederlande und Spanien an ATALANTA. Zurzeit sind zwei Kriegsschiffe aus EU-Ländern beteiligt. Die Operations-

zentrale von ATALANTA ist Dschibouti. Das Hauptquartier auf strategischer Ebene befindet sich in Northwood bei London, der Operation Commander ist stets ein Brite.

EUNAVFOR MED Operation Sophia

Der größte EU-Militäreinsatz findet vor den libyschen und tunesischen Küsten statt, EUNAVFOR MED Operation Sophia sein offizieller Name. Sein Umfang: 1.408 Soldaten (Stand Ende 2015). 24 Nationen beteiligen sich daran mit Schiffen, Flugzeugen und Helikoptern. Zurzeit sind es sieben Schiffe und zwei Aufklärungsflugzeuge. Die Bundeswehr stellt davon zurzeit zwei Schiffe und hat mit Soldaten im Hauptquartier und auf dem italienischen Flaggschiff 334 Soldaten im Einsatz (Stand 15.11.16). Das Mandat bis Ende Juni 2017 lässt 950 zu. Der Auftrag ist vielgestaltig und gliedert sich in drei Phasen, wobei Phase 1 seit ihrem Start im Juni 2015 durchgängig ist. Um gegen Schleuser vorgehen zu können, soll dauerhaft ein Lagebild über Schleusernetzwerke erstellt werden. Seit Oktober 2015, dem Beginn der Phase 2, sind die Schiffe ermächtigt, der Schleuserei verdächtige Boote anzuhalten, zu durchsuchen, zu beschlagnahmen und umzuleiten. Dies gilt zunächst nur auf Hoher See. Diese Ermächtigung soll später auf Küstengewässer und fremdes Territorium erweitert werden. Eine Ermächtigung dazu durch eine libysche Regierung oder durch den UN-Sicherheitsrat liegt allerdings nicht vor. Indes hat eine Überwachung des Waffenembargos gegen Gegner der sogenannten libyschen Einheitsregierung unter Sarradsch auf See im September begonnen. Daran beteiligt sich auch die deutsche Marine im SOPHIA-Verband. Zudem wurde Ende Oktober mit der Ausbildung von Mitgliedern der libyschen Küstenwache begonnen. Die Ausbildung erfolgt auf zwei Schiffen auf Hoher See, an der sich auch Bundeswehrsoldaten beteiligen. Die deutsche Marine gibt an, seit Mai 2015 18.960 Menschen aus Seenot gerettet zu haben (Stand 24.10.2016).

EUTM RCA

In der Zentralafrikanischen Republik, dem sechsten und letzten Einsatz der EU, geht es seit September 2016 um das Training zentralafrikanischer Soldaten, EUTM RCA genannt, aber auch um die Strategieberatung des Verteidigungsministers und des Generalstabs der zentralafrikanischen Armee in Bangui. EUTM RCA umfasst 170 Soldaten,²⁶ die aus 10 EU-Ländern kommen. Den Nukleus bilden 62 Soldaten des EUROKORPS-Hauptquartiers.²⁷ Die Bundeswehr ist nicht dabei. Das Mandat gilt bis September 2018.

Fassen wir die EU-Militäreinsätze zusammen. Sie finden mit der Ausnahme ALTHEA alle in und um Afrika herum statt. Ihre Soldatenzahl summiert sich auf rund 3.500. Das sind etwa so viele, wie die Bundeswehr zurzeit insgesamt im Ausland einsetzt. 3.500 von etwa 1,5 Millionen Soldaten in EU-Ländern sind gerademal 0,2 Prozent. Die EU hat neun Kriegsschiffe im Einsatz. Insgesamt verfügen die EU-Mitgliedstaaten über 130 Überwasserkampfschiffe. Damit sind sieben Prozent von ihnen im Einsatz. Will sagen: Da ist noch viel Platz nach oben. Und wenn nichts gegen die Militarisierung der EU unternommen wird, wird er genutzt werden.



Eurokorps. Quelle: Claude Truong-Ngoc/CC BY-SA 3.0, via Wikimedia Commons

Anmerkungen

- 1 Zusätzlich: Albanien, Island, Kanada, Norwegen
- 2 FAZ 18.10.2003, Das Reizwort „Tervuren“
- 3 FAZ 2.12.2011, Briten gegen EU-Hauptquartier
- 4 ebenda
- 5 darunter 4 Flugzeugträger, 1 Heli-Träger, 5 U-Boote und mind. 17 Fregatten/Zerstörer/Korvetten
- 6 EU Institute for Strategic Studies, Yearbook of European Security 2016, 234 Seiten, S. 65 f
- 7 Implementation Plan on Security and Defence, Brüssel, 14. November 2016 (14392/16)
- 8 FAZ 14.7.2016, dieses Ziel wird auch im Weißbuch genannt: Weißbuch 2016, S. 74
- 9 Erneuerung der GSVP, Hin zu einer umfassenden und glaubwürdigen Verteidigung der EU, 6 Seiten, S. 3
- 10 ebenda
- 11 Erneuerung der GSVP, Hin zu einer umfassenden und glaubwürdigen Verteidigung der EU, 6 Seiten, S. 5
- 12 Spiegel online.de 12.10.16, Größte EU-Armeen sollen zusammenarbeiten
- 13 Vereinbarung ist, „die niederländische 43. Mechanisierte Brigade in die deutsche 1. Panzerdivision zu integrieren. Ein deutsches Panzerbataillon wird im Gegenzug Teil dieser niederländischen Brigade und in diesem deutschen Panzerbataillon wird eine Kompanie mit niederländischen Soldaten besetzt. Der Verband soll mit deutschen Panzern in Lohheide/Truppenübungsplatz Bergen in Niedersachsen stationiert werden und bis Ende 2019 voll einsatzbereit sein.“ wikipedia.org/wiki/1._Deutsch-Niederl%C3%A4ndisches_Korps (abgelesen 29.10.16)
- 14 Es hatte die Einrichtungen von der Westeuropäischen Union übernommen.
- 15 https://de.wikipedia.org/wiki/Satellitenzentrum_der_Europaischen_Union (abgelesen 30.10.16)
- 16 Europas Augen, 13.12.2008, <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/eu-satellitenzentrum-europas-auge-a-596139.html>
- 17 ebenda
- 18 EU Satellite Centre, Annual Report 2015, 46 Seiten, S. 17, https://www.eusc.europa.eu/key_documents/GoodOne573450a9f9d-71d2038efe735.pdf
- 19 A.a.O., S. 21, genau 1.360 von 1.493 im Jahr 2015
- 20 A.a.O., S. 23
- 21 https://de.wikipedia.org/wiki/European_Air_Transport_Command (abgelesen 30.10.2016)
- 22 EATC Factsheet, 12.10.2016, http://eatc-mil.com/user_uploads/page_contents/downloads/EATC_factsheet_october_2016.pdf
- 23 Bundeswehr will „Ankerarmee“ für kleine Nato-Partner werden, FAZ, 09.02.2017
- 24 Offizieller Überblick sämtlicher ziviler und militärischer EU-Einsätze: https://eeas.europa.eu/topics/common-security-and-defence-policy-csdp/430/military-and-civilian-missions-and-operations_en
- 25 https://de.wikipedia.org/wiki/EUTM_Somalia (abgelesen 28.10.2016)
- 26 EUTM RCA ersetzt die zuvor beendete zivile Beratermission EUMAM RCA, die 70 Soldaten umfasste.
- 27 EUTM RCA launched in Central Africa Republic, Press Release, 16.7.2016, https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/20160716_press_release_en.pdf

Auf dem Weg zu einer EU-Rüstungsindustrie?

Triebfedern und Hindernisse

von Andreas Seifert

In der Europäischen Union hat sich bereits zum Ende des letzten Jahrhunderts die Einsicht durchgesetzt, dass „man“ dringend etwas für den Erhalt eigener industrieller Fähigkeiten im Bereich der Wehrindustrie tun müsse. Allein die Wortwahl schränkt diesen scheinbar „europäischen Blick“ schon ein. Als nächste Überraschung folgt die Einsicht, nationale Kompetenzen nur erhalten zu können, wenn die Regierungen helfen, sie international zu verankern.

Die Sicht der Staaten/Regierungen auf ihre Rüstungsindustrie ist eine pragmatische und folgt einer letztlich jahrhundertalten Logik – wer seine eigenen Waffen produziert, ist im Falle eines Krieges, einer Verteidigungssituation, nicht auf die Hilfe Dritter angewiesen. Sie sichern sich zudem das alleinige Zugriffsrecht auf Waffen und können damit ihr Gewaltmonopol aufrechterhalten. Waffenproduktion liegt somit im ureigenen Interesse der Staaten. Moderne Kriegstechniken haben dazu geführt, dass Staaten ihre Waffen nicht mehr in eigener Regie erstellen, sondern Unternehmer damit beauftragen, dies in ihrem Namen und auf ihrem Territorium zu tun. Im ausgehenden 20. Jahrhundert zeigt sich, dass die Komplexität der Waffen dermaßen zugenommen hat, dass es selbst für reichere Gesellschaften zusehends schwerer wird, die Geldmittel hierfür aufzubringen und die Kompetenzen für die Entwicklung von Waffen auf ihrem Territorium zu bündeln.

Aus diesem Grund nimmt auch aus Sicht der Bundesregierung die EU-Ebene an Bedeutung zu, wenn etwa im „Strategiepapier der Bundesregierung zur Stärkung der Verteidigungsindustrie in Deutschland“ aus dem Juli 2015 das Ziel formuliert wird, „den bisher stark fragmentierten europäischen Verteidigungsmarkt neu zu gestalten und die wehrtechnische industrielle Basis Europas zu stärken“. Weiter heißt es darin: „Es ist unser erklärtes Ziel, zukünftig neue Beschaffungsprogramme zunehmend gemeinsam mit unseren Partnern in der Europäischen Union durchzuführen. [...] Mehr gemeinsame, möglichst standardisierte Entwicklung und Beschaffung wird mittel- bis langfristig zu mehr Zusammenarbeit und darüber hinaus auch zur Konsolidierung in der Verteidigungsindustrie in Europa führen. [...] Die Bundesregierung setzt verstärkt auf eine europäische Zusammenarbeit bis hin zum Zusammengehen von in einzelnen Mitgliedstaaten ansässigen Unternehmen unter Wahrnehmung der nationalen Interessen. Die Bündelung technologischer Stärken wird die wirtschaftliche Bedeutung europäischer Projekte im internationalen Wettbewerb entscheidend erhöhen.“

Konsolidierungsdruck

Sinkende Verteidigungsbudgets und damit schrumpfende heimische Märkte, Konkurrenzsituationen im internationalen Waffenmarkt, steigende Entwicklungskosten für Systeme und Teilsysteme lassen die von den Staaten bevorzugten „nationalen“ Lösungen zusehend als Luxusprojekte erscheinen. Angesichts der über die Bündnisstrukturen geforderten Interoperabilität der Endprodukte

entstehen, in der Lesart der Regierungen und der Kommission in Brüssel, zudem neue Herausforderungen. Einerseits erscheinen damit die nationalen technologischen Alleingänge wenig zielführend. Andererseits entstehen, europaweit betrachtet, aber dann auch wesentliche „Redundanzen“ und „Überkapazitäten“ in der Rüstungsproduktion, da alle Firmen dieselben Standards zu bedienen suchen.

Die Mitgliedsstaaten EU haben in ihren Prozessen mit einem ganzen Strauß von Maßnahmen darauf reagiert – „man“ hat schon recht früh, 1996, mit OCCAR (Organisation Conjointe de Coopération en matière d'Armement, Gemeinsamen Organisation für Rüstungskoordination) eine Organisation gegründet, um projektbezogen den Austausch zwischen den beteiligten Beschaffer-Ländern zu organisieren. OCCAR betreut heute dreizehn gemeinsame Beschaffungsprojekte für die sechs Kernpartner (Deutschland, Frankreich, Spanien, Belgien, Großbritannien, Italien). Dennoch, entgegen dem ursprünglichen Plan sind nicht alle Kernländer immer an allen Projekten beteiligt, sondern meist nur eine Auswahl von ihnen (siehe Tabelle 1). Um 2000 herum haben dann Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien und Großbritannien noch einen weiteren Schritt getan und mit einem Rahmenvertrag über „Maßnahmen zur Erleichterung der Umstrukturierung und Tätigkeit der Europäischen Rüstungsindustrie“ EDIR (European Defence Industry Restructuring) die Rechtsgrundlage geschaffen, auf der heute Fusionen im europäischen Rahmen verhandelt werden. Sowohl OCCAR als auch EDIR fanden die Zustimmung der (Groß-)Industrie. Umgekehrt sind beide Institutionen nicht mit einer einheitlichen und in die Strukturen der EU eingebetteten Politik zu vergleichen. Hierfür wollte man ab 2004 mit der European Defence Agency EDA noch einen Schritt weiter gehen. Sie sollte nicht konkrete Projekte managen, sondern auch eigene Initiativen starten können. Die EDA funktioniert dabei nicht nur als eine Behörde, die versucht, im Rahmen der zwischenstaatlichen Verträge, ein Projekt durchzuführen und damit Synergien und Kostenreduktionen herbeizuführen, sondern sie strukturiert die Beschaffung als ganzen Prozess und wirkt damit auch disziplinierend auf die Mitgliedsländer der Union. Diese Form der strukturierten Zusammenarbeit bevorzugt große Staaten mit großen Budgets gegenüber den kleinen und wirkt somit auch als treibende Kraft bei Konzentrationsprozessen.

Die in den jeweiligen Institutionen/Organisationen engagierten Staaten sind sich darin einig, dass die Verteidigungsindustrie in Europa aufgebläht und einfach zu teuer ist und das sich in einer Kooperation und in der Beseitigung von Redundanzen und Überkapazitäten auch technologisch bessere Produkte herstellen lassen. Ein einheitliches Auftreten eines großen Rüstungsunternehmens aus Europa, so die Idee, kann zudem dessen Chancen bei internationalen Waffendeals erhöhen und sich damit auch „kostensenkend“ auf die heimische Beschaffung auswirken. Hier wird dann als Argument der Status quo ange-

Projekt	Deutschland	Frankreich	Spanien	Belgien	GB	Italien	Sonstige beteiligte Staaten
A 400 M Strategischer Lufttransporter	x	x	x	x	x		Niederlande, Türkei, Polen, Schweden, Finnland, Luxemburg
Boxer gepanzertes Fahrzeug	x						Niederlande, Litauen
Cobra Waffenortungssystem	x	x					
ESSOR, European Software defined Radio, digitales Kommunikationssystem		x	x			x	Polen, Schweden, Finnland
FREMM, Mehrrollenfregatte		x				x	
FSAF-PAAMS, Raketenabwehrsystem		x			x	x	
LSS Truppenversorger						x	
MALE RPAS, Drohne für mittlere Flughöhe	x	x	x			x	
MMCM, Automatisches Abwehrsystem für Seeminen		x			x		
MMF, Anschaffung und Betrieb einer Luftankerflotte							Niederlande, Luxemburg – mit der EDA
MUSIS-FA, Koordination im Rahmen der Entwicklung von satellitengestützter Bilderfassung		x				x	
PPA, Mehrrollen Patrouillenschiff						x	
Tiger, Mehrrollen Kampfhubschrauber	x	x	x				

Sämtliche aktuellen OCCAR-Projekte (Stand Anfang 2017)

führt, in dem sich die europäischen Unternehmen gegenseitig international Konkurrenz machen und ggf. keiner von ihnen den Zuschlag erhält.

So veröffentlichte der „Munich Security Report“ im Februar 2017 Daten einer Erhebung von McKinsey, denen zufolge in der EU 178 große Waffensysteme in Betrieb seien, während es in den USA (bei weit größerem Budget) gerade einmal 30 wären. Ohne einen Abbau dieser „Überkapazitäten“ – u.a. durch Fusionen und Übernahmen – werde die europäische rüstungsindustrielle Basis zunehmend unter Druck geraten, so die Kernbotschaft. Das Ziel all dieser Maßnahmen ist es also, die schiere Zahl der Unternehmen in Europa drastisch zu reduzieren und Unternehmen zu schaffen, die in der Lage sind, modernste Technik aus einer Hand zu liefern.

Eine Restrukturierung der Verteidigungsindustrie hätte für die Staaten Vorteile:

- trotz geringer eigener Abnahme, vertretbare Kosten für die Systeme;
- eine höhere Effizienz im Einsatz von Forschungsbefehlshilfen (sprich: neue Potentiale für weitere und andere Produkte);
- modernere Waffen und einfachere Herstellung von In-teroperabilität;

- eine höhere Versorgungssicherheit mit Ersatzteilen (indem durch die Größe der neuen Unternehmen deren prinzipielle Überlebensfähigkeit erhöht wird). Ggf. sogar im Einsatz eine schnellere Bereitstellung von Verbrauchsmaterial durch andere Partnerländer.

Die Idee einer zahlenmäßig reduzierten Rüstungsindustrie besteht also nicht nur darin, die Kosten senken, sondern auch gleichzeitig die Einsatzfähigkeit erhöhen.

Nationale Befindlichkeiten

Vor allem die EU-Kommission versucht über eine Reihe von Maßnahmen, insbesondere die Etablierung eines EU-Rüstungsmarktes über das sog. Defence Package, die Konzentrationsprozesse in diesem Sektor voranzubringen. Dennoch, jede Form von Rüstungskooperation in der EU ist mit einem ganz entscheidenden Handicap versehen: Nationale Befindlichkeiten und Schwerpunkte. Grundgedanke ist dabei, dass Staaten die eigene wehrtechnische, wehrindustrielle Basis als Grundvoraussetzung der Aufrechterhaltung ihrer Souveränität erscheint. Interdependenzen werden als Abhängigkeiten verstanden und möglicherweise entstehende technologische Lücken als strategischer Nachteil. Die (eigene) Verteidigungsindus-



Leclerc-Panzer von Nexter.

Quelle: OpenPhoto.net/CC BY-SA 2.5

trie wird dabei mit Argusaugen bewacht – lieber geht ein Unternehmen Pleite, als dass man es einem Investor aus dem Ausland überlässt, von dem man ein Abwandern des Know-Hows vermutet – oder der Staat füttert ein Unternehmen, das als strategisch erkannt wurde, mit überbeurteilten Aufträgen durch, um die Kompetenzen zu erhalten. Deshalb sind auch einige Staaten bereit, mehr zu bezahlen, wenn es gleichzeitig dazu dient, eine eigene Industrie zu erhalten – nach dem Motto: lieber mehr zahlen, als importieren.

Für kleinere Staaten ist dies bald unbezahlbar – für größere geht es darum, ihre Industrie über den Export oder mit Fusionen mit anderen Unternehmen am Leben zu halten und mit dem Absatz zu versorgen, der die Stückkosten wieder senkt. Es zeigt sich, dass diejenigen Länder, die sich in einer offensiven Rolle Europas einig sind, verstärkt auf eine Kooperation (meint Übernahme anderer) drängen, wohingegen es für die anderen ggf. darum geht, die Reste ihrer nationalen Industrie überhaupt zu erhalten, um im Verteidigungsfall agieren zu können. OCCAR, EDA, EDIR versuchen diese nationalen Vorbehalte zu berücksichtigen und verzetteln sich dabei in der Projektorganisation.

Die großen Rüstungsproduzenten sind dabei schon längst mit einigen transnationalen Kooperationen eng miteinander verbunden, reproduzieren dabei aber einen enormen bürokratischen Überbau und verursachen damit Kosten im Aufbau von Redundanzen. Airbus und MBDA sind dafür gute Beispiele.

Fusionen von Unternehmen über die Staatsgrenzen hinweg werden als Politikum begriffen. Was nun ganz kurz noch an einem Beispiel deutlich verdeutlicht werden soll.

EU-Panzerchampion

Die deutschen Panzerbauschmieden Kraus-Maffei-Wegman (2100 Mitarbeiter / 750 Mio. € Umsatz) ist letztlich zu klein, um am internationalen Markt dauerhaft mitzuspielen – die Leopard-Panzer sind zwar technologische Spitzenleistung, aber eben auch teuer. Zudem beklagt sich der Hersteller über eine strenge Gesetzgebung, die ihn im Export in Teilen behindert, wohingegen die unmittelbare Konkurrenz im Ausland, so die Firmenaussage, wesentliche staatliche Unterstützung erhält und nahezu ungehindert exportieren darf.

Von ministerieller Seite ganz auf den Erhalt der nationalen Fähigkeit zum Panzerbau gedacht, dachte man laut

über eine mögliche Fusion mit Rheinmetall (10.500 Mitarbeiter / 2,6 Mrd. € im Rüstungsbereich) nach – diese Fusion würde, so die Hoffnung, einen großen deutschen Anbieter entstehen lassen, der international mitspielen kann. Diese Lösung wurde aber von den Besitzern der Unternehmen kaum als eine Option wahrgenommen.

Mit der Fusion mit dem französischen Staatsunternehmen Nexter (3300 Mitarbeiter und knapp 1,2 Mrd. Umsatz) wurde dann über eine „europäische“ Lösung nachgedacht, die zwar nicht das Optimum darstellt, aber im Kalkül dem Lippenbekenntnis nach einer europäischen Restrukturierung der Rüstungsindustrie noch am nächsten kam. In Frankreich wurde diese Fusion ebenso kritisch begleitet, wie in Deutschland – beide politische Seiten ringen dabei um Einfluss und auch technologische Vorteile.

Deutsche Politiker wie der Obmann der SPD im Verteidigungsausschuss Rainer Arnold wettern dabei in erstaunlicher Pflichterfüllung: „Um von der starken französischen Präsenz nicht untergebuttert zu werden, müssen wir, wie die Franzosen, konsequent an nationalen Interessen festhalten und diese bei Zusammenschlüssen entsprechend verteidigen. [...] Mit der Fusion wird KMW zunehmend ein französisches Unternehmen, und die auch mit Steuermitteln aufgebaute Technologie wandert ins Nachbarland ab. Deutschland würde seinen Spitzenplatz unwiederbringlich verlieren. Und der ‚Leopard der Zukunft‘ würde ein Franzose.“ Auch in der CDU regte sich Widerstand, wenn deren Verteidigungsexperte Roderich Kiesewetter etwa zu Protokoll gibt: „Damit erscheint mir die bevorstehende Fusion eher eine Schwächung unserer Kernkompetenzen zu bedeuten, weil bisherige Kooperationen mit Frankreich, zum Beispiel im Flugzeug- und Satellitenbau, immer zu Lasten und zum Nachteil deutscher Kernfähigkeiten ausgegangen sind.“

Das neue Unternehmen, das nun nach erfolgter Fusion, KNDS – KMW + Nexter Defence Systems – heißt, ist erst einmal nur eine Holding in Holland, die zu je 50% der Wegmann&Co und der GIAT Industries gehören, die der Familie Wegmann, bzw. dem französischen Staat zuzuordnen sind. Von außen ist außer ein paar ersten gemeinsamen Messeauftritten noch nicht viel von der Kooperation zu sehen.¹ Was aus dem gesamten schwierigen Fusionsprozess jedenfalls offensichtlich wird, ist das allgegenwärtige Spannungsverhältnis zwischen europäischer Konsolidierungslogik und nationalen Interessensvorbehalten, die sich ein ums andere Mal im Weg stehen und die Herausbildung einer EU-Rüstungsindustrie zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch erheblich abbremsen.

Anmerkung

- 1 Ein Punkt wird vielleicht auch nicht so schnell zu sehen sein, da man die Öffentlichkeit in den Prozessen scheut: Einer der großen Vorteile, so kann man vermuten, besteht für das neue Unternehmen darin, über die Firmenkonstruktion die Exportrichtlinien Deutschlands für Kriegswaffen zu umgehen. Denn bei den Verhandlungen berief man sich auf ein noch unter dem Kanzler Schmidt ausgehandeltes Abkommen von 1972 wonach für fusionierte Unternehmen eine Art Stillhalteabkommen gibt, wenn eines der Länder (Frankreich Deutschland) auf Grundlage seiner Gesetzgebung einen Export genehmigt hat. Sollte es also möglich sein, für Panzer aus deutscher Produktion, die KNDS über Frankreich exportiert, auch dort eine Genehmigung zu erhalten?

Eine EU-Drohne für EUropas Kriege

von Marius Pletsch

Die Verteidigungsministerin hat am 17. Februar 2017 in ihrer Rede bei der 53. Münchener Sicherheitskonferenz mehrere Aufrüstungsprojekte genannt, die kein einzelner Mitgliedsstaat der NATO sowie der Europäischen Union (EU) mehr alleine stemmen könne, weshalb an diesen Vorhaben nun gemeinschaftlich gearbeitet werde.¹ Zu diesen Projekten zählt auch die europäische Drohne, die von Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien entwickelt wird. Bevor jedoch näher auf dieses Projekt eingegangen wird, sollen zunächst die nationalen Pläne des Bundesverteidigungsministeriums (BMVg) bezüglich Drohnen betrachtet werden. Denn der europäische Eigenbau ist frühestens 2025 für Kriegseinsätze bereit, doch die „Fähigkeitslücke“, die mit einer bewaffnungsfähigen Drohne der MALE-Klasse (mittlere Höhe lange Ausdauer, engl. Medium Altitude Long Endurance) gefüllt werden soll, wurde schon 2013 von Thomas De Maizière – damals noch in der Rolle des Bundesverteidigungsministers der Koalition aus CDU/CSU und FDP – benannt und beklagt.²

Lückenfüller Heron TP

Das BMVg plant drei bis fünf Heron TP Drohnen des israelischen Rüstungsunternehmens Israel Aerospace Industries (IAI) über den Hauptauftragnehmer Airbus DS Airborne Solutions zu leasen. Ähnlich funktioniert auch das Leasing des Vorgängermodells Heron 1, die in seit 2010 Afghanistan und in Mali seit dem 1. November 2016 zum Einsatz kommen. Eigentlich sollte der Vertrag Anfang 2017 unterzeichnet werden, die ersten Drohnen 2018 einsatzbereit sein. Doch eine Klage des amerikanischen Rüstungsunternehmens General Atomics – der Herstellerfirma der Predator (Raubtier) und Reaper (Sensenmann) Drohnen, die im Drohnenkrieg der USA hauptsächlich zum Einsatz kommen – verzögert den Zeitplan wohl. Der US-Hersteller beanstandet den Vergabeprozess, ein Nachprüfungsantrag vor der 1. Vergabekammer des Bundes wurde am 17. August 2016 zurückgewiesen, kurz darauf wurde vor dem Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf geklagt, am 15. Februar 2017 war erster Verhandlungstag, der nächste Termin findet am 8. März statt. Mit einer Indienststellung der Drohne ist vor 2019 kaum mehr zu rechnen.

Die Heron TP Drohnen würden nicht in Deutschland stationiert und gewartet werden, sondern auf dem Stützpunkt Tel Nof der israelischen Luftstreitkräfte, der in direkter Nähe zum Hersteller IAI liegt. Von dort aus starten nicht nur israelische Drohnen, auch einige Nuklearwaffen sollen hier lagern. Für die Steuerung wird wie bei der Heron 1 auch das Taktische Luftwaffengeschwader 51 Immelmann aus Jagel verantwortlich sein. Da das BMVg plant, die Drohnen auch zu bewaffnen, hat die Linksfraktion des Bundestags gefragt, welche Bewaffnung denn zum Einsatz kommen soll. Die Bundesregierung konnte die Informationen nicht herausgeben, da sie als geheim

eingestuft seien.³ Die Kommunikationstechnologie zur Steuerung und zur Verteilung der anfallenden Daten, z.B. des Videofeed, soll von Airbus kommen. Wert wird auch auf „nationale Kryptierung“ der Daten gelegt. Zum einen traut man den israelischen Partner_innen zu, dass Hintertüren eingebaut sind.⁴ Zum anderen ist bekannt, dass Datenverbindungen von israelischen Drohnen bereits in der Vergangenheit kompromittiert wurden. The Intercept hatte im Januar 2016 berichtet, dass der britische GCHQ und die amerikanische NSA Videostreams und Positionsdaten israelischer Drohnen, darunter die Heron TP, die via Satellitenverbindung zur Bodenstation gesendet werden, von einem Berggipfel auf Zypern aus abgefangen haben. Dieser Bericht erschien wenige Tage nach der Bekanntgabe des BMVg, dass man sich für die Heron TP entschieden hatte.⁵

Belastbare Aussagen über die entstehenden Kosten kann das BMVg noch nicht machen. Für die Leasingkosten der Heron TP plus Sensorik sind erst einmal mindestens 580 Mio. Euro vorgesehen, und dies allein bis 2025. Dem Jahr, in dem das BMVg hofft, dass die gemeinsam mit den Partnerationen geplante EU-Drohne zur Verfügung stehen wird. Für die Entscheidung der Heron TP und damit gegen die amerikanische Konkurrenz sprach aus Regierungssicht die frühere Verfügbarkeit und der geringere Ausbildungsaufwand, da ja schon Bedienpersonal für die ähnliche Heron 1 Drohne vorhanden sei. Ein weiterer Grund ist, dass sich die Wahl der Heron TP günstig auf die Pläne für den Bau einer europäischen Drohne auswirke, so formulierte es zumindest Hans-Peter Bartels, der Wehrbeauftragte des Bundestages. Auch die Bundesregierung sprach davon, wie wichtig die Entscheidung für die Heron TP im Hinblick auf die europäische Drohne sei: „Die Entscheidung für das System Heron TP führt zum Aufbau realen industriellen Know-hows bei europäischen Unternehmen. Dies ist eine zentrale Voraussetzung für die angestrebte Eurodrohne.“⁶

Andere Staaten, auch jene, die am gemeinsamen Drohnenprojekt beteiligt sind, haben sich in den letzten Jahren ausschließlich für Drohnen aus dem Hause General Atomics entschieden. So hat Frankreich zwölf MQ-9 Reaper Drohnen bis 2019 bestellt, fünf davon sind in Niger im Rahmen der Opération Barkhane stationiert, das Operationsgebiet zieht sich von Mauretanien im Westen der Sahelregion bis in den Tschad im Osten.⁷ Spanien hat vier Reaper bestellt, die Lieferung soll ebenfalls bis 2019 abgeschlossen sein.⁸ Italien hatte sich als erster europäischer Staat für die Drohnen aus dem Hause General Atomics entschieden und hat die ersten Fluggeräte 2005 im Rahmen der „Operation Iraqi Freedom“ eingesetzt. Auch in Afghanistan, dem Kosovo, Kuwait und Dschibuti sind die italienischen Drohnen eingesetzt worden, ebenso wie sie während der Marinemissionen „Mare Nostrum“ über dem Mittelmeer kreisten. Aktuell werden die Drohnen auch bei der EU-Mission „EUNAVOR MED“ eingesetzt, die sich gegen vermeintliche Schlepper und damit auch



Modell der Studie zur Eurodrohne. Airbus-Präsentation auf der Pariser Air Show. Quelle: Tangopaso/wikimedia

gegen die Migrationsbewegung über das Mittelmeer richten soll. Die italienische Regierung hatte im November 2015 die Genehmigung aus den USA erhalten, ihre sechs Reaper Drohnen zu bewaffnen.⁹

Eingeforderte Konjunkturspritze für die Rüstungsindustrie

Es gab bereits in der Vergangenheit mehrere Anläufe, eine Drohne mit mehreren Nationen gemeinsam zu entwickeln. Die einzige Konstante bei den unternommenen Versuchen war Frankreich. Talarion wurde damals noch von Cassidian (heute Airbus) von Frankreich, Spanien, Deutschland und mit großem Beteiligungsinteresse der Türkei versucht, doch dieses Projekt scheiterte. Da aber ca. 500 Mio. Euro an Eigenmitteln von Cassidian investiert wurden, wollte man das Projekt retten. Druck wurde auf die deutsche Politik ausgeübt, dabei waren auch die Gewerkschaften behilflich. So versuchte die IG Metall über den damaligen Wirtschaftsminister Philipp Rösler einen Stopp für die „Sparpläne“ des Verteidigungsministers Thomas de Maizière durchzusetzen, die auch die Drohne Talarion betreffen sollten. Bernhard Stiedl, EADS Beauftragter der IG Metall deutete gegenüber dem Handelsblatt an, dass – wenn Talarion gestoppt würde – die gesamte Entwicklung und Produktion aller militärischen Flugzeugen nicht länger in Deutschland stattfinden würde. Daran hingen damals angeblich 25.000 Arbeitsplätze.¹⁰ Doch das Aus für Talarion konnte trotz der Werbung von Industrie und Gewerkschaft nicht verhindert werden. Als Folge daraus entließ Airbus etwa die Hälfte

seiner Ingenieur_innen, die bei der Drohnenentwicklung beschäftigt waren. Von 600 Mitarbeiter_innen hätten 250 bis 300 ihre Anstellung verloren. 2014, nachdem sich Verteidigungsministerin von der Leyen für die Anschaffung von bewaffneten Drohnen ausgesprochen hatte, hieß es von Stiedl, würde nun die Entwicklung einer europäischen Drohne begonnen, könnten alleine am Standort Manching 1.500 Arbeitsplätze gesichert werden.¹¹

2013 hatte sich Airbus mit den Firmen Dassault Aviation aus Frankreich und Alenia Aermacchi (heute: Leonardo Finmeccanica) aus Italien im Rahmen der Pariser Air Show zusammengeschlossen, um bei ihren jeweiligen Regierungen für eine gemeinsame Produktion einer Drohne zu werben. Die europäische Souveränität und Unabhängigkeit bei der Verarbeitung von Daten würde bei einer Entwicklung durch die drei Firmen gewahrt bleiben, es würden gute Jobs erhalten und geschaffen und die Firmen versprachen, sich mit Lobbyarbeit einem der bislang schwierigsten Probleme beim Betrieb von Drohnen anzunehmen: Sie würden die zuständigen Stellen auf nationaler wie europäischer Ebene überzeugen, dass sich Drohnen in Zukunft im selben Luftraum bewegen können, in dem auch der zivile Flugverkehr stattfindet.¹² Am 18. Mai 2015 unterschrieben die Verteidigungsminister_innen Deutschlands, Frankreichs und Italiens dann eine Absichtserklärung (Declaration of Intent, kurz DoI) am Rande eines EU-Verteidigungsminister_innentreffens in Paris zur Erstellung einer Definitionsstudie für eine zukünftige europäische Drohne. Konkreter wurde dies dann mit der Vertragsunterzeichnung über die Definitionsstudie am 26. August 2016, mittlerweile hatte sich auch die

spanische Regierung dem Projekt angeschlossen und ist somit auch Vertragspartner. Wenig überraschend sind die drei mit der Definitionsstudie beauftragten Unternehmen die drei oben genannten Unternehmen. Die Definitionsphase soll zwei Jahre dauern, nach dem ersten Jahr soll das „Systems Requirements Review“ vorliegen, also was für Anforderungen die Bestellerstaaten an die Drohne stellen. Viel ist deshalb über die Fähigkeiten noch nicht bekannt. Die Bundesregierung schrieb zu dem Thema auf eine kleine Anfrage folgendes: „Erst [nach der ‚Systems Requirements Review‘] werden auch die Forderungen bezüglich Bewaffnung, Low-Observability- („Stealth“) Eigenschaften, Selbstschutz und weiterer Eigenschaften des Systems konkretisiert. Die Fähigkeit zum Einsatz von Luft-Boden-Waffen ist aber bereits jetzt als zentraler Bestandteil der Systemfähigkeiten zu erkennen.“¹³

Mit dem Management der Studie wurde die in Bonn sitzende multinationale Organisation Conjointe de Coopération en Matière d'Armement (OCCAR) beauftragt. Sie wurde 2001 ins Leben gerufen, um die gemeinsamen Rüstungsprojekte der Mitgliedsstaaten Belgien, Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien und Großbritannien und der sogenannten teilnehmenden Staaten Finnland, Niederlande, Luxemburg, Polen, Schweden und der Türkei, die jedoch keinen Mitgliederstatus innehaben, zu koordinieren. Die bisherige Erfolgsbilanz der Organisation ist wohl durchwachsend zu nennen. So wurden viele der Projekte verspätet und viel teurer als geplant geliefert, das Transportflugzeug A-400M ist hier nur ein Beispiel unter vielen.

Die Kosten für die Definitionsstudie teilen sich nun, nach dem Einstieg Spaniens in das Projekt, wie folgt auf: Deutschland wird den Löwenanteil mit 18,6 Mio. € übernehmen, was 31 % der Gesamtkosten ausmacht. Frankreich, Italien und Spanien tragen mit je 13,8 Mio. € je 23 % der Kosten. 2018 soll dann nach Abschluss der Definitionsphase die Entwicklungsphase beginnen. 2023 soll der erste Prototyp fliegen und 2025 dann die ersten Modelle des fertigen Produktes ausgeliefert werden. Langfristig plant das BMVg 16 MALE Drohnen zu beschaffen.¹⁴

Dieses militärische Aufrüstungsprojekt, mit dem die bereits laufende Rüstungsspirale mit unbemannten Systemen intensiviert wird, und in der man sich auch als Exporteur gegen die amerikanische, israelische und ostasiatische Konkurrenz auf dem Markt positionieren möchte – der in den nächsten zehn Jahren mit saftigen Gewinnen lockt¹⁵ – wird mit den großen Chancen für die zivilen Nutzungsmöglichkeiten der Drohnentechnologie beworben und der Schritt damit auch gerechtfertigt. Nicht nur zur Kriegsführung in den Einsatzgebieten der Bundeswehr soll die Drohne also eingesetzt werden. Mit diversen der gepriesenen zivilen Nutzungsmöglichkeiten sind Überwachung und Repression gemeint, gerade an den europäischen Außengrenzen, an denen auch heute schon Drohnen Migrant_innen aufspüren und ihre Bewegungen verfolgen. Die EU und insbesondere die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) schafft mit der Finanzierung für nötige Technologien und der Schaffung von Standards, damit sich Drohnen im allgemeinen Luftraum bewegen können, günstige Bedingungen, sowohl für die Ausführung solcher Aufgaben, wie auch für die Stärkung der europäischen Rüstungsindustrie.¹⁶



Heron Drohne wird in Afghanistan betriebsbereit gemacht.

Quelle: Flickr/Bundeswehr/Sebastian Wilke

Anmerkungen

- 1 Von der Leyen, Ursula (bmvg.de, 17.2.2017): Rede der Bundesministerin der Verteidigung Dr. Ursula von der Leyen zur Eröffnung der 53.Münchener Sicherheitskonferenz.
- 2 Biermann, Kai (Neusprech.org, 9.2.2013): Fähigkeitslücke.
- 3 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrej Hunko, Christine Buchholz, Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: Zeitplan zur Beschaffung von fünf bewaffnungsfähigen Drohnen der MALE-Klasse. Drucksache 18/9431 (19.08.2016), S. 5.
- 4 Monroy, Matthias (netzpolitik.org, 5.10.2016): Kampfdrohnen der Bundeswehr: Verteidigungsministerium hält Hintertüren in israelischer Verschlüsselung für möglich.
- 5 Currier, Cora; Moltke, Henrik (The Intercept, 29.1.2016): Spies in the Sky: Israeli Drone Feeds Hacked By British and American Intelligence.
- 6 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrej Hunko, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: Auswahlentscheidung zur Beschaffung von bewaffneten Drohnen. Drucksache 18/7725 (26.2.2016), S. 13.
- 7 Tran, Pierre (DefenseNews.com, 12.1.2017): Additional Reaper Drones to Arrive in France in 2019.
- 8 General Atomics (GA.com, 17.2.2016): Spain to Acquire Predator B.
- 9 Defense Security Cooperation Agency (DSCA.mil, 4.11.2015): Italy - Weaponization of MQ-9s.
- 10 Neuerer, Dietmar (Handelsblatt.de, 24.11.2011): IG Metall kämpft für Rüstungsprojekt
- 11 Tauber, Andre (DieWelt.de, 8.7.2014): Europas Drohnen sind jetzt schon veraltet.
- 12 Colin, Clark (BreakingDefence.com, 19.6.2013): European Firms – But Not British — Plead For Help To Build UAVs.
- 13 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrej Hunko, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: Auswahlentscheidung zur Beschaffung von bewaffneten Drohnen. Drucksache 18/7725 (26.2.2016), S. 13.
- 14 Biermann, Kai; Fuchs, Christian (Zeit.de, 31.8.2015): Neue Drohnen für Heer und Marine gesucht.
- 15 Für Prognosen siehe z.B. Jane's Editorial Staff (ihs.com, 21.2.2017): Militaries ramping up use of unmanned ground, sea and air vehicles.
- 16 Für eine ausführliche Analyse siehe Pletsch, Marius (imi-online.de, 26.1.2016): Eine Drohne für Europa.

Kreative Kriegsfinanzierung

Schattenhaushalte, Kriegskassen und Verteidigungsfonds

von Jürgen Wagner

Seit vielen Jahren wird versucht, mehr und mehr Geld für den Rüstungssektor zu mobilisieren – auch und gerade über die Europäische Ebene. Diesbezüglichen Bestrebungen waren lange verhältnismäßig enge Grenzen auferlegt, dominierte doch bis kürzlich eine Auslegung des Lissabon-Vertrages, derzufolge keine militärrelevanten Ausgaben aus dem EU-Budget bestritten werden dürfen. Aus diesem Grund wurde seit Jahren eine beachtliche Kreativität an den Tag gelegt, um diesen Finanzierungsvorbehalt auf die ein oder andere Weise zu umgehen. Besonders nachdem mit Großbritannien aber einer der größten Befürworter des Finanzierungsvorbehaltes in absehbarer Zeit die EU verlassen dürfte, wird nun immer offener auf eine Verwendung von EU-Budgetgeldern für Rüstungszwecke hingearbeitet. Vorläufiger Höhepunkt dieser Entwicklung ist der „Europäische Verteidigungsfonds“, den die EU-Kommission mit ihrem Verteidigungs-Aktionsplan vom 30. November 2016 vorschlug und der der schrankenlosen Verwendung von EU-Geldern für Rüstungszwecke Tür und Tor zu öffnen droht.

1. Der Finanzierungsvorbehalt des Lissabon-Vertrages

Glaut man dem Gejammer aus Politik, Industrie und Militär, so könnte fast der Eindruck entstehen, als habe in den letzten Jahren ein regelrechter Kahlschlag bei den Rüstungshaushalten stattgefunden. Dies ist keineswegs der Fall – im Gegenteil. So liegen die EU-Rüstungshaushalte im Jahr 2015 (neuere Daten liegen noch nicht vor) mit 200 Mrd. doch recht deutlich über denen aus dem Jahr 2001 (177 Mrd.). Hinzu kommt noch, dass der Trend in jüngster Zeit wieder stark in Richtung höherer Rüstungsausgaben geht, woran nicht zuletzt Deutschland mit seinen rasanten Zuwächsen der letzten Jahre einen erheblichen Anteil hat.

Während von Militärsseite seit einigen Jahren eine Art „Kehrtwende“ in Sachen Rüstungsausgaben zwar bejubelt wird, sind die diesbezüglichen nationalen Potenziale logischerweise nicht unerschöpflich. Insofern liegt das Bestreben nahe, sich zusätzliche Quellen zu erschließen. Wie bereits angedeutet, erwies sich dies auf EU-Ebene lange als überaus mühsam, was vor allem dem Finanzierungsvorbehalt in Artikel 41, Absatz 2 des EU-Vertrages geschuldet war, in dem es heißt: „Die operativen Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Kapitels gehen ebenfalls zulasten des Haushalts der Union, mit Ausnahme der Ausgaben aufgrund von Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen und von Fällen, in denen der Rat einstimmig etwas anderes beschließt.“ Lange wurde dieser Passus mehrheitlich derart interpretiert, dass auf dieser Grundlage keinerlei militärrelevanten Ausgaben aus dem EU-Haushalt bestritten werden dürfen. Noch im April 2015 veröffentlichte die EU-Kommission beispielsweise ein Papier, in dem es klipp und klar hieß: „Die Verträge schließen die

Möglichkeit aus, Ausgaben aufgrund von Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen aus dem EU-Haushalt zu finanzieren (Artikel 41 Absatz 2 EUV).“¹

2. Nicht-militärische Militärtöpfe

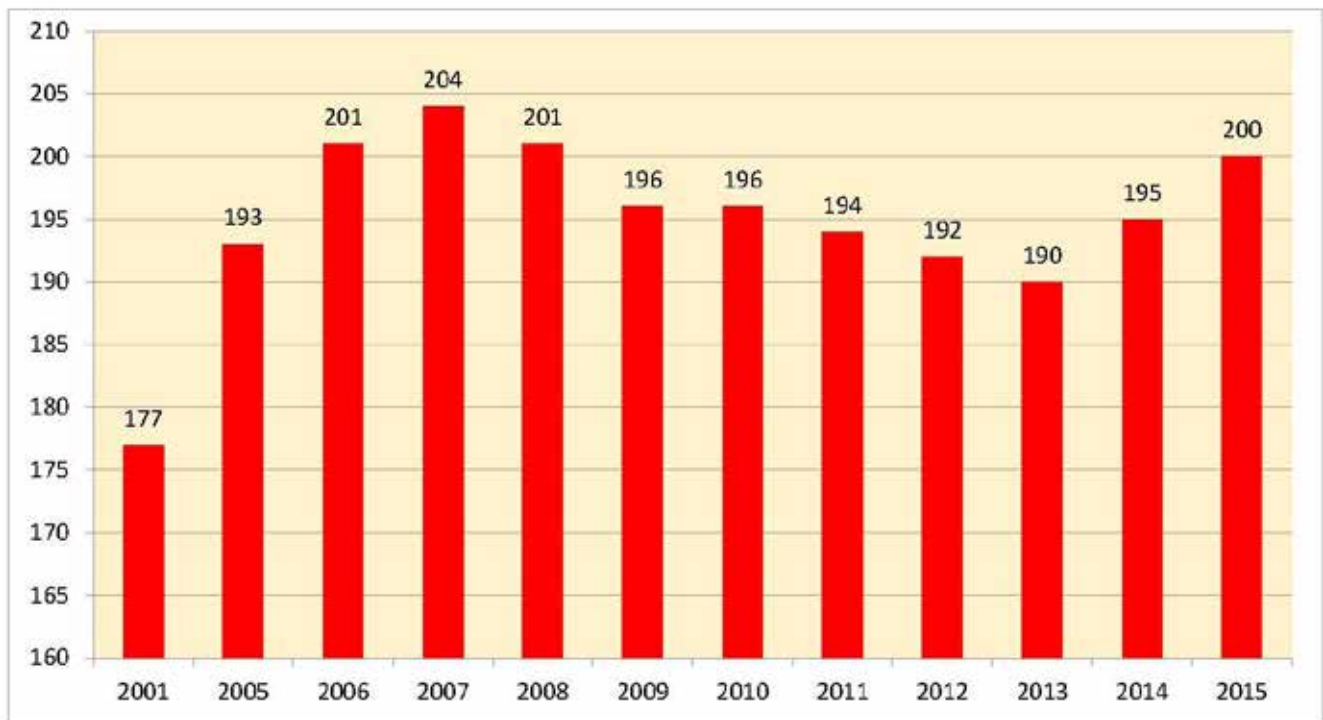
Aufgrund der beschriebenen Begehrlichkeiten ist auf EU-Ebene über die Jahre ein komplexes Geflecht verschiedener Maßnahmen, Initiativen und Töpfe entstanden, um den besagten Finanzierungsvorbehalt so weit als möglich zu unterlaufen, wie der folgende, keineswegs Vollständigkeit beanspruchende Überblick zeigt: So werden rund 10% der Kosten von EU-Militäreinsätzen über einen ATHENA genannten Schattenhaushalt finanziert, in den sämtliche Mitgliedsstaaten (ausgenommen Dänemark) einzahlen – unabhängig davon, ob sie sich an einer bestimmten Operation beteiligen oder nicht.² Auch ist es Usus, Militäreinsätze hin und wieder einfach als „zivil“ zu deklarieren, weil sie so über den Budgettitel der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) finanziert werden können.³ Um besonders krasse Fälle – auch was die Höhe der Beträge anbelangt – handelt es sich bei den beiden EU-Weltraumprojekten Galileo und Copernicus. Obwohl beide eindeutig in nicht zu vernachlässigendem Ausmaß militärischen Zwecken dienen⁴, werden sie aus dem EU-Haushalt finanziert. Für Galileo sind im mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 etwas über 7 Mrd. Euro eingestellt, Copernicus erhält knapp 4,3 Mrd.⁵ Dreist ist auch die „African Peace Facility“ – ihr wurden seit 2004 vor allem für den Aufbau afrikanischer Interventionstruppen und zur Finanzierung von Militäreinsätzen der Afrikanischen Union 1,9 Mrd. Euro entnommen.⁶ Dabei handelt es sich um Gelder, die aus dem „Europäischen Entwicklungsfonds“ stammen!

Obwohl also offensichtlich seit Jahren beträchtliche Anstrengungen unternommen werden, um den EU-Finanzierungsvorbehalt seitlich zu untergraben, wurde seit kurzem zum direkten Frontalangriff übergegangen.

3. Dambruch Verteidigungsfonds

Schon in seiner Rede zur Lage der Europäischen Union im September 2016 kündigte EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker an, einen Vorschlag zur Einrichtung eines Europäischen Verteidigungsfonds präsentieren zu wollen: „Europa muss mehr Härte zeigen. Dies gilt vor allem in unserer Verteidigungspolitik. [...] Eine starke europäische Verteidigung braucht eine innovative europäische Rüstungsindustrie. Deshalb werden wir noch vor Jahresende einen Europäischen Verteidigungsfonds vorschlagen, der unserer Forschung und Innovation einen kräftigen Schub verleiht.“⁷

Konkretisiert wurde diese Absichtserklärung dann mit der Vorlage des „Verteidigungs-Aktionsplans“ der Kommission vom 30. November 2016, der es in der Tat in



EU-Militärausgaben in Mrd. Euro. Quelle: EU-Verteidigungsagentur, die aber erst seit 2005 Daten erhebt. Das Jahr 2001 wurde auf Grundlage von SIPRI-Daten berechnet.

sich hat.⁸ Die Kommission argumentiert darin u.a., dass eine Verwendung von EU-Geldern für den Rüstungssektor eine notwendige Folge der Forderung nach autonomen Kriegsführungsfähigkeiten sei, die in der EU-Globalstrategie vom Juni 2016 und dem daraus abgeleiteten Umsetzungsplan für Sicherheit und Verteidigung vom 14. November 2016 erhoben wird. Dies sei ohne „ausreichende“ Investitionen in die Forschung, Entwicklung und Beschaffung von Spitzentechnologie jedoch nicht realistisch, so die Kommission weiter. Da es den Nationalstaaten seit Jahren nicht gelänge, genug Gelder in den Rüstungssektor zu pumpen, müsse nun eben die EU-Ebene „aushelfen“, so die „Logik“ der Kommission: „Dieser Aktionsplan ist eng verknüpft mit dem Umsetzungsplan für Sicherheit und Verteidigung aus der Globalen Strategie, in dem neue Zielvorgaben für die Union und Maßnahmen zu deren Erfüllung festgelegt sind [...]. Viele Mitgliedstaaten haben ihre Verteidigungsbudgets in den letzten 10 Jahren gekürzt. [...] Ohne nachhaltige Investitionen in den Verteidigungsbereich läuft Europas Industrie Gefahr, nicht über das erforderliche technologische Know How zu verfügen, um die nächste Generation entscheidender Verteidigungsfähigkeiten aufzubauen. Letztlich wird dadurch die strategische Autonomie der Union und ihre Fähigkeit, Sicherheit bereitzustellen, beeinträchtigt.“ (S. 3)

Wie oben bereits ausgeführt, ist die Finanzlage leider bei weitem nicht so düster, wie sie von der Kommission beschrieben wird, nichtsdestotrotz pocht der „Verteidigungs-Aktionsplan“ darauf, es sei dringend erforderlich, dass die Europäer mehr „in die Entwicklung wichtiger Verteidigungsfähigkeiten investieren.“ (S. 3) Zu diesem Zweck solle ein „Europäischer Verteidigungsfonds“ mit zwei Komponenten eingerichtet werden: einem „Forschungsfenster“ und einem „Fähigkeitenfenster“.

Forschungsfenster: Schon im Februar 2016 hatte eine aus Rüstungslobbyisten und Militärpolitikern besetzte und

von der EU-Industriekommissarin einberufene „Gruppe von Persönlichkeiten“ einen Bericht vorgelegt, in dem die Einrichtung eines EU-Rüstungsforschungshaushaltes im nächsten EU-Haushalt (2021-2027) im Umfang von 500 Mio. Euro jährlich gefordert wurde.⁹ Diese Zahl wurde im Anschluss von einem Bericht des EU-Parlaments aufgegriffen¹⁰ und fand dann auch einen Eingang in den Verteidigungs-Aktionsplan der EU-Kommission. Dem Rüstungsforschungshaushalt soll mittels einer „Vorbereitenden Maßnahme“ im Umfang von 90 Mio. Euro der Weg geebnet werden: „Angesichts der Bedeutung der Investitionen in die Verteidigungsforschung, der Größe der nationalen Verteidigungsforschungshaushalte und der hohen Entwicklungskosten für Spitzenverteidigungstechnologie könnten für ein solches ‚Fenster‘ schätzungsweise Mittel von jährlich 500 Mio. EUR erforderlich sein, um eine substantielle Wirkung zu erreichen.“ (S. 8)

Fähigkeitenfenster: Während sich die Einrichtung eines EU-Rüstungsforschungshaushaltes leider schon länger abzeichnete, ist die zweite Komponente des vorgeschlagenen „Europäischen Verteidigungsfonds“ gänzlich neu. Noch nicht einmal in Junckers Rede zur Lage der Europäischen Union vom 14. September 2016, in der von Kommissionsseite erstmals die Einrichtung eines EU-Verteidigungsfonds vorgeschlagen wurde, fand das sog. „Fähigkeitenfenster“ Erwähnung. Über die „bloße“ Forschung hinaus, will man hier einen großen Schritt in Richtung einer (Ko)Finanzierung länderübergreifender Beschaffungsprojekte durch die Europäische Union gehen: „Es [das Fähigkeitenfenster] würde die gemeinsame Finanzierung der Entwicklung und Beschaffung im Bereich der strategischen Prioritäten bei den Fähigkeiten sicherstellen. [...] Der Schwerpunkt dieses ‚Fensters‘ soll auf den Phasen im Anschluss an FuT liegen, d. h. Prototypen sowie die Entwicklung und Beschaffung von Gütern und Technologien. Nach ersten Schätzungen könnte ein Referenzbetrag von 5 Mrd. EUR pro Jahr als Zielmarke

Abbildung 1: Weg zum Europäischen Verteidigungsfonds



Quelle: Verteidigungs-Aktionsplan, S. 7.

dienen. Dies entspricht 2,5 % der gesamten nationalen Verteidigungsausgaben in der EU und 14 % der nationalen Ausgaben für Verteidigungsfähigkeiten.“ (S. 10)

4. Politisch-rechtlicher Eiertanz

Wie gesagt, vonseiten der Mitgliedsstaaten besteht zwar ein großes Interesse, EU-Gelder für militärische Belange „locker“ zu machen. Gleichzeitig wollen sie aber keine Kompetenzen an die suprastaatliche EU-Ebene abtreten. Auch der Kommission ist dies bewusst, weshalb sie versucht, möglichen Bedenken der Mitgliedsstaaten, dass sie die Kontrolle über politisch wie wirtschaftlich wichtige Rüstungsbeschaffungsprozesse verlieren könnten, gleich offensiv entgegenzutreten. Unmissverständlich wird deshalb betont, dass die Mitgliedsstaaten hier den Hut aufhaben sollen: „Die Ermittlung von Prioritäten und die Eigentumsrechte an den Fähigkeiten würden eindeutig bei den Mitgliedstaaten verbleiben, welche derartige Fähigkeiten auch betreiben. [...] Die finanziellen und operativen Entscheidungen in Bezug auf konkrete Projekte und ihre Finanzierungsmodalitäten verbleiben bei den Mitgliedstaaten, die sich am jeweiligen Projekt beteiligen, im Rahmen der auf der Ebene der Dachstruktur festgelegten Regeln.“ (S. 11)

Die Finanzierung des „Fähigkeitsfensters“ soll einerseits durch die Mitgliedsstaaten erfolgen, wobei diesbezügliche Aufwendungen weder den Beschränkungen des Stabilitätspaktes noch sonstigen fiskalischen Strangulierungsmaßnahmen der Troika unterliegen sollen. So zumindest dürfte diese Passage des „Verteidigungs-Aktionsplans“ zu verstehen sein: „Die nationalen Kapitalbeiträge zum ‚Fähigkeitsfenster‘ werden als ‚einmalige Maßnahmen‘ im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumspakts betrachtet und belasten somit nicht die strukturellen Konsolidierungsanstrengungen, die von den Mitgliedstaaten erwartet werden.“ (ebd.)

Auf der anderen Seite betont die Kommission aber auch unmissverständlich ihre Bereitschaft, EU-Gelder für den Verteidigungsfonds heranziehen zu wollen: „Die Kommission wird sämtliche Möglichkeiten der Finanzierung des ‚Fähigkeitsfensters‘ aus dem EU-Haushalt prüfen, die mit den Verträgen im Einklang stehen. Sie ist außerdem bereit, das ‚Fenster‘ mit ihrer finanziellen und technischen Fachkenntnis zu unterstützen.“ (S. 12) Ein

Vorschlag, den die Kommission in diesem Zusammenhang unterbreitet, besteht darin, hierfür die EU-Struktur- und -Investitionsfonds anzuzapfen. Über sie werden in den nächsten drei Jahren insgesamt satte 315 Mrd. Euro ausgeschüttet, wobei aber bislang Militärausgaben ausgeschlossen waren: „Die EU-Struktur- und -Investitionsfonds (ESI-Fonds) können von den Mitgliedstaaten im Verteidigungssektor in Anspruch genommen werden, sofern damit ein Beitrag zu den Zielsetzungen des jeweiligen Fonds geleistet wird [...]. Die Verteidigungsindustrie kann einen Beitrag zu den in den ESI-Fonds festgelegten Zielen leisten und etwa die wirtschaftliche Entwicklung auf regionaler Ebene als Multiplikator für hohe Investitionen in Kompetenzen, Arbeitsplätze und die technologische und wirtschaftliche Entwicklung fördern.“ (S. 14)

Tatsächlich gibt es kaum einen Sektor, in dem Geld unproduktiver angelegt wäre als im Rüstungsbereich, wie diverse Studien bestätigen¹¹, das hält die Kommission jedoch nicht davon ab, so wie hier unablässig das Gegenteil zu behaupten. Entscheidend ist jedoch die Frage, wie die Kommission dem selbsterklärten Anspruch gerecht werden will, dass alle Maßnahmen „mit den Verträgen im Einklang stehen“ müssen. Tatsächlich bestehen erhebliche Zweifel, dass die anvisierten Forschungs- und Fähigkeitsfenster mit dem oben beschriebenen Finanzierungsvorbehalt vereinbar sind. Mit Blick auf den bereits damals diskutierten EU-Rüstungsforschungshaushalt beauftragte die Linken-Abgeordnete Nicole Gohlke den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages (WD) damit, genau diese Vereinbarkeit zu prüfen. Der Sachstand „Zur Zulässigkeit der Haushaltsfinanzierung von Forschung im GSVP-Kontext vor dem Hintergrund des Verbots des Art. 41 Abs. 2 EUV“ gibt einen Einblick, wie künftig die Verwendung von EU-Geldern für militärische Maßnahmen als rechtskonform zurechtgebogen werden soll.

Grob zusammengefasst scheint der WD zu argumentieren¹², Artikel 41(2) beziehe sich lediglich auf „operative Maßnahmen“, worunter im engeren Sinne nur „Operationen“, also Militäreinsätze zu verstehen seien: „Bereits der Wortlaut ‚operative Maßnahme‘ erfasst nach allgemeinem Sprachgebrauch schon nicht Forschungstätigkeiten.“¹³ Auf dieser Grundlage lässt sich im Prinzip dann auch die Finanzierung nahezu sämtlicher erdenklicher Militärausgaben unterhalb der Einsatzschwelle rechtfertigen – und es steht zu befürchten, dass die Entwicklung genau darauf hinauslaufen könnte. Damit wäre dann der Finanzierungsvorbehalt endgültig ad acta gelegt und der Weg freigeräumt, um Milliardenbeträge aus dem EU-Haushalt in den Rüstungssektor umzuleiten.

Anmerkungen

- 1 Kapazitätsaufbau zur Förderung von Sicherheit und Entwicklung – Befähigung unserer Partner zur Krisenprävention und -bewältigung, JOIN(2015) 17, Brüssel, 28.4.2015, S. 9.
- 2 Zwar gibt es immer wieder Versuche, ATHENA auf weitere Bereiche auszuweiten, die aber allesamt bislang scheiterten. Auch die Aktivierung des Anschubfonds nach Artikel 41 des Lissabon-Vertrags, mit dem ebenfalls Teile der Kosten für Militäreinsätze beglichen werden können sollen, gelang bislang nicht.
- 3 Im GASP-Haushaltsplan 2007 bis 2013 waren etwa 2 Mrd. Euro vorgesehen. Für den Zeitraum 2014 bis 2020 sind 2,338 Mrd. Euro eingestellt. Konkret in Mio. Euro: 314 (2014); 321 (2015); 327 (2016); 334 (2017); 341 (2018) 247 (2019); 254 (2020). Siehe EU-ISS Yearbook 2015, Paris 2015, S. 44.

- 4 Wagner, Jürgen: Galileo: Erzteures Militaristenprojekt entpuppt sich als Milliardengrab, [IMI-Standpunkt](#) 2010/040.
- 5 Regulation (EU) No 1285/2013 on the implementation and exploitation of European satellite navigation systems; Regulation (EU) No 377/2014 establishing the Copernicus Programme.
- 6 European Commission: [African Peace Facility](#), o.J.
- 7 Jean-Claude Juncker: Rede zur Lage der Union: Hin zu einem besseren Europa – Einem Europa, das schützt, stärkt und verteidigt, Straßburg, 14.9.2016.
- 8 Europäischer Verteidigungs-Aktionsplan, Brüssel, 30.11.2016 (COM(2016) 950 final). Die im Text folgenden Seitenzahlen beziehen sich auf dieses Dokument.
- 9 Report of the Group of Personalities on the Preparatory Action for CSDP-related research, EUISS, Paris, Februar 2016.
- 10 Siehe den am 22. November 2016 angenommenen Bericht des Europäischen Parlaments zur „Europäischen Verteidigungsunion“ (2016/2052(INI)), in dem festgestellt wird, dass „für das Forschungsprogramm der EU im Bereich Verteidigung in diesem Zeitraum ein Gesamthaushalt von jährlich mindestens 500 Mio. EUR benötigt wird, um glaubwürdig zu sein und Wesentliches zu erreichen“.
- 11 Siehe zum Beispiel eine Untersuchung, die zu dem Ergebnis gelangt, dass in keinem Bereich weniger Arbeitsplätze pro investierter Milliarde entsteht, als im Rüstungssektor: Hartung, William D./Peterson, Natalie: Minimum Returns: The Economic Impacts of Pentagon Spending, Center for International Policy, February 7, 2013, S. 5.
- 12 Für einen zweiten Argumentationsstrang im Gutachten siehe Lösing, Sabine/Wagner, Jürgen: Kreative Kriegsfinanzierung, in: [AUSDRUCK](#) (April 2016), S. 31-37.
- 13 Zur Zulässigkeit der Haushaltsfinanzierung von Forschung im GSVP-Kontext vor dem Hintergrund des Verbots des Art. 41 Abs. 2 EUV, [WD 4 090/15](#), 16. Juni 2015, S. 7.

Ein EU-Militärinstrument mit Entwicklungshilfegeldern?

Aufbauend auf den Erfahrungen, die u.a. mit der nebenstehend angesprochenen „African Peace Facility“ gemacht wurden, nahm der Aufbau lokaler Truppen – im Fachjargon „Ertüchtigung“ genannt – als politisch wie finanziell kostengünstigere Alternative zu direkten Militäreinsätzen in der westlichen Strategieplanung der letzten Jahre immer weiter an Bedeutung zu. Dies gilt auch und gerade für Deutschland, wo 2016 ein eigener Haushaltstitel im Umfang von 100 Mio. Euro (2017: 130 Mio.) hierfür eingerichtet wurde: „Die Praxis der Ausbildung und Ausrüstung von Sicherheitskräften in Drittstaaten ist, ebenso wenig wie die Kritik daran, in Deutschland nicht neu. Allerdings ist sie für die deutsche Politik zunehmend zu einer Art Allzweckwaffe geworden, die sich im Rahmen des neuen ‚Verantwortungsdiskurses‘ legitimieren lässt und die sowohl militärische Machtprojektion und Rüstungsexporte als auch Kontrolle über andere Länder ermöglicht, ohne sich auf langfristige, teure und personalintensive Einsätze einlassen zu müssen – auch wenn sie sich gegenseitig nicht ausschließen müssen!“¹

Dementsprechend war es nicht zuletzt die Bundesregierung, die diesbezügliche Initiativen auf EU-Ebene mit vorantrieb. So veröffentlichten die EU-Außenbeauftragte und die EU-Kommission im April 2015 das Papier „Kapazitätsaufbau zur Förderung von Sicherheit und Entwicklung“, in dem Finanzierungs-

möglichkeiten für sogenannte „Ertüchtigungsmaßnahmen“ ausgelotet wurden. Hierfür werden drei Optionen präsentiert: „i) Vorschlag zur Anpassung der Friedensfazilität für Afrika, um deren Beschränkungen abzubauen; ii) Einrichtung einer Fazilität für die Verknüpfung von Frieden, Sicherheit und Entwicklung im Rahmen eines oder mehrerer bestehender Instrumente; iii) Einrichtung eines spezifischen Instruments zu diesem Zweck“.²

Die bislang neueste Entwicklung in diesem Zusammenhang geht auf den Juli 2016 zurück, als die EU-Kommission den Mitgliedsstaaten eine Initiative zur „Änderung der Verordnung“ des Friedens- und Stabilitätsinstrument (IcSP) übergab, das augenscheinlich künftig auch Ertüchtigungsmaßnahmen finanzieren soll: „Demnach sollen dessen Mittel unter ‚außergewöhnlichen Umständen‘ künftig auch für den ‚Aufbau von Kapazitäten militärischer Akteure in Partnerländern verwendet werden‘ dürfen. Dies hätte auch die ‚Bereitstellung von Ausrüstung‘ einzuschließen.“³ Gleichzeitig sollen womöglich Mittel hierfür aus der Entwicklungshilfe in das Instrument für Stabilität „umgeleitet“ werden, was unter anderem von Brot für die Welt im Herbst 2016 kritisiert wurde: „Das ‚Instrument für Stabilität und Frieden‘ wurde 2014 geschaffen, um die EU-Politik in den Bereichen Krisenreaktion, Konfliktverhütung, und Friedenskonsolidierung wirksamer zu machen. Der

Aufgabenkatalog ist breit und schon jetzt mit den vorhandenen Haushaltsmitteln kaum zu bewältigen. Die zusätzliche Finanzierung militärischer Funktionen aus diesem Topf würde unweigerlich auf Kosten der Mittel für zivile Ansätze gehen. Die Kommission schlägt vor, den Haushalt des IcSP (2,338 Milliarden Euro für die Jahre 2014 bis 2020) um 100 Millionen Euro zu erhöhen, sagt aber nicht, wie sie die Mittel dafür aufbringen will. In Brüssel wird diskutiert, dafür Gelder aus dem Instrument für Entwicklungszusammenarbeit (Reserven aus dem Fonds für Armutsbekämpfung) umzuwidmen. Brot für die Welt lehnt diese Pläne ab. Eine Umwidmung von Entwicklungsgeldern wäre unverantwortlich angesichts der Tatsache, dass die Mittel für Entwicklung dringend gebraucht werden, um strukturelle Ursachen von Konflikten und Migration anzugehen.“⁴

Inzwischen ist die Änderung so gut wie eingetütet und soll noch 2017 in Kraft treten.

Anmerkungen

- 1 Mickan, Thomas: Die Politik der militärischen Ertüchtigung, RLS-Studien 4/2016, S. 5.
- 2 Kapazitätsaufbau zur Förderung von Sicherheit und Entwicklung, JOIN(2015) 17, [Brüssel](#), 28.4.2015, S. 13.
- 3 Rüstungsexportbericht 2016 der GKKE, Dezember 2016, S. 81.
- 4 Entwicklungsgelder für Militärfinanzierung, Brot für die Welt, [Pressemitteilung](#), 11.10.2016.

EUropas Migrationsabwehr Hoch Drei

Die fortschreitende Militarisierung entlang Europas äußeren, vorverlagerten und inneren Grenzen

von Jacqueline Andres

Mit dem Voranschreiten der Militarisierung und Technologisierung der EU-Migrationspolitik vergrößert sich eine klaffende Diskrepanz zwischen der die Menschenrechte achtenden und den Frieden fördernden Selbstdarstellung der EU und ihren politischen Maßnahmen. Seit Juni 2015 wurden drei Militärmissionen ins Leben gerufen, um Schleusernetzwerke zu bekämpfen und offiziell somit Migrant_innen vor dem Ertrinken im Mittelmeer zu „bewahren“. Doch die Anzahl der Todesfälle stieg im Jahr 2016 auf ein Rekordhoch.¹ Die voranschreitende Militarisierung des Mittelmeeres macht jedoch nur einen Bestandteil des EU-Grenzregimes aus. Allgemein sind die Versuche der Migrationskontrolle durch die EU in drei Ebenen aufteilbar: in die Vergrenzung entlang der äußeren, vorverlagerten und inneren Grenzen. Bereits seit der Schaffung des Schengenraums bemühten sich die Mitgliedstaaten um eine Etablierung und Sicherung der EU-Außengrenze, sowie um eine Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitstaaten in der Migrationspolitik und ließen seit dem Abkommen von Schengen, die rechtlichen Möglichkeiten offen, den „freien“ Personenverkehr zu kontrollieren und zu steuern. Doch innerhalb der letzten Jahre intensiviert die EU diesen dreiteiligen Vergrenzungsprozess, der mehr denn je verdeutlicht, dass die Sicherheit, Rechte und Würde von Migrant_innen für die vorrangige Vision einer Migrationskontrolle bereitwillig aufs Spiel gesetzt werden.

EU-Außengrenzen: Zäune, Militärmissionen und Überwachung

Die Militarisierung der EU-Außengrenzen schreitet einerseits mit neu errichteten Grenzzäunen bzw. -mauern voran. Abgesehen von den berüchtigten Grenzzäunen der spanischen Enklaven Ceuta und Melilla, die bereits 1993 bzw. 1996 an der marokkanischen Mittelmeerküste errichtet wurden, erstrecken sie sich mittlerweile auch zwischen Bulgarien und der Türkei und trennen im Norden der EU Norwegen, Estland und Lettland von Russland. Zusätzlich bekämpfen im Mittelmeer ganze drei Militäroperationen – an denen sich die Bundeswehr maßgeblich beteiligt – offiziell Schmuggler_innennetzwerke. Dazu zählt die seit Juni 2015 aktive Operation European Naval Forces Mediterranean (EUNAVFOR MED), welche das Seegebiet des Libyschen Meeres patrouilliert. Die Europäische Union rief diese Operation ins Leben, nachdem die Bundesregierung als Reaktion auf zwei große Schiffsbrüche die Fregatte „Hessen“ und den Einsatzgruppenversorger „Berlin“ ins Mittelmeer schickte. Das Konzept der EU-Mission besteht aus unterschiedlichen Phasen: Zunächst sollte die Mission ein Lagebild erstellen und dann – in der aktuellen Phase – verdächtige Schiffe in internationalen Gewässern anhalten, kontrollieren und die von Schmuggler_innen benutzten Boote konfiszieren und gegebenenfalls zerstören. In der darauf folgenden Phase weitet sich der Einsatzbereich auf die libyschen

Gewässer aus und in einer potenziellen Abschlussphase ist eine Entsendung von Bodentruppen zur Bekämpfung von Schmuggler_innen auf libyschem Territorium vorgesehen.²

Federica Mogherini, die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, schlug den EU-Mitgliedsstaaten im September 2016 vor, den Namen der Mission von EUNAVFOR MED in Anlehnung an das im August 2015 auf der Fregatte „Schleswig-Holstein“ geborene Kind einer von den Soldat_innen geretteten somalischen Frau, in Operation Sophia umzubenennen: „Damit ehren wir die Leben der Menschen, die wir retten, die Leben der Menschen, die wir beschützen wollen, und damit senden wir die Nachricht in alle Welt, dass die Bekämpfung von Schmugglern und krimineller Netzwerke eine Art ist, um Menschenleben zu beschützen.“³ Laut eines von Wikileaks veröffentlichten Halbjahresbericht des Kommandeurs der Mission, Enrico Credendino, passten die Schmuggler_innen ihr Geschäftsmodell an die erhöhte Militärpräsenz schlicht an und verwendeten nun unsicherere Gummiboote statt der zuvor genutzten Holzboote.⁴ Damit steigt das Risiko eines Schiffsbruchs und folglich auch die Zahl der Opfer des europäischen Grenzregimes. In dem gleichen Bericht betont Admiral Credendino eine andere von der EU-Mission ausgehende Nachricht: „Die EU ist in der Lage, eine militärische Operation innerhalb einer Rekordzeit auf die Beine zu stellen und zeigt dabei eine starke Entschlossenheit und eine bemerkenswerte Einigkeit, ihr gemeinsames Ziel zu erreichen“.⁵ Im Juni 2016 erweiterte der Rat der Europäischen Union die Mission um zwei zusätzliche Unterstützungsaufgaben: die eingesetzten Streitkräfte sollen auch die durch den UN-Sicherheitsrat autorisierte Durchsetzung des Waffenembargos gegen Libyen garantieren und den libyschen Küsten- und Grenzschutz ausbilden. Dies ist kritisch zu bewerten, da diese Versuche im Rahmen der European Border Assistance Mission (EUBAM) Libya im Jahr 2013 u. a. scheiterten, als sich ein Teil der ausgebildeten Kräfte im Bürgerkrieg General Chalifa Haftar anschloss.⁶ EUBAM Libya wurde aufgrund der Sicherheitslage nach Tunesien verlegt. Die Ausbildung ehemaliger Milizengruppen zum Küstenschutz ist ein heikles Unterfangen, da keine staatliche Institution eine tatsächliche Kontrolle über die Ausgebildeten gewährleisten kann. Zudem ereigneten sich im Laufe der vergangenen Monate mehrere Angriffe des libyschen Küstenschutzes auf nicht-staatliche Organisationen, die versuchen, Rettungsaktionen im Mittelmeer durchzuführen.

Die zweite Mission, der NATO Ägäis-Einsatz, wurde zu Beginn des Jahres 2016 auf Initiative der Bundesregierung mit der türkischen und griechischen Regierung konzipiert. Dieser Einsatz zielt offiziell ebenfalls durch Lagebilderstellung, Aufklärung und Informationsgewinnung auf eine Zerschlagung der Netzwerke von Schmuggler_innen ab – doch der Einsatzbereich umschließt zugleich auch den Zugang der russischen Ma-

rine vom Schwarzen ins Mittelmeer und zu ihrem dortigen Militärstützpunkt in der syrischen Hafenstadt Tartus. Diese Mission ist eine diplomatisch geschickte Lösung, um eine permanente Militärpräsenz unweit der Kriegsgeschehnisse in Syrien und der Türkei zu begründen. Bestätigung findet diese Annahme u. a. in der von hochrangigen NATO-Strategen – wie u. a. Karl-Heinz Kamp, dem Präsidenten der Bundesakademie für Sicherheitspolitik – erstellten und vom German Marshall Fund im März 2016 veröffentlichten Studie „Nato in a World of Disorder“: „Russland wird seine Rückkehr als Sicherheitsakteur am Mittelmeer konsolidieren [...]. Ein Resultat dessen wird das Ausgreifen von militärischen Risiken zwischen der NATO und Russland nach Süden sein, zum Schwarzen Meer und dem östlichen Mittelmeer.“⁷ Die Autor_innen der Studie plädieren daher für eine „robustere Rolle im Süden“ der NATO. Vorgesehen ist in der Mission, gerettete Migrant_innen wieder in die Türkei zurückzuweisen, es sei denn, diese haben eine türkische Staatsangehörigkeit. Damit wird die noch im Jahr 2012 vom EU-Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg als illegales Handeln eingestufte Methode der Rückweisungen⁸ auf Hoher See normalisiert und politisch rehabilitiert.

Als Bindeglied zwischen diesen beiden Missionen fungiert seit Oktober 2016 die im gesamten Mittelmeerraum aktive NATO Operation Sea Guardian. Sie knüpft mit einer Umbenennung und Mandatsänderung auf die im Zuge der Ausrufung des Bündnisfalles 2001 kreierte Anti-Terror-Mission Active Endeavour an. Streitkräfte auf Durchfahrt sollen in sie eingegliedert werden und einerseits Informationsgewinnung und Aufklärung an die genannten Missionen weitergeben und zugleich ebenfalls das Waffenembargo gegen Libyen durchsetzen.

Gemein ist allen drei aufgeführten Missionen ihr unklares Missionsende, ihre dynamische Ausweitung der ihr zugrunde liegenden Mandate und ihre Anspruchserhebung auf eine permanente Kontrolle des wirtschaftlich und geopolitisch wichtigen Mittelmeeres. Sie schaffen ein Laboratorium, um das Zusammenarbeiten unterschiedlicher Sicherheitskräfte, Ministerien und Staaten zu üben – auch im Hinblick auf die Anwendung neuer Technologien und Überwachungssysteme. Entgegen offizieller Aussagen der EU besteht keinerlei politischer Wille, das kontinuierliche Sterben von Migrant_innen zu beenden. Die Verantwortung schreiben unterschiedlichste Regierungsvertreter_innen und Repräsentant_innen der EU den Schmuggler_innen zu, die es zur Rettung der Migrant_innen zu bekämpfen gelte. Dabei sind es die fatale von der EU gestützte neoliberale Wirtschaftspolitik, die Stärkung repressiver Diktaturen durch Waffenexporte und den Aufbau von Sicherheitsapparaten im Rahmen von EU-Programmen und die zahlreichen Militäreinsätze, die den Menschen jegliche Zukunftsperspektive im eigenen Land nehmen und sie dazu antreiben, die riskante Reise zu wagen. Doch die lebensgefährliche Reise an Europas Grenzen beginnt für viele nicht und endet auch nicht im Mittelmeer.



Die Bundesmarine im Rahmen von EUNAVFOR MED im Einsatz.
Quelle: CSDP EEAS via Flickr

Europas Grenzvorderverlagerung

Die Grenzvorderverlagerung in die Herkunfts- und Transitländer schreitet seit der Gründung der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX im Jahr 2004 kontinuierlich voran. Im Prinzip besteht die Grenzvorderverlagerung vor allem aus folgenden vier Komponenten: Rückführungsabkommen zur erleichterten Abschiebung unliebsamer Flüchtlinge, Errichtung so genannter Auffanglager in den Transit- und Herkunftsländern, Ausbildung lokaler Grenzschützer_innen und anderer „Sicherheitskräfte“ sowie aus ihrer materielle Ausrüstung.

Zu den frühen Beispielen der Grenzvorderverlagerung zählt die Zusammenarbeit Spaniens mit Senegal, Mauretanien und Marokko. Während die Kanaren im Jahr 2006 noch eines der Hauptankunftsziele von Migrant_innen aus Westafrika waren, verspernte diese multi-laterale Kooperation mit der FRONTEX-Operation Hera diesen Durchfahrtsweg für die Migrant_innen größtenteils. Der im gleichen Jahr als Plattform ins Leben gerufene Rabat-Prozess stärkte einen Zusammenschluss in der Migrationsbekämpfung entlang der so genannten westlichen Migrationsroute. Zu den Initiatoren dieses Prozesses, welcher auch unter dem Namen „Euro-Afrikanischer Dialog“ bekannt ist, zählen Frankreich, Spanien, Marokko und Senegal. Mittlerweile ist er zu einer von 27 afrikanischen und 31 europäischen Ländern gemeinsam mit der Europäischen Kommission und der des westafrikanischen ECOWAS-Verbands gestützten Plattform angewachsen.⁹ Im Laufe des letzten Jahrzehnts wurden darüber hinaus zahlreiche bilaterale Abkommen zur erleichterten Rückführung aus Europa und zur Stärkung von Grenzkontrollmechanismen in den Herkunfts- und Transitstaaten abgeschlossen. Einen neuen deutlichen An Schub erhielt die Grenzvorderverlagerung im Jahr 2014 nach dem Europa-Afrika-Ministertreffen in Rom. Dort beschlossen Regierungsvertreter_innen aus insgesamt 58 europäischen und afrikanischen Staaten, den Khartum-Prozess als ostafrikanisches Pendant zum Rabat-Prozess. Bei dem Treffen im ägyptischen Sharm-el-Sheikh im April 2015 stellte der Lenkungsausschuss (bestehend aus der EU-Kommission, dem Europäischen Auswärtigen Dienst, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Malta auf der euro-



Ein Abschnitt des Grenzzauns von Melilla. Dieser wurde zuletzt 2013 ausgebaut. Quelle: Miguel Gonzalez Novo via Wikipedia

päischen und der Afrikanischen Union, Ägypten, Äthiopien, Sudan und Südsudan auf der afrikanischen Seite) einen Aktionsplan auf, der unter anderem ein von Italien finanziertes Trainingszentrum an der Polizeiakademie in Ägypten vorsieht, in dem Sicherheitsbeamten der in den Khartum-Prozess einbezogenen Länder ausgebildet werden sollen. Gemeinsam mit Italien ist die Bundesregierung laut dem Aktionsplan u. a. zuständig für Informationsstellen für Migrant_innen entlang der so genannten ostafrikanischen Migrationsroute. Die Bundesregierung sicherte ebenfalls die Unterstützung für die Sicherheit und Bildung in und um Aufnahmezentren am Horn von Afrika und bei der Entwicklung nationaler Strategien zur Implementierung der gegen organisierte transnationale Kriminalität gerichteten Palermo Konvention.¹⁰ Nur wenige Monate nach dem Treffen des Lenkungsausschusses in Sharm el Sheikh wurde die Forderung nach einer Umgestaltung der von der EU beauftragten Grenzschutzagentur FRONTEX zum Europäischen Grenz- und Küstenschutz laut. Etwa ein Jahr später nahm dieser im Oktober 2016 mit (Exekutiv-)Befugnissen, erhöhter Personal- und Materialausstattung sowie mit einem Mandat zur Ausweitung der Zusammenarbeit mit Drittländern. Während FRONTEX im Jahr 2005 noch ca. €4 Mio. erhielt, sollen die Ausgaben für den Europäischen Grenz- und Küstenschutz bis 2020 bei rund €322 Mio. liegen.¹¹ Die Entwicklung verschärfte sich entlang der Grenzverlagerung nochmals durch den neuen, von der EU im Juni 2016 verabschiedeten Migrations-Partnerschaftsrahmen. In ihm rückt die EU nicht nur die Migrationsabwehr in den Fokus ihrer Außen- und Sicherheitspolitik, sondern erklärt die Zusammenarbeit in der Migrationsabwehr als Grundvoraussetzung zum Erhalt europäischer Entwicklungsgelder. Ziel ist es u. a., vor allem in den zur Priorität erhobenen Ländern Äthiopien, Mali, Niger, Nigeria und Senegal die Schleuseraktivitäten in Bezug auf Migrant_innen unterbinden, die Zusammenarbeit mit

EUROPOL sowie dem Europäischen Grenz- und Küstenschutz FRONTEX zu stärken und die Rückführung abgelehnter Asylantragsteller_innen deutlich zu erhöhen.¹² Vorbild dieser Strategie ist der Türkei-Deal, in dem die EU der Türkei bis 2018 €6 Milliarden im Gegenzug zu einer strikten Grenzkontrolle und der Rücknahme abgeschobener Flüchtlinge anbot.

Eine zunehmend prominente Rolle nimmt die deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) in der europäischen Migrationsbekämpfung ein. U. a. führt die GIZ ein europäisches Konsortium für das €40 Millionen teure Projekt „Better Border Management“, welches im Rahmen des Khartum-Prozesses entstand. Offiziell steht nach Angaben der Bundesregierung „die Unterstützung der Länder am Horn von Afrika beim Migrationsmanagement, dem Schutz von Migranten, Information über die Gefahren irregulärer Migration sowie der Bekämpfung des Menschenhandels und der Schleuser“ im Zentrum des Vorhabens.¹³ Auch bilaterale Abkommen verstärken die Grenzverlagerung der EU-Außengrenzen. Im März 2017 reiste Bundeskanzlerin Angela Merkel beispielsweise nach Nordafrika, um mit der tunesischen und ägyptischen Regierung Abkommen bezüglich der Migrationsabwehr zu schließen. Dabei bekräftigte der ägyptische Präsident Abdel Fattah al-Sisi seine Bereitschaft, enger in der Migrationsbekämpfung zusammenarbeiten zu wollen¹⁴ und der tunesische Präsident Béji Caïd Essebsi sicherte zu, innerhalb von 30 Tagen Identifizierungsanfragen aus Deutschland zu beantworten.¹⁵ Deutschland will im Gegenzug dazu ein Registrierungssystem in Tunesien aufbauen, welches verspricht Abschiebungen zu erleichtern. Das bedeutendste Problem bei Abschiebungen aus der EU stellt die durch fehlende Ausweise schwierige Identifizierung der betroffenen Person dar. Ein Abgleich von biometrischen Datenbanken könnte die Identifizierung und damit auch den Abschiebungsprozess erheblich erleichtern und beschleunigen.

Die Grenzvorverlagerung bringt beachtliche Vorteile für die EU mit sich, denn mit ihr kann die EU auch die mit der Migrationsabwehr einhergehenden Rechtsverletzungen vorverlagern. Die EU ermutigt durch ihre an Kooperation im Bereich der Migrationsbekämpfung gebundene Finanzhilfen Herkunfts- und Transitstaaten, in denen eine desolante Menschenrechtslage besteht, zum Foltern, zu Rechtsverletzungen und Rücknahme von Migrant_innen anderer Nationalitäten. Die oftmals tödliche Migrationsabwehr findet zunehmend fernab der europäischen Öffentlichkeit in Afrika und in Asien statt. Doch nichtsdestotrotz kommen auch innerhalb der EU Grenzzäune und -kontrollen immer deutlicher zu Vorschein.

Die innere Vergrenzung EUropas

Seitdem Ungarn im Jahr 2015 einen 175km langen und 4m hohen Grenzzaun zu Serbien bauen ließ, schotteten zahlreiche europäische Staaten ihre Grenzen durch physische „Barrieren“ ab. Dazu zählen die Grenzzäune bzw. Mauern entlang der Grenze zwischen Mazedonien und Griechenland, Slowenien und Kroatien sowie zwischen Österreich und Ungarn. Meist wird dafür Klingendraht, auch NATO-Stacheldraht genannt, verwendet. Wichtigster Hersteller dieses Stacheldrahts ist das Unternehmen European Security Fencing aus der andalusischen Stadt Malagà.¹⁶ Zahlreiche Staaten führen unter der Anwendung des Racial Profiling Grenzkontrollen durch, um illegalisierte Migrant_innen und Geflüchtete von ihrer Weiterreise abzuhalten. Dazu zählen u. a. die zunächst bis zum 11. Mai 2017 genehmigten Grenzkontrollen zwischen Deutschland und Österreich, Österreich und Slowenien sowie Ungarn, Dänemark und Deutschland und entlang der Häfen von Norwegen, Dänemark und Schweden.¹⁷ Die Kontrollen der Grenzen werden jedoch nicht nur von Sicherheitsbeamten durchgeführt: In Ungarn lobte der Ministerpräsident Boyko Borisov den verschiedenen freiwilligen Milizen für ihre Kooperation mit der Grenzpolizei im Kampf gegen die illegalisierte Migration. Zu ihnen zählt die „Zivile Garde zum Schutz der Frauen und des Glaubens“, welche Migrant_innen festnimmt, bedroht, misshandelt und u. a. in die Türkei zurück bringt.¹⁸

Zu den prominenten Beispielen umkämpfter und militarisierter Grenzorte innerhalb EUropas zählen die nordfranzösische Hafenstadt Calais und die norditalienische Küstenstadt Ventimiglia. Seit bereits mehr als einem Jahr führen die französische Grenzpolizei PAF und die Gendarmerie systematische Grenzkontrollen entlang der Côte d'Azur durch, wobei sie Personen ohne gültige Papiere oftmals unrechtmäßig nach Italien zurückschieben. Nach dem Anschlag in Nizza im Juli 2016 weitete der französische Verteidigungsminister die Operation Sentinelle, welche seit Januar 2015 mit rund 10.000 bis 15.000 Soldat_innen die „innere Sicherheit“ der Republik sichern solle, auf die italo-französische Grenzregion und Touristenziele aus.¹⁹ Auch auf der italienischen Seite widmet sich ein Militäreinsatz, Operation Strade Sicure (Sichere Straßen) seit 2007 u. a. der Migrationskontrolle. Zu dieser gehören auch die am Bahnhof von Ventimiglia stationierten Einheiten, die gemeinsam mit der Polizei und Fahrkartenkontrolleur_innen Migrant_innen ohne die erforderlichen Papiere an der etwa zehnmütigen Fahrt



Steve Jobs, Sohn eines syrischen Migranten, in einem Kunstwerk des Straßenkünstlers Banksy in Calais. Quelle: Wikipedia

nach Frankreich hindern. Die hohe Dichte an Polizei und Soldat_innen zwingt die Migrant_innen dazu, sich zunehmend riskantere Wege abseits von kontrollierbaren Straßen zu suchen, um Frankreich zu erreichen. Seit August 2016 wurden mindestens fünf Menschen entlang der Autobahn oder auf den Zuggleisen überfahren.²⁰ Nachdem die italienische Stadt Como an der Schweizer Grenze aufgrund der verstärkten Grenzüberwachung zwischen Ventimiglia und Menton eine zunehmend wichtige Rolle als Transitort einnahm, setzte die Schweiz im Sommer 2016 mindestens eine mit Infrarottechnologie ausgestattete Militärdrohne im Grenzgebiet zu Italien ein.²¹

Jegliche Form der Selbstorganisation und der Solidarität wird in der Stadt Ventimiglia durch die lokalen Politiker_innen und die Polizei unterbunden. Um nur einige Beispiele zu nennen, wurde unter anderem das selbst organisierte Flüchtlingscamp bei Balzi-Rossi unweit des Grenzübergangs zwischen Ventimiglia und Menton im Sommer 2015 geräumt und darauf folgend auch ein Free-Spot in der Stadt selbst. Die mittlerweile gemieteten Räume des Free Spots in Camporosso, unweit von Ventimiglia, waren wiederholt Ziel von Razzien. In einem weiteren Schritt der Kriminalisierung von Solidarität ordnete der Bürgermeister Ventimiglias, Enrico Ioculano, im August 2016 an, es sei aus hygienischen Gründen nicht mehr zulässig, Migrant_innen, Geflüchteten, Wohnungslosen und generell Menschen in Not mit Nahrungsmitteln zu versorgen.²² Die italienische Polizei wendete im Sommer 2016 vermehrt die Strategie an, die an der Grenze aufgehaltenen Migrant_innen in den Süden des Landes nach Taranto oder sogar auf die Insel Sardinien „zurück“ zuschicken. Die gleiche Strategie, in Grenznähe Ansammlungen von selbst-organisierten Migrant_innen zu zerschlagen und auf die Zentren im Landesinneren zu verteilen, wurde auch in der norditalienischen Stadt Como, in der nordgriechischen Stadt Idomeni unweit der Grenze zu Mazedonien und in der nordfranzösischen Stadt Calais am Ärmelkanal angewandt. Selbst in Paris,

dem Sprungbrett vieler Migrant_innen auf dem Weg nach Calais, wurden wiederholt selbst-organisierte Strukturen um die Metrostation La Chapelle und später in Jaures und Stalingrad geräumt.

Das selbst organisierte Camp von Calais ist im Laufe der letzten Jahre fast schon zu einer kleinen Stadt mit eigenen kommerziellen Strukturen angewachsen – es bildete sich nicht nur ein Raum der Durchreise, sondern auch ein Ort der Permanenz derjenigen, denen Europa keinen Platz geboten hat. Menschen, die aus anderen europäischen Staaten abgeschoben werden sollten oder keine Arbeitserlaubnis erhielten, lebten an dieser abgeäugneten und streng überwachten Küste des verregneten Nordfrankreich in einer Art einzig „freien“, wenn auch nicht unproblematischen Raum.

Die offensichtliche Vergrenzung nach innen zeigt, dass der Schengenraum zahlreiche rechtliche Ausnahmeregelungen geschaffen hat, die weiterhin eine Kontrolle des Personenverkehrs ermöglichen und dieser faktisch nie komplett frei war. Die Kontrollen zwingen an erster Stelle illegalisierte Migrant_innen zu riskanteren Strategien der Grenzüberwindung oder drängen sie in die Arme von Schlepper_innen innerhalb der EU selbst. Doch auch ihre Unterstützer_innen, die eine Unionsbürgerschaft besitzen, sind durch die Grenzkontrollen betroffen und erhalten u. a. Einreiseverbote in bestimmte EU-Mitgliedsstaaten. Durch die ständige Verlängerung der als „vorübergehenden Ausnahmekontrollen“ erklärten Maßnahmen normalisieren die EU-Mitgliedsstaaten die Binnengrenzkontrollen und etablieren somit eine Neudefinition des Schengenraums.

Friedensbewegung vs. EU-Migrationsabwehr

Eine beachtliche Lücke liegt zwischen dieser tödlichen Politik und der offiziellen Selbstdarstellung der EU, in der es heißt: „2012 wurde die EU für ihren Einsatz für Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte in Europa mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Eines der Hauptziele der EU ist es, die Menschenrechte sowohl innerhalb ihrer Grenzen als auch weltweit zu fördern. Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte – dies sind die Grundwerte der EU.“²³ Die Friedensbewegung kann hier ansetzen und diese Diskrepanz hervorheben. Darüber hinaus kann die Friedensbewegung Orte der Militarisierung und Vergrenzung in der eigenen Umgebung ausmachen, um sie als sichtbare Orte potenziellen Protests zu etablieren. Zu diesen zählen Stützpunkte der an der Migrationsbekämpfung beteiligten Bundeswehreinheiten, der Rüstungs-, Sicherheits- und Überwachungsindustrie sowie in die Forschung von Grenztechnologien eingebundene Institute. Zahlreiche Rüstungs- und Sicherheitsunternehmen bedienen einerseits Kriegaakteure und ermöglichen andererseits die Militarisierung von Grenzen, um die durch die Kriege vertriebenen Personen daran zu hindern, Europa zu erreichen. Zeitgleich funktioniert diese kostspielige Technologisierung des Grenzschutzes nicht – Migrant_innen finden bis jetzt immer Wege, nach Europa zu gelangen, auch wenn diese immer riskanter werden. Außerdem funktionieren viele der zahlreichen Überwachungssysteme schlichtweg nicht. Ein Beispiel wäre das EUROSUR, welches theoretisch seit 2013 ope-

rativ sein sollte, doch faktisch fehlt vielerorts noch das National Coordination Centre, welches in allen beteiligten Staaten errichtet und mit den anderen vernetzt werden sollte, um im Zusammenspiel ein flächendeckendes Bild der EU-Außengrenzen in Echtzeit zu erstellen. Wie ein Flüchtling bei der Räumung des so genannten „Jungle“ von Calais sagte, könnte die EU die Grenzen bis hoch in den Himmel ziehen, Menschen würden sie dennoch weiterhin überwinden. Selbstorganisation und Solidarität ziehen diese Diskrepanz zwischen den politischen Entscheidungen der EU und ihres Diskurses in das öffentliche Licht und gefährden die ideologische Hegemonie einer Menschenrechte achtenden und Frieden fördernden EU. Umso wichtiger ist es, der zunehmenden Kriminalisierung von Solidarität und den Zerschlagungsversuchen von Selbstorganisation standzuhalten und zu betonen, dass Geflüchtete keine Gefahr sind, sondern dass sie in Gefahr sind – und die EU sie in Gefahr bringt.

Anmerkungen

- 1 Mediterranean death toll soars, 2016 is deadliest year yet, unhcr.org, 25.10.2016
- 2 Factsheet: European Union Naval Force – Mediterranean Operation Sophia, eeas.europa.eu, 14.02.2017
- 3 Factsheet: European Union Naval Force – Mediterranean Operation Sophia, eeas.europa.eu, 14.02.2017
- 4 EUNAVFOR MED - Operation SOPHIA, Six Monthly Report: June, 22nd to December, 31st 2015, wikileaks.org, 19.01.2016, S.7
- 5 Ebd., S.4
- 6 Matthias Monroy: Von der EU aufgebaute „Grenzschutztruppen“ in Libyen verselbständigen sich, heise.de, 29.05.2014
- 7 Baranowski, Michal und Lete, Bruno: NATO in a World of Disorder: Making the Alliance Ready for Warsaw, German Marshall Fund, März 2016, gmfus.org, S. 16
- 8 ECtHR: Hirsi Jamaa and Others v. Italy, cmiskp.echr.coe.int, 23.02.2012
- 9 Partner countries and organisations, processus-de-rabat.org
- 10 Rat der Europäischen Union: Steering Committee meeting of the EU-Horn of Africa Migration ‘Route Initiative (Khartoum Process), Sharm El Sheikh Plan of Action, statewatch.org, 25.04.2015
- 11 Europäische Kommission: Fact Sheet European Agenda on Migration, europa.eu, 15.12.2015
- 12 Europäische Kommission: Migration Partnership Framework, eeas.europa.eu
- 13 Drucksache 18/11307: Das „Polizeiprogramm Afrika“ der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH und andere Kooperationen mit afrikanischen Polizeieinheiten, dipbt.bundestag.de, 21.02.2017
- 14 Die Zeit: Merkel wirbt für vielfältige Zivilgesellschaft, zeit.de, 02.03.2017
- 15 Die Zeit: Deutschland schließt Abschiedeal mit Tunesien, zeit.de, 03.03.2017
- 16 Matthias Monroy: „Klingendraht 22“ aus Spanien. Das Symbol der Festung Europa, heise.de, 14.09.2015
- 17 Temporary Reintroduction of Border Control, ec.europa.eu, 10.03.2017
- 18 Bulgarian state supports racist groups which are hunting for migrants, bulgaria.bordermonitoring.eu, 13.04.2016
- 19 Soazig Le Nevé: Sentinelle, une opération guettée de toutes parts, acteurspublics.com, 18.07.2016
- 20 Mario Guglielmi: Ventimiglia, quarto migrante morto nei pressi del confine tra agosto ed oggi, rivierapress.it, 05.02.2017
- 21 Francesca Sironi: Droni, controlli, pattuglie: così la Svizzera dà la caccia ai migranti al confine, espresso.repubblica.it, 18.08.2016
- 22 Il sindaco. «Non date cibo ai migranti fuori dai Centri. Rischiano infezioni», ilsecoloxix.it, 13.08.2016
- 23 Die EU –Kurz gefasst, europa.eu

Militarisierung der Polizei

Deutschlands Beitrag zu einem europaweiten Trend

von Martin Kirsch

Ob Fußfesseln für Gefährder, mehr Videoüberwachung, Predictive Policing oder neue Spionagesoftware für das BKA – Polizei und Geheimdienste befinden sich international und insbesondere in Europa auf dem Vormarsch.

Neben neuen Ermittlungs- und Überwachungsmethoden findet aktuell eine massive Aufrüstung der Polizeikräfte von den Spezialeinheiten bis zu den Streifenwagen statt, die in den Medien fast ausschließlich als Gewinn an Sicherheit gefeiert wird. Ausgangspunkt für die derzeitigen Aufrüstungsvorhaben, deren Ende nicht abzusehen ist, waren die Terroranschläge auf die Redaktion des Satiremagazins Charlie Hebdo und einen jüdischen Supermarkt in Paris im Januar 2015. So forderte Roger Lewenz, Innenminister von Rheinland-Pfalz und damaliger Vorsitzender der Innenministerkonferenz, in einem Interview mit der Welt: „Wir müssen für Waffengleichheit sorgen.“¹

Das Szenario, für das sich die Polizei rüsten soll, sind islamistisch motivierte Anschläge, ausgeführt von militärisch ausgebildeten Terroristen, die mit Sturmgewehren, Sprengsätzen und geschützt durch militärische Schutzwesten in europäischen Innenstädten agieren. Dementsprechend werden für die Polizei aktuell neue Schutzwesten, Stahlhelme, Sturmgewehre und Radpanzer eingekauft und das polizeiliche Training mit militärischen Szenarien angereichert. Wichtig für die Einschätzung der Entwicklung ist allerdings, dass sämtliche Aufrüstungsbemühungen der Polizei ihren Ursprung nicht in den Anschlägen von 2015 und 2016 haben, sondern auf älteren Entwicklungen und Strukturen aufbauen. Die medial vermittelten Horrorszenerarien von schießwütigen Attentätern in Paris und Brüssel und zunehmenden Anschlägen auch in Deutschland haben lediglich eingängige Bilder geliefert, um die Finanzmittel zu mobilisieren, mit denen bereits angestoßene Prozesse massiv beschleunigt wurden. Außerdem ist die Präsentation von neuer Ausrüstung und Waffen dienlich, um vermeintliche Handlungsfähigkeit der Innenminister_innen und ihrer Polizeien unter Beweis zu stellen. Völlig unabhängig von der Frage, was die Attentäter motiviert und welche gesellschaftlichen Umstände, z.B. Ausgrenzung von Migrant_innen und Kriegseinsätze deutscher Soldat_innen von Afghanistan bis Mali, sie möglicherweise radikalisiert haben.

Nach dem Anschlag in Berlin im Dezember 2016 konnten so bereits in den Folgetagen auf Weihnachtsmärkten und in Zeitungen in der ganzen Republik neue Waffen und Schutzausrüstungen bestaunt werden. Bis der tatsächliche Attentäter allerdings identifiziert, gefunden und seine Kontakte zu V-Leuten des Verfassungsschutzes² öffentlich bekannt wurden, dauerte es deutlich länger.

Alltägliche Spezialeinheiten?

Nach der missglückten Befreiung israelischer Sportler_innen während der Olympischen Spiele 1972 in München begann der Bundesgrenzschutz noch im selben Jahr mit dem Aufbau der Eliteeinheit Grenzschutzgruppe 9 (GSG

9), die sich bezogen auf Taktik und Bewaffnung an militärischen Spezialeinheiten orientierte.³ Zwei Jahre später beschloss die Innenministerkonferenz ein „Konzept für die Aufstellung und den Einsatz von Spezialeinheiten der Länder und des Bundes für die Bekämpfung von Terroristen“.⁴ Dementsprechend wurden in der Zuständigkeit der Länderpolizeien Spezialeinsatzkommandos (SEK) und Mobile Einsatzkommandos (MEK) eingerichtet, die ebenfalls mit militärischen Waffen und Ausrüstung bestückt wurden.

Diese paramilitärischen Spezialeinheiten sollten in absoluten Ausnahmesituationen wie Geiselnahmen und Terroranschlägen reaktionsfähig sein, aber explizit keine Rolle im polizeilichen Alltagsgeschäft spielen. Nachdem diese Einheiten allerdings erst einmal arbeitsfähig waren, stieg auch die Verlockung, sie einzusetzen. Die Gewalteskalation im Rahmen der Bekämpfung linker Stadtguerillagruppen in den 1970er und 80er Jahren trug ihr Übriges dazu bei. Mittlerweile ist der Einsatz von Spezialeinsatzkommandos zumindest statistisch zu einer Alltäglichkeit geworden. So kam das SEK in Berlin 2015 als bundesweiter Spitzenreiter auf mehr als 500 Einsätze⁵, im Schnitt also rund eineinhalb am Tag. Dabei geht es in einer Vielzahl der Einsätze nicht um akute Terrorakte, Geiselnahmen oder bewaffnete Banküberfälle, sondern um die Durchsetzung von Haftbefehlen und Razzien, wenn Zielpersonen als gefährlich oder bewaffnet gelten. Es reicht aber auch eine vermutete politische oder religiöse Motivation von Tatverdächtigen, die aus Sicht der Polizei schnell zum Vorwurf des Terrorismus führt, um ein SEK auf den Plan zu rufen. So nehmen z.B. Razzien wegen des Verdachts auf islamistischen Terrorismus seit der Festnahme der sogenannten Sauerlandgruppe 2007 kontinuierlich zu.

Gründe für eine Vielzahl der Einsätze sind also nicht mehr akute Notsituationen, in denen die SEKs reagieren sollen. Vielmehr sind die Spezialeinheiten zu einem aktiven Teil der polizeilichen Einsatzgestaltung geworden. So werden aktiv Situationen geschaffen, in denen nach militärischem Vorbild Wohnungen, Geschäftsräume und die Menschen darin überfallen werden. Das bringt ein hohes Risiko für alle Beteiligten mit sich, wie zwei prägnante Beispiele zeigen: Bei einem Einsatz des SEK in Köln 2011 wurde über 100 mal auf die Zielperson geschossen, die schwer verletzt überlebte.⁶ Während einer Razzia gegen einen Hells Angel in Rheinland-Pfalz 2010 schoss der Hausbesitzer durch die geschlossene Wohnungstür, weil er die Polizeibeamten für Einbrecher oder Mitglieder einer verfeindeten Rockergruppe hielt, und tötete einen SEK-Beamten.⁷ Vor Gericht wurde er in der höchsten Instanz wegen Notwehr freigesprochen.⁸

Mit dem bereits angeführten Argument der Waffengleichheit werden seit 2015 in diversen Bundesländern die SEKs aufgestockt und die Ausrüstung und Bewaffnung noch weiter an militärische Spezialeinheiten angepasst, falls dies nicht schon zuvor geschehen war. G36-



Bereitschaftspolizei bei einer Anti-Castor-Demo 2011. Quelle: Montecruz Foto (Libertinus)/CC BY-SA 2.0

Sturmgewehre, wie sie sonst die Bundeswehr einsetzt, sollen die effektive Bekämpfung eines Anschlags wie in Paris sicherstellen. Auch haben einige SEKs die GSG 9 der Bundespolizei angefragt, um von ihr eine Zusatzausbildung im paramilitärischen Häuserkampf zu erhalten.⁹

BFE+ – Speerspitze der Bereitschaftspolizei

Kurz nach den Anschlägen in Paris im Januar 2015 hatte Innenminister de Maizière angekündigt, eine neue Spezialeinheit der Bundespolizei schaffen zu wollen, um eine angebliche „Fähigkeitslücke“ in der Terrorbekämpfung zwischen GSG 9 und Bereitschaftspolizei zu schließen.¹⁰

Die Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten (BFE) der Bereitschaftspolizeien der Länder und des Bundes wurden als Reaktion auf das Brockdorf-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes 1985, befeuert durch die Krawalle am 1. Mai 1987 in Berlin Kreuzberg und die tödlichen Schüsse an der Startbahn West im November 1987, aufgebaut.¹¹ Die BFE sind v.a. für Einsätze bei Demonstrationen, Fußballspielen und sonstigen Großereignissen, bei denen ein erhöhtes Gewaltpotenzial vermutet wird, ausgebildet und ausgerüstet. Sie sollen dort Gewalttäter_innen festnehmen und gleichzeitig gerichtsfeste Beweise liefern. Zudem gehören Observationen, Schleierfahndung sowie Festnahmen und Razzien im Bereich der organisierten und politisch motivierten Kriminalität zu ihrem Aufgabenspektrum.¹² In einigen Bundesländern kommen Notzugriffe bei Geiselnahmen und Amokläufen in Fällen, in denen GSG 9 oder SEK nicht oder nicht schnell genug zur Verfügung stehen, hinzu. So sind die BFE auch Sprungbrett für eine Karriere bei SEK und MEK.¹³

Aus eben diesen Einheiten der Bundespolizei rekrutiert sich jetzt die sogenannte Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit Plus (BFE+). Sie stellt, wie der Name schon nahe legt, eher eine Aufrüstung bestehender Einheiten als

eine neue Spezialeinheit dar. Bereits im Dezember 2015 wurde in Blumberg bei Berlin nach achtwöchigem Training durch die GSG 9 die erste Einheit BFE+ in Dienst gestellt.¹⁴ Vorgehen und Ausrüstung, die bei einer Show in Anwesenheit von Innenminister de Maizière und Bundespräsident Gauck¹⁵ präsentiert wurden, glichen eher schnell beweglichen Kommandosoldaten als den oft schwerfälligen Spezialeinheiten der Polizei. „Wie ein Infanteriezug im Orts- und Häuserkampf“, beschreibt ein Anwesender die Vorführung.¹⁶

Das Zusatztraining der BFE+ dreht sich um das Vorgehen gegen militärisch ausgebildete und bewaffnete Gegner. Es umfasst taktisches Schusswaffentraining, den Objektschutz bei Terrorbedrohung, das Binden von Terroristen, also Häuserkampf in städtischen Szenarien, das Bergen von Verletzten aus der Schusslinie und eine spezielle Sanitätsausbildung zur Erstversorgung von anschlagstypischen Verletzungen.¹⁷ Die ohnehin vorgesehenen Notzugriffe sollen also noch robuster - sprich militärischer - durchgeführt werden können. Dass diese Intention auch verstanden wird, zeigt die Lokalzeitung Märkische Allgemeine, indem sie den Auftrag der BFE+ in eigenen Worten beschreibt: „Terroristen rasch und radikal stoppen und bei Bedarf sofort erschießen.“¹⁸ Hauptaufgabe soll allerdings die länger anhaltende Fahndung nach bewaffneten Terrorverdächtigen sein, um GSG 9 und die SEKs der Länder zu ergänzen, die v.a. auf gezielte Zugriffe spezialisiert sind.¹⁹

Bis Sommer 2017 sollen insgesamt 250 BFE-Beamt_innen der Bundespolizei an den fünf Standorten Blumberg, Sankt Augustin, Bayreuth, Hünfeld und Uelzen eine Zusatzbefähigung erhalten haben und dann das PLUS im Namen tragen.²⁰ Im Alltag sind die BFE+-Beamt_innen allerdings weiterhin in der bekannten RoboCop-Montur bei Demonstrationen und Fußballspielen im Einsatz. Den Rüstwagen mit Sturmgewehren und Zusatzausrüs-

tung haben sie dabei im Regelfall dabei, um von einem Moment auf den anderen zur Anti-Terror-Einheit werden zu können.²¹ Die Einführung dieser Einheiten wird allerdings keine Besonderheit der Bundespolizei bleiben, sondern kann als Startschuss für eine Aufrüstung der BF-Einheiten der Länder gewertet werden. So machte Hamburg, das im Juli 2017 den G 20 Gipfel beherbergt, auf Länderebene Mitte November, kurz vor dem OSZE-Gipfel, den Anfang.

Innensenator Grote und Polizeipräsident Meyer stellen bei einem Pressetermin neue Waffen und Ausrüstung vor.²² Neben neuen Helmen und Schutzwesten gehören jetzt Sturmgewehre der Marke Haenel zum Arsenal der Hamburger BFE. Ebenfalls präsentiert wurde ein Radpanzer mit dem klangvollen Namen „Survivor“ von der österreichischen Firma Achleitner. Das voll gepanzerte Radfahrzeug soll die Besatzung vor Beschuss aus Maschinengewehren und gegen Minen schützen, ist aber auch für offensive Einsätze mit Schießscharten versehen.²³

Zur Fähigkeit der Hamburger Polizei, mit Hochrisikosituationen umzugehen, ließ Grote stolz verkünden: „Die Bundeswehr brauchen wir dafür nicht mehr.“²⁴ Er positionierte sich damit einerseits in der Frage von Bundeswehreinsätzen im Inland und machte gleichzeitig klar, in welche Richtung die Reise der Polizei weiter gehen soll. So stehen Radpanzer auch in diversen anderen Bundesländern auf den Wunschlisten oder werden bereits erprobt.²⁵ Mit Panzerwagen und Sturmgewehren nicht genug holt Hamburg auch einen bundesweiten Trend nach, indem es die einfachen Streifenwagen massiv aufrüstet.²⁶

Streifenwagen als kleinste Anti-Terror-Einheiten

Seit dem Amoklauf an einem Gymnasium in Erfurt 2002 wird in diversen Bundesländern die Einsatztaktik bei Amoklagen schrittweise umgestellt. Die Besatzungen der Streifenwagen, die als Erstes am Tatort ankommen, sollen nicht mehr wie zuvor v.a. das Gelände großflächig absperren und auf das Eintreffen des SEK warten. Vielmehr ist gefordert, aktive Schütz_innen schnellstmöglich mit Waffengewalt zu stellen²⁷ oder zumindest abzulenken. Seit 2006 wurde in NRW ein spezielles Training für Streifenbeamte auf Landesebene eingeführt, das jährlich wiederholt wird. „Ihr Übungsziel ist, den oder die vermeintlichen Amokläufer so schnell wie möglich unschädlich zu machen.“²⁸ Andere Bundesländer folgten diesem Beispiel. Baden-Württemberg wiederum ist seit dem Amoklauf in Winnenden 2009 Vorreiter dabei, seine Streifenwagen mit Stahlhelmen, schwereren Schutzwesten und Maschinenpistolen zu bestücken und die Besatzungen im Umgang damit zu schulen. Seit 2011 sind alle Streifenwagen mit diesen Zusatzpaketen ausgestattet.²⁹ Damit kehren Maschinenpistolen, die in Zeiten der RAF-Fahndungen angeschafft bzw. ausgegeben wurden, wieder in die Streifenwagen zurück.

Die Innenministerkonferenz im Juni 2015 in Rheinland-Pfalz scheint auch ohne offiziellen Beschluss der Startschuss für die flächendeckende Aufrüstung in den Bundesländern gewesen zu sein, auch wenn die jeweiligen Schritte sich in einem föderalen System unterscheiden. So werden die mittlerweile teils als Anti-Terror-Trainings bezeichneten Ausbildungen in diversen Bundesländern

massiv ausgeweitet. Streifenbeamt_innen sollen nicht nur gegen Amokläufer_innen, sondern auch gegen Terrorist_innen in einem Szenario nach dem Vorbild der Anschläge in Paris 2015 aktiv vorgehen können. Dafür wurden mittlerweile bundesweit mindestens ein Teil der Streifenwagen mit neuen Schutzwesten ausgerüstet und Waffenkästen mit Maschinenpistolen installiert.³⁰ In einigen Bundesländern kommen militärische Schutzhelme sowie kugelsichere Decken oder Schilde hinzu. Baden-Württemberg, wieder am schnellsten, lässt ausgewählte Streifenpolizist_innen sogar unter Einbeziehungen des SEK die Bekämpfung von Terroristen trainieren.³¹

Während in anderen Bundesländern die Ausschreibungsverfahren für neue Maschinenpistolen noch laufen, hat Brandenburg bereits begonnen, die alten MP5 mit dem neueren Modell MP7 zu ersetzen.³² Die Maschinenpistole MP7 von Heckler & Koch hat eine höhere Reichweite und Durchschlagskraft und wird deswegen von der Bundeswehr in Kampfeinsätzen und von Spezialkräften der Polizei verwendet. Wo die alten Maschinenpistolen im Bestand bleiben, werden sie teils mit Zieloptiken und Doppelmagazinen ausgestattet. In der Aufrüstungsspirale mit Maschinenpistolen nicht zufrieden setzt Schleswig-Holstein noch einen drauf und plant knapp 250 Streifenwagen mit G36c-Sturmgewehren auszustatten.³³ Ein Vorhaben, das selbst im tiefsten Deutschen Herbst undenkbar gewesen wäre, scheint im aktuellen Sicherheitsdiskurs seinen Schrecken für die breite Öffentlichkeit völlig verloren zu haben.

Ob einfache Streifenbeamt_innen bei rund zwei Tagen Schießtraining im Jahr mit diesen Schnellfeuerwaffen überhaupt umgehen können, ist für die Innenminister offensichtlich nicht von Belang. Seitdem die Maschinenpistolen erst einmal im Kofferraum sind, tauchen sie auch vermehrt in polizeilichen Maßnahmen auf. So zum Beispiel in der Reaktion auf eine Anschlagswarnung in Essen am 11.03.17, wo ein gesamtes Einkaufszentrum für einen Tag von waffenstrotzenden Polizist_innen abgeriegelt wurde.³⁴

Europäische Dimension

Die Aufrüstung von Polizeikräften seit 2015 ist kein rein deutsches Phänomen. So beschwerten sich Länderinnenminister im letzten Jahr gar, dass sie ihre Aufrüstungsvorhaben nicht in der gewünschten Zeit umsetzen könnten, weil der Markt für Polizeiwaffen und -ausrüstung in der EU nahezu leer gekauft wäre. Beispiele dafür sind Maßnahmen in Österreich, wo ebenfalls von den Streifenwagen bis zu den Spezialeinheiten neue Ausrüstung und Waffen beschafft werden,³⁵ aber auch Frankreich, das vergleichbar mit den BFE+ Polizeieinheiten, deren Auftrag eigentlich nicht die Terrorbekämpfung ist, mit schwereren Waffen ausstattet, um auch in diesem Feld agieren zu können.³⁶

Die Aufrüstung der Polizeien in Deutschland hat aber auch unabhängig von den Entwicklungen in den Nachbarländern eine Europäische Dimension. So wurde 2002 der ATLAS-Verband gegründet und 2009 auf EU-Ebene formalisiert. Hinter dem mythischen Namen verbirgt sich ein in der Öffentlichkeit kaum bekannter Zusammenschluss von polizeilichen und militärpolizeilichen Spezialeinheiten in Europa.³⁷ Dort sollen die Einheiten



Polizeipanzer von Rheinmetall. Quelle: CC BY-SA 4.0/Wikimedia Commons

Taktiken austauschen und gemeinsam trainieren, um die Grundlage für gemeinsame Einsätze in den Partnerländern zu schaffen. Mit der Verabschiedung der sogenannten Solidaritätsklausel, Artikel 222 der Lissabonverträge, die 2009 in Kraft traten, sind solche Einsätze jetzt auch auf EUropäischer Ebene gesetzlich geregelt. So kann ein EU-Land nach Terroranschlägen oder Naturkatastrophen von Katastrophenschützer_innen bis zu Soldat_innen Unterstützung aus anderen Staaten anfordern. Wenn auch nicht offiziell auf dieser Grundlage war während des Amoklaufs im Juli 2016 in München auch die österreichische Spezialeinheit EKO Cobra in der Stadt unterwegs.³⁸

Angesichts der Entwicklungen im Süden der EU ist der umgekehrte Fall allerdings wahrscheinlicher. So schafft Deutschland aktuell nicht nur Kapazitäten, um schwer bewaffnete Polizeikräfte auf deutschen Straßen einzusetzen, sondern auch, um hochgerüstete Spezialeinheiten in andere EU-Staaten zu entsenden. Ob die Entsendung im Rahmen der Terrorbekämpfung oder in der Auseinandersetzung mit Streikenden oder sozialen Unruhen passiert, lässt Artikel 222 der EU-Verträge dabei bewusst offen.³⁹ Der notwendige Widerstand gegen die massive Aufrüstung der Polizei sollte sich also nicht auf nationale Grenzen beschränken, kann sich aber auch von Beispielen wie in Frankreich inspirieren lassen, wo selbst in Zeiten des Ausnahmezustandes offensiv die Entwaffnung der Polizei diskutiert und gefordert wird.⁴⁰

Konsequenzen der Aufrüstung

Was die konkreten Triebfedern der einzelnen Akteure der Militarisierung der Polizei sind, bleibt unklar. Wäh-

rend einige Innenminister so wirken, also ob sie aus einer Mischung aus Panik vor Terroranschlägen und einer perversen Freude an neuem Kriegsspielzeug handeln, scheinen andere in der Öffentlichkeit ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen zu wollen. Aber auch die bewusste Entscheidung, aufzurüsten, um vorbereitet zu sein, falls die Exportmaschine Deutschland und das Erfolgsmodell Europa ins Wanken geraten, ist ein möglicher Antrieb. Zugzwang auch für zurückhaltendere Entscheidungsträger_innen entsteht, sobald ein Bundesland oder der Bund einen weiteren Schritt der Militarisierung einleiten, um sich nicht dem Vorwurf aussetzen zu müssen, nicht genug getan zu haben. Die gesellschaftlichen Konsequenzen werden allerdings unabhängig von der Motivation einiger Innenminister und politischer Scharfmacher_innen wirksam werden.

So bricht sich im Zuge der Militarisierung der Polizei ein ohnehin bestehender „ziviler“ Markt für die Rüstungsindustrie Bahn, der bereits jetzt die Aufrüstungsspirale weiter befeuert. Wie bereits aus dem militärischen Waffengeschäft bekannt findet eine ernst gemeinte Debatte oder gar eine transparente Rüstungskontrolle auch im Bereich der Polizei nicht statt.

Die propagierte Logik der Waffengleichheit kennt aber kein Ende. Sollten Terroristen in einem Gedankenspiel an einen Panzer kommen, bräuchte die Polizei folgerichtig auch panzerbrechende Waffen. Die Militarisierung der Polizei lässt sich allerdings als rein materielles Phänomen betrachtet nicht begreifen.

„Die Ausstattung mit spezifischen Waffen drückt die politische Bereitschaft zum Einsatz dieser Waffen aus. Zudem programmiert die Ausstattung mit spezifi-

schen Waffen die Lösung innergesellschaftlicher Konflikte bis in Alltagssituationen hinein vor. In der Bewaffnung äußern sich Auftrag und Selbstverständnis der Polizei.“⁴¹

Der infolge des 11. September 2001 ausgerufene „Krieg gegen den Terror“, der bereits einen grundlegenden Wandel in Bundeswehr und Geheimdiensten bewirkt hat, schlägt sich jetzt auch im gesamten Polizeiapparat nieder. In einem militärischen Gedankenmuster sollen Attentäter_innen, oder diejenigen, die dafür gehalten werden, nicht mehr vor Gericht gezerzt, sondern unschädlich gemacht werden.

Eingepackt in kriegstaugliche Schutzausrüstung und ausgestattet mit Schnellfeuerwaffen findet zwangsläufig auch ein Mentalitätswechsel der einzelnen Polizist_innen statt. Das gerne behauptete Selbstbild als „Freund und Helfer“ wird zunehmend vom Ideal des Kriegers abgelöst, was sich auch im Alltag auswirkt. Einfühlsamkeit, deeskalierendes Verhalten und alternative Lösungssuche in Stresssituationen, schon zuvor keine Stärke der Polizei und nie für alle Bevölkerungsgruppen zu haben, rücken noch weiter in den Hintergrund. Stattdessen nimmt die Distanz zur Bevölkerung zu, die in der Konsequenz zu einem Nullsummendenden - du oder ich/ töten und getötet werden – führt.

Die Auswirkungen betreffen allerdings nicht nur diejenigen, die als Terrorist_innen gejagt werden.

Vielmehr wird Sicherheit noch konsequenter als bereits zuvor nicht mehr als soziale Sicherheit, Befriedung gesellschaftlicher Spannungen oder gar Streben nach Konsens verstanden, sondern als Ordnung, die von einem starken Staat durchgesetzt werden muss. Das propagierte autoritäre Verständnis von Sicherheit kommt somit nur denjenigen zugute, die ohnehin von der herrschenden Ordnung profitieren und sich deswegen vor den zunehmenden Gewaltmitteln des Staates keine Sorgen machen müssen. Für alle anderen ist es höchste Zeit diese Entwicklungen ernst zu nehmen und sich über Optionen des Widerstand Gedanken zu machen.

Anmerkungen

- 1 Manuel Bewarder und Martin Lutz: „Die Polizei braucht schwere Waffen“, welt.de, 06.03.15.
- 2 „V-Mann fuhr Amir mindestens einmal nach Berlin“, spiegel-online.de, 14.01.17.
- 3 Stefan Stolle: „Kämpfer, die wir nicht brauchen - Grenzschutzgruppe 9‘ und ‚Kommando Spezialkräfte‘“, cilip.de, 29.08.03.
- 4 „Spezialeinheiten Polizei in NRW (SEK, MEK, VG & TEG)“, polizei-nrw-bewerbung.de, abgerufen: 01.12.16.
- 5 „Spezialeinheiten 1.985 Mal in Berlin 2015 im Einsatz“, sek-einsatz.de, 25.01.16.
- 6 Wegen einer Morddrohung im Rahmen eines Sorgerechtsstreits sollte der Verdächtige festgenommen werden. Er hielt die SEK-Beamten, die auf sein Auto zustürzten allerdings für Autodiebe und versuchte sich zu wehren. Die Pistole in seinem Auto kam dabei nach Aussagen seines Anwaltes nicht zum Einsatz. Axel Spilker: „109 Schüsse aus Notwehr?“, fokus.de, 01.05.15.
- 7 „Hells Angel erschießt SEK-Beamten“, spiegel.de, 17.03.10.
- 8 „Polizist erschossen – BGH spricht Hells Angel frei“, faz.net, 03.11.11.
- 9 Kai Biermann und Johanna Roth: „BFE+ - Die Polizei spielt Krieg“, zeit.de, 16.12.15.
- 10 „Neue Anti-Terror-Einheit nimmt Dienst auf“, rbb-online.de, 16.12.15.
- 11 Ulrike Pflüger-Scherb: „Die Beweissicherungs- und Festnahme-einheit kommt, wenn es brenzlig wird“, hna.de, 20.04.16.
- 12 Denis Fengel: „Diese Männer sind der Albtraum aller Straftäter“, welt.de, 06.12.15, sowie: Ulrike Pflüger-Scherb 2016.
- 13 Ulrike Pflüger-Scherb 2016.
- 14 „Bundesinnenminister stellt neue Einheit BFE+ der Bundespolizei vor“, bmi.bund.de, 16.12.15.
- 15 Rupert Wiederwald: „Der Präsident, die Sicherheit und die Polizei“, dw.com, 28.01.16.
- 16 Kai Biermann und Johanna Roth, 2015.
- 17 Kurt Lachnit und Anja Pester: „BFE+ - Die neue „robuste Einheit“ der Bundespolizei“, S. 9, in: Bundespolizei Kompakt – Zeitschrift der Bundespolizei, 02/2016, 43. Jahrgang, sowie Mario Schulz: „Fortbildung zur BFE+ durch die GSG 9 der Bundespolizei“, S. 12, ebenfalls in: Bundespolizei Kompakt – Zeitschrift der Bundespolizei, 02/2016.
- 18 Dieter Wonka: „Deutschlands härteste Polizeieinheiten“, maz-online.de, 23.07.16.
- 19 Stefan Braun: „BFE Plus - Die Polizei bildet Deutschlands stille Reserve gegen den Terror“, sueddeutsche.de, 16.12.16.
- 20 David Korsten: „BFE+ - Wettrüsten gegen den Terror?“, follo-wup-magazin.de, 14.06.16.
- 21 Kai Biermann und Johanna Roth 2015.
- 22 „Waffen wie beim Militär – Hamburger Polizei bekommt Panzerwagen und Gewehre“, spiegel.de, 15.11.16.
- 23 Achleitner Security Vehicles: „HMV Survivor I“, achleitner.com, abgerufen: 01.12.16.
- 24 Markus Lorenz: „Sturmgewehre und Panzerwagen für die Polizei - Anti-Terror-Kampf in Hamburg...“, shz.de, 14.11.16.
- 25 Während der Survivor von Achleitner in Rheinland-Pfalz von der Polizei probefahren wird, haben Berlin und Sachsen Interesse am Konkurrenzmodell von Rheinmetall angemeldet. Zudem befinden sich Radpanzer, soweit bekannt, auf den Beschaffungslisten von Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg und Bremen.
- 26 „Waffen wie beim Militär – Hamburger Polizei bekommt Panzerwagen und Gewehre“, spiegel.de, 15.11.16.
- 27 Michael Schlieben „Amoklauf – Training im Kalkwerk“, zeit.de, 24.11.06.
- 28 Ebd.
- 29 „Neue Maschinenpistole und optimierte Schutzausrüstung für die Polizei“, baden-württemberg.de, 12.02.16.
- 30 „Beispielhaft: In jedem Streifenwagen eine Maschinenpistole“, swr.de, 26.11.16, sowie: „Anti-Terror-Kampf: Hamburgs Polizei rüstet auf“, ndr.de, 14.11.16.
- 31 Olaf Lorch-Gerstenmaier: „Polizei reagiert auf Terror: Spezialkräfte trainieren Kollegen“, pz-news.de, 04.04.16.
- 32 Alexander Fröhlich: „Neue Waffen für den Anti-Terror-Kampf – Brandenburgs Polizei rüstet Spezialkräfte auf“, Potsdamer Neuste Nachrichten, pnn.de, 04.12.15.
- 33 Wolfram Hammer: „Landespolizei bekommt G36-Sturmgewehre“, ln-online.de, 12.01.17.
- 34 „Anschlag in Essen vereitelt – Festnahmen in Oberhausen“, wdr.de, 11.03.17.
- 35 Andreas Wetz: „Aufrüstung – Mehr Polizei für den Staat“, die-presse.com, 01.01.16.
- 36 „Polizei in Paris rüstet mit G36-Sturmgewehren auf“, welt.de, 29.02.16.
- 37 „Netzwerk der Sondereinheiten“, in: Öffentliche Sicherheit 9-10/10, bmi.gv.at, sowie: „EU police special forces network to become ‘more and more useful’ and to receive increased financial support“, statewatch.org, 29.08.2013.
- 38 „42 Cobra-Beamte in München im Einsatz“, diepresse.com, 23.07.16.
- 39 Mattias Monroy: „Bald EU-Aufstandsbekämpfung bei Generalstreiks und Schweinegrippe?“, Telepolis, heise.de, 04.02.13.
- 40 Week-end d’action: désarmons la police, démilitarisons les conflits!, désarmonslapolice.noblogs.org, abgerufen: 01.12.16.
- 41 Busch, Funke u.a.: „Der Wandel der Polizeibewaffnung in den siebziger Jahren“, S. 182, Campus Verlag, Frankfurt 1988.

Die EU im Cyberspace

Zwischen Aufrüstungszwang und Wirtschaftsförderung

von Thomas Gruber

Der Begriff „Cyberspace“ ist sehr unscharf abgegrenzt: Er bezeichnet die virtuelle Welt, also alle computerbasierten Realitäten und Erlebnisräume. Im allgemeinen Sprachgebrauch sind damit meist Computernetzwerke gemeint, in denen sich Nutzer_innen mittels Ein- und Ausgabegeräten bewegen können. Konkrete Beispiele für solche Netzwerke gibt es viele: die Steuerung eines Kraftwerkes, die Kommunikationsstruktur eines Satellitensystems, die Vernetzung von Truppen im Kriegseinsatz oder das Internet. Der Cyberspace setzt sich also aus Netzwerken zusammen, die sich sowohl in ihrer Reichweite (lokal oder global) als auch in ihrer Exklusivität (privat oder öffentlich) unterscheiden. In Größe und Vielfalt hat dabei der zivil genutzte virtuelle Raum eine weit größere Bedeutung als der militärisch und polizeilich besetzte. Und dennoch ist die öffentliche Darstellung genau umgekehrt: Cyberkrieg, Cyberterrorismus und Cyberverbrechen dominieren die mediale Debatte. Diese Schwerpunktsetzung geht vorwiegend von militärischen Bündnissen wie der NATO und den einzelnen Mitgliedsstaaten aus, die den Cyberraum als militärisches und polizeiliches Operationsgebiet begreifen. Ein völlig neues Schlachtfeld also, für das neue Waffen entwickelt, Infrastruktur aufgestellt und Strategien erdacht werden müssen und das sich damit auch als Gelddruckmaschine für Wehrforschung, Militär und Industrie erweist.

Seit Jahrzehnten soll die Diskussion um die „europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ dabei helfen, auch Kriegseinsätze der EU schrittweise salonfähig zu machen. Doch das Thema Cyberkrieg steht in der Öffentlichkeit bisher noch nicht in Verbindung mit militärischen Strukturen der Union. Die Aufstellung für das fünfte Schlachtfeld verläuft aus europäischer Perspektive also noch etwas holprig, doch wäre es verwunderlich, würde die EU nicht längst mit entsprechenden Strategiepapieren und Organisationsformen aufwarten. Wie also positioniert sich ein Staaten- und Wirtschaftsbündnis mit großen militärischen Ambitionen auf dem neuen, dem virtuellen Schlachtfeld? Welche Strategien und Handlungen gehen daraus hervor?

Die Position der EU im Cyberspace

Parallel zur politischen Struktur der Union besitzt auch das Thema Cyberspace innerhalb der EU eine staatliche, eine wirtschaftliche sowie eine militärische Komponente. Die wichtigsten Eckpunkte für die Cyber-Politik finden sich dabei in der EU-Globalstrategie vom Juni 2016 sowie in entsprechenden Beschlüssen des Parlamentes und der Kommission. Ein zentraler Aspekt der Agenda ist die IT-Sicherheit: Sowohl staatliche Institutionen als auch Unternehmen in der EU sollen in Zukunft besser gegen Cyberangriffe geschützt werden – eine „Kultur der Cybersicherheit“ soll entstehen.¹ Diese Aufgabe soll vorrangig von IT-Sicherheitsunternehmen mit Sitz in der EU bewältigt werden. Zum einen ist so gewährleistet, dass

das Hintergrundwissen über die Sicherheitsmaßnahmen in der EU verbleibt, zum anderen kann so massiv Wirtschaftsförderung betrieben werden. Günther Oettinger dazu in seiner Position als Kommissar für die Digitale Gesellschaft und Wirtschaft: „Das ist eine großartige Gelegenheit dafür, unsere Cyber-Sicherheitsindustrie auf einem schnell wachsenden Weltmarkt konkurrenzfähig zu machen.“² Auf militärischer Ebene sind dagegen zwei Strategien offenkundig: Erstens sollen die Cyber-Komponenten in den Einsätzen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (kurz: GSVP) gestärkt und die Mitgliedsstaaten so zur Aufrüstung ihrer militärischen Cyber-Kapazitäten gedrängt werden.³ Zweitens wird politisch der Weg bereitet, um im Falle eines Cyberangriffes auf europäische Institutionen ggf. auch militärisch antworten zu können.⁴

Die militärische Cyber-Agenda wird vornehmlich von EU-Institutionen mithilfe entsprechender Richtlinien und Verträge vorangetrieben. So bildet beispielsweise die 2009 in Kraft getretene „Solidaritätsklausel“ des *Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union* die Basis für einen Militäreinsatz innerhalb der EU, sollte ein Mitgliedsstaat von einem „Terroranschlag, einer Naturkatastrophe oder einer vom Menschen verursachten Katastrophe betroffen“ sein.⁵ Auch ein Cyberangriff auf einen europäischen Staat soll dabei explizit von der Solidaritätsklausel abgedeckt werden, was eine militärische Antwort auf eine nicht-militärische Aktion bedeuten könnte: „Das Europäische Parlament [...] fordert, [...] dass [bei der Solidaritätsklausel] keine bedeutenden Gefahren, wie Cyberangriffe, Pandemien oder Energieengpässe übersehen werden.“⁶ Das vom Europäischen Rat beschlossene „Cyber Defence Policy Framework“⁷ formuliert dagegen Forderungen an die Mitgliedsstaaten und europäischen Institutionen mit dem Ziel, das Thema Cybersicherheit stärker militärisch einzubetten. Die Cyberfähigkeiten der Mitgliedsstaaten in Einsätzen der GSVP sollen verbessert, die zivil-militärische Kooperation sowie die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft soll gefördert, es sollen verstärkt gemeinsame militärische Manöver durchgeführt und die Vernetzung mit der NATO soll vorangetrieben werden.⁸ Als eine wichtige Impulsgeberin für die militärische Cyber-Agenda dient die *Europäische Verteidigungsagentur*⁹: Sie ist verantwortlich für die Entwicklung von Verteidigungsfähigkeiten und damit bedeutend für die GSVP-Missionen. Eines ihrer Themen ist auch die militärische Nutzung des Cyberraums und so war die EDA beispielsweise auch maßgeblich an der Entwicklung des Cyber Defence Policy Framework beteiligt.

Strategien und Manöver

Eine weitere Institution, welche ihren Fokus auf staatliche und wirtschaftliche Aspekte der Cybersicherheit legt, ist die *Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit*¹⁰, die seit 2005 auf Kreta sitzt. Die ENISA ist

mit Maßnahmen und Empfehlungen zur Cybersicherheit innerhalb der EU – sowohl privater, als auch öffentlicher Institutionen – betraut. In diesem Rahmen findet auch regelmäßig die Großübung „Cyber Europe“ statt, an der Behörden und Unternehmen teilnehmen können und während derer das Szenario einer Cyberkrise behandelt wird. Im Jahr 2014 handelte diese Übung beispielsweise von einer energiepolitischen Krise: Während die EU eine Steuer auf fossile Brennstoffe einführt, um die Entwicklung und Implementierung regenerativer Energien zu fördern, greifen Staaten, die „potentiell von jenen Regularien betroffen sind“¹¹ in breiten Cyberangriffen zunächst EU-Institutionen und dann auch Kraftwerke an. Neben einer stärkeren Vernetzung zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor sowie einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von EU-Unternehmen arbeitet die ENISA damit auch noch einem klaren Feindbild zu: Länder wie Russland, Saudi-Arabien oder Katar wären wohl am ehesten von einer Benachteiligung fossiler Energieträger betroffen.

Noch weiträumiger angelegt ist die vom *Europäischen Auswärtigen Dienst* (kurz: EAD) alle zwei Jahre organisierte „Multi-Layer“-Krisenübung (kurz: ML). Der EAD verfolgt dabei das Ziel, die volle Bandbreite einer GSVP-Mission zu beüben: „Die Übung wird die verschiedenen Schichten des EAD-Krisenreaktionssystems – sowohl zivil, als auch militärisch – und ihre Zusammenarbeit mit anderen EU-Strukturen zur Krisenreaktion behandeln.“¹² Dass die aktuellen Übungen eine starke Cyber-Komponente besitzen, ist bei einem medial und militärisch so stark gehypten Thema kaum verwunderlich. Die Übung ML14 handelte beispielsweise von einem Grenzkonflikt in einem fiktiven Staat, in den eine EU-Militärmission eingreift. Während des „Peacebuilding“-Einsatzes werden die EU-Kommunikationsnetze Ziel eines Cyber-Angriffes, den die Truppen abwehren sollen.

Die Übungen machen nur noch offensichtlicher, was der Trend in den Verträgen, Richtlinien und Pressemitteilungen der EU vorgibt: Die Cyber-Komponente in den EU-Militärmissionen sowie die dementsprechenden Fähigkeiten der Streitkräfte sollen gestärkt und die zivil-militärische Zusammenarbeit in diesem Bereich soll stark ausgebaut werden.

Neben der strategischen Ausarbeitung im Krisenfall nimmt der Bereich der Forschung und Entwicklung eine weitere zentrale Rolle in der Cyber-Agenda der EU ein. Innovationen und Gelder sollen wenn möglich in der EU verbleiben – europäische Forschungseinrichtungen und Unternehmen sollen gefördert werden. Auf diesen Zug springt die Gemeinsame Forschungsstelle¹³ auf: Die JRC ist eine Großforschungseinrichtung der EU, die beispielsweise Themen der Nuklearforschung, des Verbraucherschutzes sowie der inneren Sicherheit behandelt. Ihre Arbeit im Bereich der Cyber-Bedrohungen konzentriert sich vor allem auf die technische und organisatorische Unterstützung von Trainings und Manövern sowie die Klassifizierung kritischer Infrastruktur und der Schwere von Cyberangriffen.¹⁴ Das größte Förderprogramm für die europäische IT-Sicherheitsindustrie ist die im Juli 2016 beschlossene öffentlich-private Partnerschaft zur Cybersicherheit¹⁵. Die Cyber-PPP soll der Vernetzung von IT-Sicherheitskonzernen mit öffentlichen Stellen dienen und so explizit mithilfe von Staatsgeldern Wirtschaftsförderung betreiben.¹⁶

Zusammenfassung und Fazit

Die Rolle, die die EU im Cyberraum einnimmt, ist also weitaus breiter gefächert und unbestimmter, als dies bei Nationalstaaten wie der BRD oder reinen Militärbündnissen wie der NATO der Fall ist. Die Entscheidungsträger_innen der Union scheinen ihre Agenda für den virtuellen Raum an jeder Stelle anbringen zu wollen: Bei der IT-Sicherheit von Behörden und nationalstaatlichen Strukturen, als Ansatz zur Förderung europäischer Unternehmen und – im Kontext von Cyberangriffen und -verteidigung – in den Missionen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Der Eindruck, der dabei entsteht, schwankt zwischen einer kalkulierten Platzierung des Themas in allen Arbeitsbereichen des Bündnisses und einem wirren Rundumschlag, der inflationär einen aktuellen Begriff nutzt, um Modernität zu suggerieren.

Aber auch unabhängig von der wahren Intention sind die Auswirkungen der EU-Cyberpolitik offensichtlich: Erstens wird die zivil-militärische Zusammenarbeit unter dem Schlagwort „Cybersicherheit“ immer weiter vorangetrieben und selbstverständlicher (siehe z. B. die Multi-Layer-Übungen). Zweitens wird die angebliche Bedrohung durch den „Cyberterrorismus“ und den „Cyberwar“ genutzt, um Militäreinsätze leichter rechtfertigen zu können (siehe z. B. die sog. „Solidaritätsklausel“). Und drittens werden nicht nur für militärische Zwecke enorme Finanzmittel aus dem EU-Haushalt abgezweigt, sondern auch für die Förderung von Sicherheitsforschung (siehe z. B. die JRC) und Unternehmen (siehe z. B. die Cyber-PPP). Damit ist klar, dass die Cyber-Politik der EU keineswegs der Sicherheit von privater Kommunikation oder ähnlich hehren Zielen dient, sondern nur noch mehr Nährboden für Ökonomisierung und Militarisierung des Bündnisses bieten soll.

Anmerkungen

- 1 Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe, pdf, 16.02.2017, S. 22.
- 2 Commission signs agreement with industry on cybersecurity and steps up efforts to tackle cyber-threats, europa.eu, 16.2.2017. Vom Autor aus dem Englischen übersetzt.
- 3 Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe, S. 22.
- 4 Üben, üben, üben: Wie die EU sich auf den Cyber-Ernstfall vorbereitet, netzpolitik.org, 16.2.2017.
- 5 Artikel 222 AEUV sowie Gemeinsamer Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Vorkehrungen für die Anwendung der Solidaritätsklausel durch die Union, pdf, 16.02.2017.
- 6 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 22. November 2012 zu den EU-Klauseln über die gegenseitige Verteidigung und Solidarität: politische und operationelle Dimensionen, europarl.europa.eu, 22.02.2017.
- 7 Z. Dt. etwa: Richtlinien zur Cyberverteidigung.
- 8 EU Cyber Defence Policy Framework Presents More Than 40 Action Measures, ccdcoe.org, 22.02.2017.
- 9 EDA: European Defence Agency.
- 10 ENISA: EU Agency for Network and Information Security.
- 11 ENISA CE2014 After Action Report, pdf, 22.02.2017, S. 15.
- 12 EU runs new crisis management exercise, pdf
- 13 JRC: Joint Research Centre
- 14 Cybersecurity, ec.europa.eu, 22.02.2017.
- 15 PPP: Public-Private-Partnership
- 16 Commission signs agreement with industry on cybersecurity and steps up efforts to tackle cyber-threats, europa.eu.

Strategische Kommunikation

Die Aufrechterhaltung europäischer Deutungshoheit

von Christopher Schwitanski

Im November 2016 verabschiedete das Europäische Parlament eine Entschließung mit dem Titel „Strategische Kommunikation der EU, um gegen sie gerichteter Propaganda von Dritten entgegenzuwirken.“ In diesem umfassenden Forderungskatalog wird unter anderem eine deutliche Intensivierung der Strategischen Kommunikation verlangt, welche das Mittel der Wahl zum Kontern von Propaganda darstellt, sowie eine verstärkte Kooperation mit der Nato in diesem Bereich. Damit knüpft die Entschließung an eine aktuelle Entwicklung zunehmender Kommunikationsaktivität seitens der EU an, deren konstitutiven Kern die Abwehr von – als Propaganda deklarierten – Narrativen externer Akteure bildet. Zu diesem Zweck wurden in den letzten Jahren innerhalb des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) u. a. zwei Kommunikationsteams eingerichtet, die im außenpolitischen Kontext unter dem Label „Strategische Kommunikation“ gezielte Kommunikationskampagnen betreiben. Diese richten sich neben der eigenen Bevölkerung an die Staaten des europäischen Nachbarschaftsraums, mit dem Ziel, in den jeweiligen Regionen ein positives Bild der EU zu etablieren und konträren Narrativen zu widersprechen.

Da die EU als Akteur an verschiedenen gegenwärtigen Konflikten in ihrem Nachbarschaftsraum beteiligt ist, soll in diesem Beitrag der Frage nachgegangen werden, welche Rolle die Strategische Kommunikation in diesem Zusammenhang spielt. Hierzu werden zunächst einige zentrale Entwicklungen im Bereich der Strategischen Kommunikation nachgezeichnet und im Anschluss diskutiert, welche Bedeutung diesen vor dem Hintergrund einer zunehmenden Militarisierung der EU zukommt.

Die Kommunikationsaktivität des EAD

Die Abteilung für Strategische Kommunikation des EAD¹, seit 2011 unter Leitung von Michael Mann, ist für die Öffentlichkeitsarbeit und *Public Diplomacy* der EU zuständig. Zu diesem Zweck steht die Abteilung in Kontakt mit den weltweit ca. 140 EU-Delegationen und -Büros, deren Kommunikation sie unterstützt und arbeitet darüber hinaus eng mit der Hohen Repräsentantin zusammen. Neben dem Werben für EU-Politiken und -Werte besteht eine zentrale Aufgabe der Abteilung für Strategische Kommunikation in der Kommunikation der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik und sie unterstützt dementsprechend neben den EU-Delegationen auch die zahlreichen EU-Missionen in ihrer Kommunikationsaktivität.

Die Adressaten der europäischen Kommunikationsabteilung sind neben der Bevölkerung außereuropäischer Staaten auch explizit die der Mitgliedstaaten, an die man sich mittels verschiedener Kommunikationsprodukte wendet, sei es über Pressemitteilungen, Reden, Artikel oder soziale Medien.²

Darüber hinaus unterhält der EAD Kommunikationsteams, welche für die Kommunikation in bestimmten

Regionen zuständig sind und deren Tätigkeit im Folgenden näher dargestellt wird, verbunden mit der Frage, welche Rückschlüsse sich hieraus auf die Strategische Kommunikation der EU ziehen lassen.

Strategische Kommunikation im Osten

Im Zuge des Konflikts in der Ukraine sah man sich auf Seiten der EU in zunehmendem Ausmaß mit russischen Kommunikationsaktivitäten konfrontiert. Die wahrgenommene Bedrohung durch russische Berichterstattung ging schließlich so weit, dass der Rat der Europäischen Union die Hohe Vertreterin im Januar 2015 aufforderte, dieser durch Ausbau der Kapazitäten im Bereich Strategischer Kommunikation entgegen zu wirken und hierzu mit der Einrichtung eines Kommunikationsteams zu beginnen. Dessen Aktivität richtet sich insbesondere an die Länder der östlichen Nachbarschaft,³ wozu es im Ratsbeschluss konkret heißt: „Solche Bemühungen sollten die proaktive Kommunikation von EU-Politiken beinhalten, möglicherweise auftauchende Fehlinformationen korrigieren und die weitere Entwicklung unabhängiger Medien in der ganzen Region unterstützen.“⁴ Im März 2015 folgte ein Beschluss des Europäischen Rates mit der Aufforderung an die Hohe Vertreterin, in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten einen Aktionsplan zur Strategischen Kommunikation der EU zu entwickeln, welcher die weiteren Aktivitäten in diesem Bereich skizziert. Besagter Plan wurde dann im Juni 2015 vorgelegt. Als drei zentrale Ziele Strategischer Kommunikation benennt auch der EU-Aktionsplan das Werben für europäische Werte und Politiken in der östlichen Nachbarschaft, die Unterstützung unabhängiger Medien in der Region und das Kontern von Falschinformationen. Bezüglich der Kommunikation mit der Öffentlichkeit im östlichen Nachbarschaftsraum heißt es: „Anstatt im Detail die EU-Politiken und -Programme zu erklären, sollten deren Vorteile für die Menschen in der Region klar benannt werden. Dieses positive Narrativ sollte in einer deutlichen Sprache kommuniziert werden, basierend auf Erfolgsgeschichten aus dem wahren Leben, die innerhalb des Zielpublikums Resonanz erzeugen.“⁵ An der Erarbeitung des Plans war bereits das neu gegründete europäische Kommunikationsteam, die *East Stratcom Task Force*, beteiligt, welche im Frühjahr 2015 ihre Arbeit aufnahm. Das Team ist Teil der Abteilung für Strategische Kommunikation des EAD und setzt sich aktuell aus elf Kommunikationsexperten zusammen.

In der Umsetzung der im Aktionsplan geforderten Maßnahmen kommt der *East Stratcom Task Force* eine zentrale Rolle zu. Neben dem Kontern russischer Kommunikationsaktivitäten und dem Erarbeiten positiver Kommunikationsprodukte und -Kampagnen bezüglich der Rolle der EU besteht ein weiteres Aufgabenfeld in der Koordination nationaler Aktivitäten im Bereich Strategischer Kommunikation. Hinzu kommt weiterhin die



Propaganda damals und heute: Links das Logo des NATO-Exzellenzzentrums für Strategische Kommunikation. Rechts ein Plakat der Allianz aus dem Kalten Krieg. Quellen: NATO



Bildung von Netzwerken mit Journalisten und Medienschaffenden im östlichen Nachbarschaftsraum, die Unterstützung dort ansässiger – als unabhängig bewerteter – Medien und die Koordination weiterer vor Ort aktiver europäischer Akteure, wie dem Europäischen Demokratiefonds, dem *OPEN Neighbourhood Communication Programme*⁶ und verschiedenen EU-Delegationen. Die von der Task Force entwickelten Kommunikationsprodukte werden auf einer eigenen Website veröffentlicht und an die EU-Mitgliedstaaten, Delegationen und Pressestellen weitergeleitet und finden so innerhalb der EU Verbreitung.

Kommunikationsoutput

Das Kontern russischer Medienberichte erfolgt auf Basis eines Netzwerks, das „aus mehr als 400 Experten, Journalisten, Beamten, NGOs und Thinktanks in mehr als 30 Ländern besteht, die Artikel mit Desinformationen an die Task Force melden“,⁷ die darauf aufbauend aktuelle Trends in der russischsprachigen Medienlandschaft analysiert und diese, sofern sie als „falsch“ identifiziert wurden, widerlegt. Zu diesem Zweck wurde eigens die Website *euvdisinfo.eu* eingerichtet, auf der regelmäßig das sog. *Desinformation-Review* veröffentlicht wird. Dabei handelt es sich um eine Übersicht über wahrgenommene Trends in der russischsprachigen Medienlandschaft sowie deren „Richtigstellung“. Betrachtet man die hier aufgegriffenen Medienberichte, so kann man wenig Zweifel daran haben, dass es sich tatsächlich um teils absurde Falschmeldungen handelt. Berücksichtigt man aber weiterhin die „Richtigstellungen“ von europäischer Seite, so wird deutlich, dass diese ebenfalls kritisch zu betrachten sind.

So wurden im Januar 2017 russischsprachige Meldungen aufgegriffen, denen zufolge 3600 amerikanische Panzer nach Polen verlegt würden. Das Kommunikationsteam kam zu dem Ergebnis, dass es sich hier um eine Falschmeldung handele und korrigierte die Anzahl der Panzer ausgehend von einer offiziellen Mitteilung der

US-Armee auf 87.⁸ Dabei wurde allerdings außen vorgelesen, dass hiermit lediglich der Anteil an Kampfpanzern berücksichtigt war und die amerikanische Brigade weiterhin 18 Panzerhaubitzen und 144 Schützenpanzer umfasste. Dementsprechend kam der rbb in einem Bericht über die Truppenverlegung auf 250 Panzer.⁹ Solche Zahlen mögen gemessen an der ursprünglichen Meldung von 3600 zwar klein wirken, aber es bleibt festzuhalten, dass in der „Richtigstellung“ ihrerseits über die Hälfte der gepanzerten Fahrzeuge unterschlagen wurde.

Grundlegenderer Natur sind einige, in einem Bericht vom Februar 2017 aufgegriffene, wiederholt auftauchende Motive russischer Berichterstattung. So heißt es auf der Website der Task Force: „Die NATO-Verstärkung an ihrer östlichen Flanke war ein weiteres beliebtes Thema und Ziel von Desinformation, welche erneut als gegen Russland gerichtete Provokation und Einschüchterung dargestellt wurde [...] Das alte Narrativ, wonach der Westen Russland versprochen hätte, dass die NATO nicht expandieren würde, tauchte erneut im russischen Staatsfernsehen auf.“¹⁰ Beide Aussagen werden von der East Stratcom Task Force als unberechtigt abgetan. Dabei lassen sich ohne weiteres seriöse Quellen für die aggressive Nato-Politik gegenüber Russland, ebenso wie für eine differenzierte Betrachtung einer möglichen Nato-Zusage, nach Ende des Kalten Krieges nicht zu expandieren, finden.¹¹

Die Ablehnung von Kritik an der Nato-Osterweiterung und an der massiven Aufrüstung der Nato-Ostflanke auf der Website der *East StratCom Task Force* stellt diese auf eine Ebene mit hier gekonterten Falschmeldungen und Verschwörungstheorien, wodurch einer kritischen Perspektive auf die Politik der Nato jegliche Legitimität abgesprochen wird. Hierin zeigt sich zunächst einmal, dass mit dem Kontern russischer Kommunikationsaktivität keine neutrale Berichterstattung einhergeht, sondern eine einseitige Deutung des Konflikts – im Sinne von EU und Nato – der zufolge Russland die alleinige Schuld für die Eskalation in Osteuropa trägt. Raum für politische Entspannung oder Konfliktlösung wird ein solches Narrativ



nicht bieten. Weiterhin wird am obigen Beispiel deutlich, dass die Aktivität des Kommunikationsteams nicht nur die europäische Nachbarschaft betrifft, sondern mit der Delegitimierung einer kritischen Auseinandersetzung mit historischen und aktuellen Entwicklungen der Nato-Politik auch innereuropäische Debatten zu diesem Thema.

Strategische Kommunikation im Süden

Bereits Anfang 2015 war die Gründung eines Beratungsteams für Strategische Kommunikation in Bezug auf Syrien (SSCAT) unter Leitung der belgischen Polizei, der Europäischen Kommission und des EU-Koordinators für Terrorismusbekämpfung beschlossen worden. Vornehmliches Ziel hinter der Einrichtung des Beratungsteams war es, Bürger aus EU-Mitgliedstaaten davon abzuhalten, sich unter anderem in Syrien extremistischen Gruppierungen anzuschließen. Die Arbeit des Teams umfasst einerseits die Beratung von Mitgliedstaaten im Umgang mit gewalttätigem Extremismus und terroristischen Kommunikationskampagnen, welche durch die *Research, Information and Communications Unit (RICU)*¹² erfolgt, die im *Office for Security and Counter-Terrorism* des britischen *Home Office* für Strategische Kommunikation zuständig ist. Andererseits soll „ein Netzwerk von Behörden und Experten der Mitgliedstaaten“¹³ gebildet werden, um einen Best-Practice-Austausch zwischen den EU-Mitgliedstaaten in diesem Bereich zu ermöglichen.

Während sich die durch das SSCAT unterstützte Kommunikationsaktivität von EU-Staaten primär an die eigene Bevölkerung richtet, um der Radikalisierung von EU-Bürgern entgegenzuwirken, beschloss der Rat der Europäischen Union im Februar 2015 weiterhin die Einrichtung einer Kommunikationseinheit mit Fokus auf den südlichen Nachbarschaftsraum der EU, welche auf den Erfahrungen des SSCAT aufbauen sollte. Diese *Task Force South* ist ebenfalls personell an den EAD angeschlossen und umfasst weiterhin Vertreter der Kommission, des Büros des Koordinators für Terrorbekämpfung und das SSCAT.¹⁴ Es handelt sich also nicht um ein festes Kommunikationsteam, sondern um eine stärker interinstitutionelle Zusammenarbeit, die primär durch Projekte von EU-Delegationen vor Ort umgesetzt wird.

Das Ziel der Strategischen Kommunikation im Süden besteht im Kontern terroristischer Narrative und in Ergänzung hierzu dem Werben für EU-Politiken in der Region und einer Verbesserung des Dialogs mit arabischsprachigen Staaten. Dabei will man sich insbesondere an junge Menschen richten, um hier ebenfalls Radikalisierung vorzubeugen und eine positive Beziehung zur EU zu schaffen.¹⁵ Dementsprechend heißt es in einer Studie des wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments ähnlich wie im Falle der Kommunikation gegenüber der östlichen Nachbarschaft: „Der Fokus laufender Bemühungen liegt nicht darin, per se Gegen-Narrative zu erzeugen, sondern eher darin, positive Nachrichten über das EU-Engagement in der Region zu erzeugen“.¹⁶

Vor dem Hintergrund der europäischen Kommunikationsaktivität im Osten kann bezweifelt werden, dass die Entwicklung positiver Nachrichten für die südliche Nachbarschaft soweit geht, eine selbstkritische Perspektive mit einzuschließen. Denn Militärinterventionen unter Beteiligung von EU-Staaten wie im Fall von Libyen oder die katastrophalen Folgen der europäischen „Flüchtlingspolitik“ dürften wohl kaum zu einem positiven Bild der EU in ihrer südlichen Nachbarschaft beitragen.

Nato-Kooperation

Zunächst gilt es zu berücksichtigen, dass bereits eine Kooperation zwischen Nato und EU auf Ebene der Strategischen Kommunikation besteht. So steht die *East Stratcom Task Force* im Austausch mit dem Nato-Exzellenzzentrum für Strategische Kommunikation in Riga und der Einheit für Strategische Kommunikation im Nato-Hauptquartier.¹⁷

Einen wichtigen argumentativen Ausgangspunkt für die Intensivierung Strategischer Kommunikation seitens der EU sowie einer vermehrten Nato-Kooperation in diesem Bereich bildet die Abwehr sog. hybrider Bedrohungen, denn „[d]ie Fähigkeit zur Reaktion auf hybride Bedrohungen mit Hilfe einer fundierten Strategie für strategische Kommunikation ist von grundlegender Bedeutung“¹⁸ und „sollte die sozialen Medien wie auch die traditionellen Medien wie Hörfunk und Fernsehen und Onlinemedien in vollem Umfang nutzen“¹⁹ heißt es in einem Papier der Kommission zur Abwehr hybrider Bedrohungen. Hierunter fällt eine ganze Reihe von militärischen und nicht-militärischen Maßnahmen, die mit dem Ziel angewendet werden, die Stabilität eines Staates zu untergraben, wobei häufig ausgeblendet wird, dass sich die selben Maßnahmen auch im militärischen Repertoire von Nato und EU-Staaten befinden. Vor dem Hintergrund einer Abwehr hybrider Bedrohung wird nicht zuletzt in der EU-Globalstrategie eine verstärkte Strategische Kommunikation und Nato-Kooperation gefordert.

Dabei hat die Strategische Kommunikation innerhalb der Nato bereits eine längere Tradition: Hier gewann das Konzept im Zuge des Afghanistan-Krieges an Bedeutung und zielte einerseits auf die Bevölkerung im Kriegsge-

biet, die vom eigenen Narrativ überzeugt werden sollte, andererseits auf die Bevölkerung in den truppenstellenden Staaten, um Akzeptanz für den Kriegseinsatz zu schaffen. Wie das Beispiel der *East StratCom Task Force* zeigt, kommt ihr auch im Falle der EU eine Legitimationsfunktion zu. Es bleibt abzuwarten, inwiefern sie in einer zunehmend militarisierten EU ähnlich wie in der Nato zur Legitimation militärischer Interventionen genutzt wird. Für eine „Zivilisierung“ von Kommunikation dürfte eine Kooperation mit der Nato in jedem Fall nicht sprechen.²⁰

Fazit

Der Fokus des vorliegenden Beitrags liegt primär auf den beiden Kommunikationseinheiten der EU für den östlichen und südlichen Nachbarschaftsraum. Eine umfassende Aufarbeitung der Strategischen Kommunikation der EU sollte darüber hinaus auch die Tätigkeit einzelner Mitgliedstaaten in diesem Bereich, ebenso wie die anderer, insbesondere außenpolitisch aktiver EU-Institutionen wie beispielsweise dem Europäischen Demokratiefonds oder EU-Delegationen in den Blick nehmen. Doch auch der hier behandelte Ausschnitt macht bereits deutlich, welche Probleme mit der europäischen Kommunikationspolitik einhergehen. Wie am Beispiel der *East Stratcom Task Force* gezeigt, geht mit der Strategischen Kommunikation die Propagierung einer einseitigen Konfliktbetrachtung einher, welche am Ende weniger der Information der Bevölkerung, sondern der Legitimierung des eigenen Vorgehens in einem zunehmend militarisierten Konflikt dient.

Diese Entwicklung steckt noch in den Anfängen und dürfte in den kommenden Jahren weiter voranschreiten. So wird in der eingangs erwähnten Entschließung des Europäischen Parlaments vom November 2016 gefordert, die Task Force für Strategische Kommunikation zu einem vollwertigen Referat im EAD mit eigenem Budget auszubauen. Außerdem werden auch die einzelnen Mitgliedstaaten unter Verweis auf hybride Bedrohungen aufgefordert, „koordinierte Mechanismen für eine strategische Kommunikation auszuarbeiten, um die Zuschreibung und Bekämpfung der Desinformation und Propaganda zu unterstützen, damit hybride Bedrohungen aufgedeckt werden“²¹. Daneben finden sich weitere Stellen, an denen die genannten „hybriden Bedrohungen“ als Argument für eine Intensivierung von Kommunikations- und Cybermaßnahmen bemüht werden.

Bezüglich Russland wird unter anderem angemerkt, „dass Russland Kontakte zu und Treffen mit EU-Amtskollegen eher für Propagandazwecke und zur öffentlichkeitswirksamen Schwächung des gemeinsamen Standpunkts der EU als für die Aufnahme eines echten Dialogs nutzt“²², womit diplomatische Bemühungen von vornherein unter Verdacht gestellt werden, sich gegen die EU zu richten und damit im Kern undiplomatisch zu sein. Eine Lösung des Konflikts dürfte so auch weiterhin erschwert werden. Weiterhin wird in der besagten Entschließung des Europäischen Parlaments neben dem Hinweis, „dass es kontraproduktiv ist, Propaganda mit Propaganda zu bekämpfen“²³ auch gefordert, Definitionen für selbige zu entwickeln. Dass eine solche bislang nicht vorliegt, dürfte nicht zuletzt daran liegen, dass sich am Ende kei-

ne trennscharfe Linie zwischen der Strategischen Kommunikation der EU und dem als Propaganda deklarierten Vorgehen anderer Akteure ziehen lässt.

Anmerkungen

- 1 Engl.: Strategic Communications Division“
- 2 Für eine Übersicht über die Tätigkeit der „Strategic Communications Division“ siehe die Website des EAD:https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/100/strategic-communications_en
- 3 Zielländer sind laut der Bundesregierung die Ukraine, Georgien, die Republik Moldau, Belarus, Armenien, Aserbaidschan und Russland.
- 4 Rat der Europäischen Union: Outcome of the Council Meeting - 3369th Council meeting (2015).
- 5 Action Plan on strategic communication. Ref. Ares(2015)2608242 (S. 1)
- 6 Das OPEN Neighbourhood communication programme ist ein Kommunikationsprogramm der EU, dass im europäischen Nachbarschaftsraum für die EU-Politik in der jeweiligen Region wirbt und darüber hinaus dem Training von Journalisten und Medienexperten dient.
- 7 So die Beschreibung auf der Homepage des EAD: Questions and Answers about the East StratCom Task Force <https://eeas.europa.eu>
- 8 Disinformation-Review: A masterclass in disinformation, 16.01.2017, <https://euvsdisinfo.eu/a-masterclass-in-disinformation/>.
- 9 rbb-online.de: Warum rollt eine US-Panzerbrigade durch Brandenburg?, 07.01.2017, <http://www.rbb-online.de/politik/beitrag/2017/01/warum-eine-us-panzerbrigade-durch-brandenburg-rollt.html>.
- 10 Disinformation-Review: The Evil West, 24.02.2017, <https://euvsdisinfo.eu/the-evil-west/>.
- 11 Bezüglich der Nato-Politik gegenüber Russland siehe z. B. Wagner, Jürgen: NATO: Aufmarsch gegen Russland. BEBUG Berlin 2016. Für eine Diskussion einer möglichen Zusage an Russland nach Ende des Kalten Krieges siehe: Shiffrinson, Joshua R. Itzkowitz. 2016. Deal or No Deal? The End of the Cold War and the U.S. Offer to Limit NATO Expansion. International Security vol. 40/4.
- 12 Die Kommunikationsaktivität der RICU in Großbritannien ist umstritten, siehe z. B. the Guardian. Revealed: UK's covert propaganda bid to stop Muslims joining Isis, 02.05.2016, <https://www.theguardian.com/uk-news/2016/may/02/uk-government-covert-propaganda-stop-muslims-joining-isis>.
- 13 Bundestag Drucksache 18/4035. Maßnahmen der EU-Polizeigeneraturreuropol hinsichtlich ausländischer Kämpfer. (S. 8).
- 14 Bundestag Drucksache 18/6238. Einheitliche Regierungskommunikation gegenüber sogenannten ausländischen Kämpfern.
- 15 Pawlak, Patryk: EU strategic communication with the Arab world, European Parliamentary Research Service (2016).
- 16 European Union Institute for Security Studies: Strategic communications East and South, Report No. 30, July 2016.
- 17 Bentzen, Naja: NATO Strategic Communications – An Evolving Battle of Narratives, European Parliamentary Research Service (2016).
- 18 Europäische Kommission: Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat - Gemeinsamer Rahmen für die Abwehr hybrider Bedrohungen – eine Antwort der Europäischen Union.
- 19 Ebd. (S. 5)
- 20 Siehe auch Schwitanski, Christopher: Die Militarisierung von Informationen: Nato-Propaganda heißt jetzt Strategische Kommunikation, IMI-Analyse 2016/20.
- 21 Europäisches Parlament: Bericht über das Thema „Strategische Kommunikation der EU, um gegen sie gerichteter Propaganda von Dritten entgegenzuwirken“, 2016. (S. 9)
- 22 Ebd. (S. 7)
- 23 Ebd. (S. 15)

Ein Mosaik linker Europakonzeptionen?

von Malte Lühmann

Spätestens mit der Eurokrise, der Troika-Politik und der autoritären Umgestaltung Griechenlands sollte auch den Letzten klar geworden sein: Die EU ist eine Instanz, die unsere Lebensrealität direkt beeinflusst und aktiv gestaltet. Damit sollte sich auch politisch die Frage beantwortet haben, ob sie ein wichtiger Akteur ist der mit entsprechender Aufmerksamkeit beobachtet und behandelt werden muss. Und tatsächlich erleben wir seit Kurzem eine neue Europadebatte in der (deutschen) Linken, angetrieben durch die Gründung gleich mehrerer Organisationen, Kampagnen und Netzwerke von DiEM25 bis Blockupy.

Falsche Freunde und Feinde

Zunächst eint alle Initiativen, dass sie in gewisser Weise auf zwei große Herausforderungen reagieren, denen sich linke Politik in Europa aktuell ausgesetzt sieht: Auf der einen Seite ist das der keineswegs abgeschlossene Ausbau der EU zu einer antisozialen und militarisierten Wettbewerbsunion. Dieser Trend ist zwar keineswegs neu, hat aber im Zuge der Krisenpolitik ab 2007/2008 wieder deutlich an Fahrt aufgenommen. Dazu trugen zuletzt der 5-Präsidentenbericht zur „Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion“ aber auch die konkurrierenden Pläne Wolfgang Schäubles bei, den ESM zu einem „Europäischen Währungsfonds“ aufzuwerten, der die Euro-Peripherie disziplinieren könnte. Der im Zuge des Brexit angestoßene Rüstungsschub und der Aufbau eines europäischen Hauptquartiers komplettieren dieses Bild.

Auf der anderen Seite stehen die falschen Feinde der EU, die Rechtspopulisten bzw. Rechtsradikalen von der AfD (Deutschland), über den Front National (Frankreich), Jobbik (Ungarn), bis hin zu UKIP (Großbritannien) und vielen anderen. Sie kritisieren die genannten Entwicklungen aus einer nationalistischen und – zumindest im Fall der deutschen AfD – auch aus einer ordoliberalen Perspektive. Zudem ist ihr wirtschaftspolitischer Nationalismus verbunden mit einem rassistischen Weltbild und einer entsprechenden Kritik an der europäischen Migrationspolitik, egal wie sehr diese schon seit Jahren auf Abschottung setzt. Mit ihrem Programm feiern die rechten Feinde der EU nicht nur Umfragen- und teils auch Wahlerfolge, sie haben damit vor allem schon jetzt großen Einfluss auf die öffentliche Debatte und die herrschende Politik.

Während also die Integration in gewohnter Richtung voranschreitet und sich das Lager der rechten EU-Feinde weiter formiert, sucht die Linke von reformistisch bis radikal in Deutschland und darüber hinaus nach Antworten auf diese Herausforderungen. Erfreulicherweise wird die Landschaft der Positionen in dieser Debatte zunehmend unüberschaubar, zumal wenn man den Blick nicht auf Deutschland oder ein anderes Land beschränkt. Ich möchte hier fünf Positionen herausgreifen und kurz darstellen, insbesondere um zentrale Konfliktlinien aufzuzeigen, die dabei erkennbar sind.

Fünf linke Positionen zu Europa

Den Anfang machte schon 2012 ein Aufruf vornehmlich aus dem Gewerkschaftslager, der unter dem Titel „Europa neu begründen!“ eine Weiterentwicklung der EU einfordert. Dem seither mehrfach aktualisierten Aufruf sind mittlerweile Konferenzen und zuletzt eine Streitschrift unter demselben Titel gefolgt. Aktuell gehören Frank Bsirske (ver.di), Gesine Schwan (SPD), Axel Troost (Die Linke) und Hans-Jürgen Urban (IG Metall) zu den prominentesten Protagonist_innen der Initiative. Ziel ist eine Reform der EU, die zu einer stark vergemeinschafteten Sozialunion ausgebaut werden soll. In Deutschland ist diese Position deshalb interessant bzw. – je nach Blickwinkel – problematisch, weil sie als Vorbild für die Europapolitik einer potentiellen Rot-Rot-Grünen Regierung nach der Ära Merkel angesehen werden kann.

Eine ähnlich parteinahe Initiative ist der „Plan B für Europa“, der ebenfalls hauptsächlich durch Aufrufe und Konferenzen entwickelt und propagiert wird. Unter diesem Banner treffen sich Akteure aus verschiedenen europäischen Linksparteien, angefangen bei Jean-Luc Mélenchon (Front de Gauche, FR) und Oskar Lafontaine (Die Linke), aber auch griechische und italienische EU-Parlamentarier_innen sind mit von der Partie. Sie argumentieren, dass die (parlamentarische) Linke in Europa nicht noch einmal – wie Syriza in Griechenland – in die Falle laufen dürfe Regierungsverantwortung zu übernehmen, ohne glaubhafte Alternativpläne zum Euro und dem neoliberalen EU-Währungsregime parat zu haben. Neben dem Plan A, einer Demokratisierung der EU, müsse es daher einen Plan B für den linken Ausstieg aus der EU geben, auch um ein Druckmittel in künftigen Verhandlungen in der Hand zu haben. Die bisherigen Überlegungen drehen sich entsprechend um eine alternative Finanz- und Wirtschaftsarchitektur für die EU, das vom Vorläufer des Euro, dem Europäischen Währungssystem (EWS) inspiriert ist und den Mitgliedsstaaten mehr politischen Handlungsspielraum eröffnen soll.

Nachdem er sich zunächst bei der Plan B-Initiative engagierte, hat der ehemalige griechische Finanzminister Yanis Varoufakis im Februar 2016 die Gründung einer neuen paneuropäischen linken Bewegung bekannt gegeben. DiEM25 („Democracy in Europe Movement 2025“) bringt auf der einen Seite viel Bewegungsprominenz und bekannte Namen zusammen, darunter Noam Chomsky, Susan George, Katja Kipping, Vivienne Westwood und eben Yanis Varoufakis. Auf der anderen Seite schließen sich Menschen sowohl online als auch in lokalen Gruppen z.B. in Berlin oder Barcelona der Bewegung an. DiEM25 hat mittlerweile nach eigenen Angaben fast 30.000 Mitglieder. Die Bewegung weist dabei viele Parallelen zu Attac auf und verfolgt das Ziel, die EU transparenter und demokratischer zu machen. Konkret wird etwa gefordert, die TTIP-Verhandlungen offen zu legen oder Ratssitzungen künftig live im Internet zu übertragen. Bis zum Jahr

2025 strebt DiEM25 zudem die Wahl einer europäischen Volksversammlung, in der über die Zukunft der EU beraten werden soll.

Jenseits aller Reformpläne für die Europäische Union wird das Thema Europa auch in der radikalen Linken intensiv diskutiert. Ein wichtiger Katalysator für die bundesweite und europäische Vernetzung sind die seit 2013 stattfindenden Proteste des Blockupy-Bündnisses gegen die europäische Krisenpolitik am Hauptsitz der EZB in Frankfurt und zuletzt 2016 in Berlin. Blockupy vereint vor allem Gruppen aus Deutschland von der Partei die Linke, über Attac, bis hin zur interventionistischen Linken und Ums Ganze. Beteiligung gibt es aber unter anderem auch aus Italien, Spanien, Griechenland, Belgien, den Niederlanden, Dänemark und Frankreich. Während zunächst der Protest gegen die herrschende Politik und die Ablehnung der neoliberalen EU im Vordergrund stand, ist in den vergangenen Jahren auch ein Diskussionsprozess um eine eigene Perspektive auf Europa entstanden. Einen wichtigen Schritt in der Auseinandersetzung stellt dabei das Manifest „The Commune of Europe“ dar, in dem die interventionistische Linke und die coalizione dei Centri Sociali aus Italien die Perspektive eines gemeinsamen europäischen Kampfes und einer geteilten Utopie im Geiste der Pariser Kommune von 1871 darlegen. Ziel ist die Schaffung einer „ultraeuropäischen“ radikalen Bewegung.

In der linksradikalen Debatte steht den strategischen Überlegungen um die „Commune of Europe“ unter anderem eine Position gegenüber, die den Schwerpunkt auf Alltagskämpfe und ihre punktuelle Vernetzung nicht nur in Europa setzt. Aus dieser Perspektive, die sich auf die Erfahrungen zahlreicher Stadtteil- und Willkommensinitiativen, Recht-auf-Stadt-Gruppen, linke Stadtregierungen in Spanien (Ciudades rebeldes) oder Selbsthilfe- und Solidaritätsgruppen in Griechenland stützt, ist die lokale Selbstorganisation als Alternative und zumindest potentiell als Gegenmacht im Alltag zentral. Die EU spielt hier nur eine Rolle, wo sie oder ihre Politiken Teil der konkreten Auseinandersetzungen sind. Europa als Idee steht hinter dem Anspruch einer kosmopolitischen Vernetzung mit ähnlichen Gruppen und Prozessen zurück, der nicht von vornherein auf den Kontinent beschränkt sein soll.

Linke Bruchlinien

Dieser knappe Überblick erfasst zwar nur einen bestimmten Ausschnitt linker Europakonzeptionen. Schon dabei sollte aber deutlich werden, dass es einige nicht unbedeutende Meinungsverschiedenheiten gibt und keineswegs Einigkeit in der Linken herrscht. Aus den beschriebenen Positionen gehen zumindest drei grundlegende Konfliktlinien in Bezug auf Europa und die EU hervor: Erstens die Frage, ob die EU-Institutionen grundsätzlich reformierbar sind, oder ob die Europäischen Verträge gebrochen, aufgekündigt oder schlichtweg missachtet werden müssten, um linke Politik in Europa zu ermöglichen. Zweitens die Frage, ob eine Orientierung auf Regierungspolitik (als Ziel des Protests oder im Kampf um linke Parlamentsmehrheiten) überhaupt zielführend ist, oder ob die Kraft der europäischen Linken auf radikale Alternativen bzw. auf das Führen von Alltagskämpfen und den Aufbau von Gegenmacht fernab der Parlamente



zu richten sei. Drittens die Frage ob EU-Kritik und mögliche Austrittsperspektiven in einem Land zu entwickelt sind, oder ob es darauf ankommt, eine paneuropäische Bewegung aufzubauen.

Vor einigen Jahren sprach Hans-Jürgen Urban von der Mosaik-Linken, in der sich Gewerkschaften, linke Parteien, NGOs, Bewegungen und Basisgruppen mit ihren ganz unterschiedlichen Sicht- und Handlungsweisen zusammenfinden oder zumindest progressiv ergänzen könnten. Angesichts dieser Konfliktlinien und ihrer grundsätzlichen Bedeutung erscheint es zumindest fraglich, ob in der Europafrage ein solches Mosaik entstehen kann bzw. ob das überhaupt wünschenswert wäre.

Was bedeuten nun diese Entwicklungen für die antimilitaristische, Antikriegs- und Friedensbewegung? Im Kontext der Arbeit der Informationsstelle Militarisierung (IMI) ist zunächst festzuhalten, dass seit den Anfängen einer kritischen Beschäftigung mit der Europäischen Union Ende der 1990er viel passiert ist. Das Umfeld, in dem die IMI und andere ihre Stimme gegen die fortschreitende Militarisierung der EU erheben, ist weniger einsam geworden. War der Verfassungsvertrag von 2004 und die Kritik daran noch ein relatives Nischenthema, so ist die Europäische Union mittlerweile Gegenstand breiter (nicht nur) linker Debatten. Gleichzeitig ist es bisher auch den Antimilitarist_innen nicht gelungen die Ablehnung der EU in ihrer heutigen Form, die Vision einer radikal anderen, friedfertigen Gesellschaft und die nach wie vor wirkmächtige europäische Idee (Überwindung von Grenzen und friedliches Zusammenleben) in eine politische Form zu gießen. Die Anknüpfungspunkte und die Notwendigkeit für entsprechende Bemühungen werden allerdings immer mehr.

Links zum Text:

- „Europa neu begründen!“: <http://www.europa-neu-begrunden.de/>
- „Ein Plan B für Europa“: <https://www.euro-planb.eu>
- „DiEM25“ <https://diem25.org>
- „The Commune of Europe“ <http://www.thecommu-foeurope.org/>
- „Der Aufbau linker Gegenmacht braucht eine strategische Orientierung auf Alltagskämpfe“. In: Reader zur Strategiekonferenz der interventionistischen Linken. April 2016. URL: http://www.interventionistische-linke.org/sites/default/files/attachements/stratko_reader_050416.pdf

Europa, die EU und die Militarisierung der EU

von Tobias Pflüger

1. Die unausrottbare Ideologie: Europa

Entscheidend bei der Beurteilung der verschiedenen Vorschläge der gesamten „Europa“-Debatten, ist, zuerst einmal zu analysieren, was genau gemeint ist. „Europa“ wird häufig als Synonym benutzt für die Institution „Europäische Union“ (EU), das Staatenbündnis aus derzeit 28 Staaten. Diese Gleichsetzung hat auch ideologische Gründe. „Europa“, also die Idee, irgendwie „europäisch“ was zusammen zu machen, hat eine hohe Akzeptanz, die Institution EU dagegen hat diese Akzeptanz nicht. Wer würde es schon wagen gegen den „europäischen Gedanken“ etwas zu sagen? Diejenigen, die die Politik der Institution „Europäische Union“ verteidigen, bauen auf dieser Vermischung von Begriffen für einen Kontinent und eine Institution. Die gerade entstandene Bewegung „Pulse of Europe“, nimmt genau dieses Missverständnis als zentrales Motto: „Ich liebe Dich, Europa“, dazu wurde demonstriert. So heißt es auf der Internetseite von „Pulse of Europe“: „Wir haben ein großes Ziel: So viele Menschen wie möglich in Europa zu versammeln, die für Europa eintreten und so dazu beitragen, dass nach den Wahlen [2017] pro-europäische Kräfte mehrheitsfähig regieren können. So können wir über viele Orte eine Menschenkette durch Europa bilden, die die Länder miteinander verbindet.“

Doch wurde für die Politik der EU demonstriert? Teilweise ja, wenn es wieder bei „Pulse of Europe“ heißt, die „europäischen Grundfreiheiten“ seien „nicht verhandelbar“: „Personenfreizügigkeit, freier Warenverkehr, freier Zahlungsverkehr und Dienstleistungsfreiheit – die europäischen Grundfreiheiten – sind historische Errungenschaften, die aus Nationalstaaten eine Gemeinschaft gemacht haben. Sie sichern individuelle Freiheit und Wohlstand.“ Und dann noch: „Die Europäische Union war und ist in erster Linie ein Bündnis zur Sicherung des Friedens. Wer in Frieden leben will, muss sich für Europa stark machen.“

Gerade diejenigen, die sich abstrakt positiv auf „Europa“ beziehen, müssen mit der Realpolitik der Institution EU konfrontiert werden – und die sieht ganz anders aus, als

sich das „Pulse of Europe“ und andere zusammenreimen. Also: Linke sollten sich ganz nüchtern mit der Institution EU beschäftigen und sich zu ihrer Politik verhalten.

Die Europäische Union steht inzwischen für Kaputtspardikate, für eine auch militärische Abschottung gegenüber Flüchtlingen z.B. durch FRONTEX und sie steht für soziale Ungleichheiten. Die Politik wird nicht unwesentlich von den Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten verantwortet, aber diese Politik wird auch von den Institutionen der EU gemacht.

2. Die Institutionen der EU

Doch was sind diese Institutionen der EU? Da ist zum einen der „Europäische Rat“, das ist das Zusammentreffen der Staats- und Regierungschefs der 28 EU-Mitgliedsstaaten zusammen mit dem Präsidenten des Europäischen Rates und dem Präsidenten der Europäischen Kommission. Bei außenpolitischen Fragen nimmt auch die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik teil. Abstimmungsberechtigt sind die Staats- und Regierungschefs, angestrebt wird, dass im Konsens entschieden wird, doch ist mit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages ein genaues Abstimmungsverhältnis der einzelnen Staaten zueinander beschlossen worden, das Mehrheitsentscheidungen ermöglicht und die großen Mitgliedsstaaten klar bevorteilt. Der Europäische Rat legt die allgemeinen politischen Ziele und Prioritäten der EU fest, er ist also für die politischen Rahmenbedingungen der EU-Politik zuständig. Er trifft sich mindestens zweimal im Halbjahr in Brüssel. Der Vorsitz wird von einem auf zweieinhalb Jahre gewählten Präsidenten eingenommen.

Das Zusammentreffen der jeweils zuständigen Minister*innen nennt sich „Rat der Europäischen Union“ oder auch EU-Ministerrat, das wiederum ist im Gegensatz zum EU-Rat ein Organ der Europäischen Union, quasi die Staatenkammer der EU. Die „Europäische Kommission“ wiederum ist von ihrer Machtfülle vergleichbar mit Stadtverwaltungen im kommunalen Bereich. Die Europäische Kommission hat „in der Regel“ das alleinige „Initi-



Unter dem Motto „Pulse of Europe“ wird derzeit versucht, eine weitgehend unkritische Pro-EU-Bewegung zu formieren. Hier Demo in Köln, März 2017. Quelle: Raimond Spekking / CC BY-SA 4.0



Krisenproteste in Spanien. Quelle: Carlos Delgado, CC BY-SA 3.0, Wikimedia Commons

ativrecht“, das „Europäische Parlament“ und der Rat der Europäischen Union können die Europäische Kommission auffordern, ein Gesetzgebungsverfahren zu starten. Sowohl der EU-Rat als auch die EU-Kommission bestehen aus umfangreichen Mitarbeiter*innen-Strukturen. Dort wird die eigentliche Politik gemacht. Diese Institutionen haben seit dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages inhaltliche Vorgaben, die in den europäischen Verträgen festgeschrieben wurden. So ist das Wirtschaftssystem klar als marktwirtschaftlich-kapitalistisch zu charakterisieren. Eine militärische Komponente der EU ist mit den geltenden Verträgen Teil des EU-Gefüges.

3. Alternative, linke Europaideen und die Realität der EU

Die alternativen, linken Europaideen beschäftigen sich wenig mit der institutionellen Realität der EU. Eine zentrale politische Frage wäre nämlich, wie soll in den verschiedenen Modellen eines anderen Europas, gemeint ist wohl einer anderen EU, mit diesen bestehenden Institutionen umgegangen werden. Sollen sie verändert, abgeschafft werden? Sollen die bestehenden Institutionen neue inhaltliche Vorgaben bekommen? Wie wird dann mit den bestehenden EU-Verträgen umgegangen? Diese Verträge waren durch ein kompliziertes Verfahren zur Grundlage der EU getrickst worden, die Referenden in Frankreich (2005), den Niederlanden (2005) und Irland (2008), die die vorgelegten Verträge abgelehnt hatten, wurden übergangen, um die jetzigen Verträge zu etablieren. Den verschiedenen Europakonzeptionen mangelt es an Konkretheit, besonders in der Frage, was mit den realen Strukturen der derzeitigen EU passieren soll. Ein Teil der linken EU/Europa-Konzeptionen geht davon aus, dass sie einfach mit neuen Inhalten umgepolt werden könnten. Das ist völlig unrealistisch, weil die bestehenden Verträge inhaltlich falsche Vorgaben machen, z.B. in der Wirtschafts- oder Militärpolitik. Also sind nur die EU/Europa-Konzeptionen für ein friedlichere(s), sozialere(s), etc. Europa/EU realistisch, die die bestehenden Verträge abschaffen wollen. Auf der Basis der derzeitigen Verträge ist dies nicht möglich. Wie die Verträge abgeschafft werden können, ist entweder durch ein legales langwieriges Verfahren zu bewerkstelligen, dem alle dann vorhande-

nen Mitgliedsstaaten zustimmen müssen, was also eher nicht geht, oder durch den offenen Bruch mit den bestehenden EU-Verträgen. Das ist eindeutig realistischer. Zusammengefasst heißt das: Mit den gültigen EU-Verträgen ist kein Frieden zu machen.

4. Die Militarisierung der EU und die linken Europa/EU-Konzeptionen

Auffallend ist, dass bei allen diskutierten Europa/EU-Konzeptionen die inzwischen aufgebaute militärische Komponente in der Debatte keine Rolle spielt. Mit den Lissabon-Verträgen ist die Europäische Union aber auch ein Militärbündnis, z.B. mit einer Beistandsklausel. Erstmals wurde der „EU-Bündnisfall“ nach den Terroranschlägen von Paris „ausgerufen“. Wir sollten in die Debatte um die EU, um Europakonzeptionen, diesen entscheidenden Themenbereich mit einbringen. Ein(e) andere(s) sozialere(s), friedliche(re) Europa/EU ist nur möglich, wenn auf europäischer Ebene kein Militär aufgebaut und für Auslandseinsätze genutzt wird. Ein anderes Europa/ eine andere EU müssen militärfrei sein. Auch dies wird immer schwieriger politisch durchzusetzen. Wird doch inzwischen auch der EU-Haushalt für Militärisches genutzt, und nehmen die Militär- und Kriegseinsätze im Rahmen der EU immer weiter zu.

5. Opposition, was sonst?

Eine Akzeptanz der derzeitigen EU-Verträge kommt nicht in Frage, auch weil inhaltlich neoliberale und militaristische Vorgaben darin gemacht werden. Eine reformistische Umwandlung der EU und der EU-Institutionen ist – insbesondere nach dem Inkrafttreten der derzeitigen EU-Verträge – illusionäre Realpolitik. Das einzige was bleibt, ist nicht nur in den Mitgliedsstaaten der EU, sondern auch in der Gesamt-EU gegen diese EU und ihre Institutionen inhaltliche Opposition von links zu machen, das sollte dann von Aktionen gegen Kaputtsparpolitik (wie gegen Griechenland praktiziert) bis zu Aktionen gegen die Militarisierung der EU reichen. Insbesondere die Militarisierung der EU ist und bleibt zentrales Thema der Friedensbewegung und muss von uns in die linken Debatten um die EU und Europa mit eingebracht werden.

KEIN FRIEDEN MIT DER EUROPÄISCHEN UNION

